

Wolfgang Fabricius

**Solidarische Ökonomie**  
auf der Basis von  
**Reproduktionsgenossenschaften**

Berlin 2008

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

*Meinem Großvater,  
der auch nie Soldat war  
und meinen beiden Söhnen,  
die es hoffentlich nie sein müssen*

Wolfgang Fabricius  
Ruhlebener Str. 139i  
13597 Berlin  
[w.fabricius@isp-eg.de](mailto:w.fabricius@isp-eg.de)

Herstellung und Vertrieb:  
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-837042-65-8

# Inhalt:

<b>1. Einleitung</b>	6
<b>2. Einige ökonomische Grundbegriffe</b>	14
2.1. Kapitalertrag versus Arbeitsertrag – die Plünderung der Realwirtschaft	14
2.2. Tausch und Tauschmittel	21
2.3. Wirtschaftswachstum	27
2.4. Das Wachstum der Kapitalerträge	29
2.5. Armuts- und Reichtumsberichte	36
<b>3. Neoliberale Globalideologie</b>	44
3.1 Mont-Pèlerin Society (MPS)	46
3.2. „Pensions-Fonds-Sozialismus“	50
3.3. Verfassungsbruch	57
<b>4. Rettungsmaßnahmen</b>	60
4.1. Rettungsmaßnahmen seitens der Besitzenden	61
1. Krieg	61
2. Repression und Demokratieabbau	63
3. Osterweiterung der Europäischen Union, Russland, China und Indien	63
4. Steigerung des Wirtschaftswachstums	64
5. Vollbeschäftigung	65
6. Verlängerung der Arbeitszeit	65
7. Senkung der „Lohnnebenkosten“	65
8. Begrenzung der Managementgehälter	66
9. Erhöhung der Mehrwertsteuer	66
10. Senkung der Kapitalerträge	67
11. Kapitalerträge auch für die Besitzlosen	67
12 Riester-Rente	68
13. Demokratisierung der Pensionsfonds	69
4.2. Rettungsmaßnahmen seitens der Besitzlosen	70
1. Protest und abwehrender Schutz	70

2. Verfassungsklage	71
3. Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb	71
4. Aneignung	72
5. Bedingungsloses Grundeinkommen	72
6. „Regiogeld“	74
7. Aufbauender Wirtschaftskampf	77
<b>5. Solidarische Ökonomie</b>	80
5.1. Historische Wurzeln	82
5.2. Einige Grundlagen Solidarischer Ökonomie	85
5.3. Projekte	94
1. Umsonstläden	94
2. Tauschringe	95
3. FoodCoops	98
4. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG)	98
5. Startmöglichkeiten	101
<b>6. Genossenschaften</b>	103
6.1. Genossenschaftsprinzipien	105
6.2. Organisations- und Entscheidungsstruktur	108
6.3. Genossenschaftstypen	114
1. Konsumgenossenschaften	115
2. Wohnungsgenossenschaften	116
3. Wassergenossenschaften	117
4. Energiegenossenschaften	121
5. Genossenschaftsbanken	123
6. Handwerker-genossenschaften	123
7. Landwirtschaftliche Produktionsgenossen- schaften (LPG) und Winzergenossenschaften	124
8. Einkaufsgenossenschaften	124
9. Produktionsgenossenschaften	126
10. Weitere Genossenschaftstypen	132
<b>7. Reproduktionsgenossenschaften</b>	133
7.1. Erste Gründungen	134

7.2. Die dritte Säule der Arbeiterbewegung	137
7.3. Weimarer Republik	145
7.4. Drittes Reich	147
7.5. Konsumgenossenschaften nach 1945	149
1. BRD	149
2. DDR	152
3. Konsumgenossenschaften nach 1989	154
<b>8. Aktuelle Situation der Genossenschaften</b>	158
<b>9. Aktuelle Beispiele von Konsumgenossenschaften im In- und Ausland</b>	164
9.1. Deutschland	164
1. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung	164
2. Konsum Dresden	167
3. Konsum Leipzig	169
4. coop Schleswig-Holstein	170
5. VG – Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG	171
6. weitere Verbrauchergemeinschaften	172
9.2. Schweiz	173
1. Migros	173
2. Coop	176
9.3. USA	178
9.4. Venezuela	179
Cecosesola	179
9.5. Japan	181
<b>10. Schlußbetrachtung</b>	183
<b>11. Literatur</b>	185

*„Anyone who believes exponential growth can go on forever in a finite world is either a madman or an economist - Jeder, der glaubt, dass exponentielles Wachstum in einer endlichen Welt für immer weitergehen kann, ist entweder verrückt oder ein Wirtschaftswissenschaftler.“*

Kenneth Ewart Boulding<sup>1</sup>

## 1. Einleitung

Nachdem in Deutschland die Mitgliederzahlen von Parteien und Gewerkschaften trotz aller Förderungen rückläufig sind<sup>2</sup>, lohnt es sich, die ehemals „dritte Säule der Arbeiterbewegung“ genannte Genossenschaftsbewegung – die eigentlich die „erste Verbraucherbewegung“ war - näher ins Auge zu fassen, insbesondere, da die Mitgliederzahlen der Genossenschaften selbst in Deutschland trotz aller Behinderungen kontinuierlich steigen. Auch in Europa und weltweit nehmen die Mitgliederzahlen zu: bereits jeder achte Mensch ist Genossenschaftsmitglied.

Ralph Nader, politisch engagierter amerikanischer Verbraucherschutzanwalt und mehrmaliger Präsidentschaftskandidat stellt fest: *„In der Geschichte läßt sich ein Konzept der Konsumentenbewegung höchstens in Ansätzen erkennen. Die großen politischen und wirtschaftlichen Schlachten werden üblicherweise um Probleme der Produktion, der Arbeiterschaft oder der Verteilung geschlagen und nicht um Fragen zu den Rechten und Handhaben der Verbraucher. Und doch sind wir uns wahrscheinlich alle bewußt, daß das Wohlergehen der Konsumenten, ihre Gesundheit, Sicherheit und Prosperität für die Qualität eines Wirtschaftssystems ausschlaggebend sind. Theoretisches über die Bewegung ist kaum*

---

1 Kenneth Ewart Boulding: The economics of the coming spaceship earth. In: Jarrett H. (ed.) Environmental quality in a growing economy. Harper & Row, New York, 1966, p 3–15

2 Die Parteien haben in Deutschland maximal 1,5 Millionen und die Gewerkschaften 7 Millionen Mitglieder; die Genossenschaften haben in Deutschland 22 Millionen, in Europa 140 Millionen und weltweit 800 Millionen Mitglieder (s. Kap. 8).

zu finden; in den meisten westlichen Ländern übergangen die Ökonomen des 19. und 20. Jahrhunderts eine Konsumtheorie geflissentlich und beachteten sie nur insofern, als sie Fragen der Produktion akzentuierte.“<sup>3</sup>

Staaten wurden bisher, wie Franz Oppenheimer<sup>4</sup>, dem Inhaber des ersten Soziologielehrstuhl in Deutschlands, festgestellt hat, immer nur von Menschen errichtet, die andere für sich arbeiten lassen wollten. Über diesen „Staat“ haben die globalen Finanzmärkte Zugriff auf die gesamte Infrastruktur, die die Gesellschaft sich zu ihrer Reproduktion geschaffen hat und so ist Deutschland „*unselbstständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus*“<sup>5</sup> geworden.

Im Hinblick auf Venezuela schreibt Naomi Klein zu diesem Problem: „*Statt dass durch das stückweise Verauktionieren des Staates an Großunternehmen demokratische Kontrolle verlorengeht, werden die Nutzer solcher Infrastrukturen ermächtigt, sie selbst zu betreiben, wodurch – zumindest theoretisch – Arbeitsplätze geschaffen und öffentliche Dienstleistungen verantwortungsbewusster erbracht werden.*“<sup>6</sup>

Ökonomie und Politik bedingen sich nach Mahnkopf und Altvater folgendermaßen: „*Neben der kapitalistischen Logik der Akkumulation in der Geoökonomie gewinnt die territoriale Logik der Geopolitik erneut Bedeutung und diese beiden Logiken sind nicht unabhängig voneinander, im Gegenteil: Wenn die Kapitalakkumulation floriert, kann das Kapital auf die Politik gut und gern verzichten, freilich nicht auf die repressive Seite von Politik zur*

---

3 Ralph Nader: Moderner Konsumentenschutz: Trends, Ideen, Postulate. In: Rudolf Brun (Hrg.): Der neue Konsument. fischer alternativ 4017, 1979.

4 Franz Oppenheimer: Der Staat – Eine soziologische Studie. Erstauflage 1907, Übersetzungen und Nachdrucke 1914, 1922 und 1926. Kurzfassung 1928, Reprint: Libertad Verlag Berlin 1990. <http://www.franz-oppenheimer.de/staat0.htm>

5 Essay: Ein Staat ohne Legitimation. Die Welt, 27.03.2007

6 Naomi Klein: Die Schockstrategie – Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus. S. Fischer Frankfurt am Main, 2007.

*Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung" im Innern wie nach außen.* "7 Denn je mehr Arm und Reich global und national auseinanderdriftet desto mehr Repression ist erforderlich.

Grundsätzlich sind Politik und Ökonomie gleichrangig zu behandeln, wobei aber die „*Menschen dazu tendieren, Wahlstimmen in ihrem ökonomischen Interesse abzugeben.*“<sup>8</sup> Eine Strategie, die Gesellschaft friedlich aus den Fängen des globalen Finanzkapitals zu befreien, bedarf deshalb zweier Schwerpunkte:

1. Vergesellschaftung der Politik: Der Staat darf den Souverän, das Volk, nicht im Interesse des globalen Kapitals instrumentalisieren, sondern muss ein Instrument des Souveräns gegen die globale Profitmaximierung werden. Mit der Einführung einer Volksgesetzgebung, müssen zumindest in der Daseinsvorsorge grundlegende Gesetze und wesentliche Entscheidungen - z.B. der Privatisierung, der Entscheidung über die Besetzung öffentlicher Ämter etc. - dem Souverän per obligatorischem Referendum zur Zustimmung vorgelegt werden.
2. Vergesellschaftung der Ökonomie: Über kooperative Einrichtungen und eine Solidarwirtschaft wird den Profiteuren und ihren Vasallen, den fremdbestimmten Vertretern des Souveräns, die Verfügungsgewalt über die Infrastruktur zumindest der Daseinsvorsorge entzogen.

Als Gegenstrategie nur die politische Macht ohne die Ökonomie ins Auge zu fassen, ist ebenso falsch wie allein die Ökonomie ohne die politische Macht für die bestehenden Verhältnisse verantwortlich zu machen. Die Demokratisierung der politischen Macht versuchen viele Initiativen (insbesondere der Verein für mehr Demokratie) erfolgreich voranzutreiben, deshalb konzentriert sich der vorliegende Text auf die Solidarische Ökonomie (früher auch

---

7 Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater: Die EU eine imperiale Großmacht?  
<http://sandimgetriebe.attac.at/6128.html>

8 Naomi Klein: Finanzmarktkrise löst neoliberalen Klassenkonsens auf. Europa im Blick, 12.02.2008 bzw. The Nation, 31.01.2008

Solidarwirtschaft genannt und im Grundgesetz wohl auch im Begriff Gemeinwirtschaft enthalten).

Durch die Solidarische Ökonomie können wir mittels unterschiedlichster Projekte der Daseinsvorsorge und weiterer Reproduktions- und Produktionsbereiche über „Kommunen von unten“ einen „Staat von unten“ aufbauen und mit den Akteuren zusammentreffen, die sich mit der politischen Vergesellschaftung des Staates befassen oder mit ihnen von Anfang an kooperieren.

Die politischen Aktivitäten der globalen sozialen Bewegungen konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Kritik des bestehenden Systems und daraus abgeleiteten Forderungen. Sie befassen sich nicht, oder nur sehr unzureichend mit der Konzeption und Erprobung einer ökonomischen Grundlage für die propagierte „andere Welt“ und setzen ihre Hoffnungen in Parteien und den Staat. Zu diesem Problem bemerkte Johannes Agnoli: *„Können Menschen in ein menschlicheres System hineinwachsen, wenn sie dies nicht vorher erfahren und betrieben haben? Eine Organisation, die sich die Emanzipation zum Ziel setzt, muss in der Lage sein, im Vorlauf zu diesem Ziel selber die Emanzipation zu verwirklichen. Eine Organisation, die, um die Emanzipation zu erzielen, sich eine hierarchische Struktur gibt, wird unmöglich dieses Ziel erreichen. Gerade die Geschichte der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zeigt das.“*<sup>9</sup>

Wie ein anderer Staat aussehen kann, formuliert Gustav Landauer sehr sensibel, fast poetisch: *„Einen Tisch kann man umwerfen und eine Fensterscheibe zertrümmern, aber die sind eitle Wortmacher und gläubige Wortanbeter, die den Staat für so ein Ding halten, den man zertrümmern kann, um ihn zu zerstören. Der Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich*

---

9 Johannes Agnoli über Verfassungspatriotismus und Fundamentalopposition.  
<http://www.trend.infopartisan.net/trd1000/t321000.htm>

*anders zueinander verhält. Der absolute Monarch konnte sagen: „Ich bin der Staat“. Wir, die wir im absoluten Staat uns selbst gefangengesetzt haben, wir müssen die Wahrheit erkennen: Wir sind der Staat - und sind es so lange, als wir nichts anderes sind, als wir die Institutionen nicht geschaffen haben, die eine wirkliche Gemeinschaft und Gesellschaft der Menschen sind.“<sup>10</sup> Wir wurden von Geburt an auf Konkurrenz getrimmt, müssen aber lernen, auf allen Ebenen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens zu kooperieren.*

Die globalen Finanzmärkte haben uns unsere Politiker, die Adressaten für soziale und ökologische Forderungen, weggekauft. Sie entscheiden und handeln jetzt zumindest faktisch gegen uns. Die Vertreter des Souveräns tanzen ihm auf der Nase herum. Ein noch so berechtigter Protest ist wirkungslos, wenn es keine Adressaten gibt oder er sie nicht erreicht. Wenn wir vor dem, von Samuelson, Nobelpreisträger und Berater verschiedener amerikanischer Präsidenten und auch vom Autor bereits 2005 vorausgesagten ökonomischen Tsunami<sup>11,12</sup> stehen, hilft noch so lautes Rufen nichts mehr. Wir können also auf unseren gegenwärtigen Staat nicht bauen, da er Gegenmaßnahmen im erforderlichen Umfang nicht einleitet. Wir müssen uns selbst helfen und vom abwehrenden Schutz zum aufbauenden Wirtschaftskampf übergehen, wirtschaftliche Selbsthilfe organisieren.

Es geht nicht darum, der Arbeit und des Profites wegen bedingungslos zu produzieren. Robert Kurz sagt zu Recht: *„Arbeit als Verhaltensstörung der Moderne hat zu einer Gesellschaft der allgemeinen Unzurechnungsfähigkeit geführt.“<sup>13</sup> Wir wollen nur*

---

10 Gustav Landauer, zitiert nach Wolf, Siegbert: Zur Einführung. Hamburg 1988

11 Gabor Steingart: Das Ende der Globalisierung? 2. Teil: Die Gefahr eines ökonomischen Tsunamis. Spiegel online, 10.12.2007, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,522305-2,00.html>

12 Wolfgang Fabricius: Aus dem Sozialstaat in die Leibeigenschaft. Stehen wir vor einem ökonomischen Tsunami? 29.04.2005, Labournet vom 18.05.2005, <http://www.labournet.de/news/2005/mittwoch1805.html>

13 Robert Kurz: Von der Diktatur der abstrakten Zeit. In: Kurz/Lohoff/Trenkle:

produzieren, um uns reproduzieren zu können. Mit der Solidarischen Ökonomie sollte deshalb mehr Gewicht auf der Reproduktion als auf die Produktion, also auf Reproduktions- bzw. Konsumgenossenschaften statt auf Produktionsgenossenschaften gelegt werden.

Konsumgenossenschaften wurden allerdings in beiden Teilen Nachkriegsdeutschlands aus neoliberalen bzw. zentralistischen Gründen stark behindert. Viele Genossenschaften sind gescheitert und haben generell zu einer tiefen Vertrauenskrise in das Genossenschaftswesen geführt, während insgesamt die Zahl der Genossenschaftsmitglieder - trotz aller systematischer Beeinträchtigungen in Ost und West - ständig gewachsen ist. Es muss deshalb genauestens untersucht werden,

- wie einerseits die Genossenschaften bis zum Dritten Reich zu ihrer immensen Blüte aufsteigen konnten,
- wie andererseits das häufige Scheitern danach zu erklären ist, welcher Teil des Scheiterns auf das neoliberale Umfeld und welcher - trotz der umfangreichen historischen Erfahrungen - auf die Struktur und die Strategie der Genossenschaften selbst zurückzuführen ist und
- welche Genossenschaftstypen und -strategien selbst im neoliberalen Umfeld erfolgreich sind.

Folgenden Punkten wird im vorliegenden Text besondere Bedeutung beigemessen:

1. Kooperation muss in unserem Verhalten zueinander Konkurrenz auf allen Ebenen der Gesellschaft ablösen.
2. Der Schwerpunkt von Ökonomie und Politik muss von der Produktion auf die Reproduktion verlegt werden. Die Alternative sind also nicht Produktions- sondern Reproduktionsgenossenschaften.
3. Ziel der Realwirtschaft ist nicht der Profit, das leistungslose

---

Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1999.

Einkommen der Kapitaleigner, sondern die Reproduktion der Gesellschaft.

4. Konsument und Produzent müssen zueinander finden und gemeinschaftlich handeln (Identitätsprinzip).
5. Ein lineares Wirtschaftswachstum verträgt keinen exponentiell ansteigenden Kapitalertrag.
6. Der Kapitalertrag lässt sich nur durch Profitminimierung dem Wirtschaftswachstum anpassen.
7. Die Infrastruktur einer Region oder eines Landes sollte gesellschaftliches Eigentum der dort jeweils ansässigen Bürgerschaft sein und von ihr solidarisch und nachhaltig verwaltet werden.
8. Alle Poren, durch die Kapital aus der Realwirtschaft in die Finanzmärkte diffundieren kann, müssen verschlossen werden.
9. Die Rentenfonds müssen demokratisiert werden. Alternativ sollte das Geld von seinen Eigentümern herausgezogen, in die Infrastruktur der Daseinsvorsorge übertragen und regional den Bürgern insgesamt in speziellen Reproduktionsgenossenschaften direkt zur Verfügung stehen.
10. Rekommunalisierungen privatisierter öffentlicher Einrichtungen sind nicht empfehlenswert, solange der Staat nicht vergesellschaftet ist.
11. So wie die Kirche vom Staat getrennt wurde, muss wohl auch die Ökonomie vom Staat getrennt werden, aber nicht privat, sondern gesellschaftlich von den Bürgern, dem „Souverän“ direkt solidarisch und nachhaltig gestaltet werden.

Hoffnung macht die Beobachtung und Erfahrung, dass unter den Menschen nicht nur bedingungslos konkurrierende Egoisten, sondern auch vielleicht ebensoviele Menschen zu finden sind, die kooperieren und sich mit den Mitmenschen und der Natur im Einklang befinden wollen. Sie anzuregen, in Kooperativen zusammenzukommen und zu wirken, ist Ziel dieses Textes.

Im vorliegenden Text wird zunächst das neoliberale Umfeld, soweit es unter solidarwirtschaftlichen Aspekten erforderlich erscheint, dargestellt, um auf dieser Basis Gegenstrategien aufzuzeigen, die in diesem Umfeld einen friedlichen Übergang in die „andere Welt“, von einer konkurrierenden egoistischen Ökonomie zu einer kooperierenden solidarischen Ökonomie, ermöglichen.

## 2. Einige ökonomische Grundbegriffe

Zur Erklärung der Entwicklung der herrschenden Ökonomie von der Sozialen Marktwirtschaft zur Finanzdiktatur seien zunächst einige ökonomische Grundbegriffe wie Tausch, Wirtschaftswachstum und Wachstum der Kapitalerträge ausführlicher dargestellt.

### 2.1. Kapitalertrag versus Arbeitsertrag - die Plünderung der Realwirtschaft

*„Wo Geld ohne Bedarf ist, dort stellt sich auch Einkommen ohne Leistung ein, und das wiederum bewirkt, daß noch mehr Geld ohne Bedarf und noch mehr Einkommen ohne Leistung entstehen. Dieser "Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung" steht die Arbeitslosigkeit als "eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen" gegenüber: Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.“*

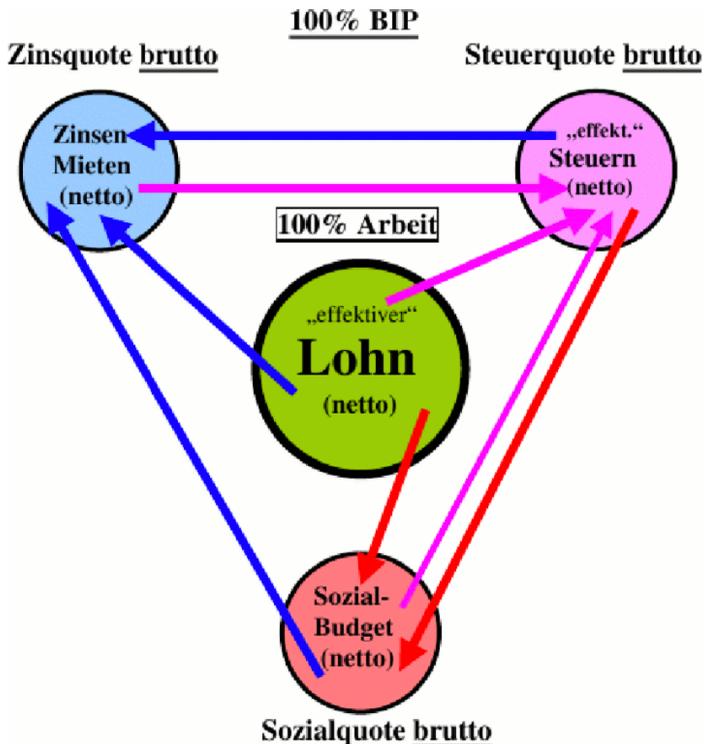
Dieter Suhr<sup>14</sup>

Die alltäglichen Konsequenzen der Umverteilung von Arbeitseinkommen zu Kapitaleinkommen gestalten sich z. B. in Deutschland wie folgt: Dr. med. Dieter Petschow, niedergelassener Arzt in Langenhagen bei Hannover, wunderte sich, dass er und seine Mitarbeiterinnen für ihre gemeinsame Arbeit von Jahr zu Jahr weniger Geld zur Verfügung hatten, obwohl die Arbeit seit Jahrzehnten die gleiche geblieben war (Petschow 2005). Da Talkshows und Politikermeinungen mit seiner Realität nicht übereinstimmten, holte er sich über das Internet die entsprechenden Informationen aus dem Statistischen Bundesamt, der Bundesbank etc. zusammen und erstellte eine Einnahmenüberschussrechnung für Deutschland.<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Dieter Suhr: Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Zeitschrift für Rechtspolitik. 9/1983. C.H. Beck, München.

<sup>15</sup> Dieter Petschow: Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur – eine Verfassungsbeschwer-

Was zunächst als zunehmender Reichtum erscheint – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt von 352 Euro im Jahr 1970 auf 2.107 Mrd. Euro im Jahr 2002, dem Jahr der Umstellung von DM auf Euro – ist nicht zuletzt auch auf Preissteigerungen und Inflation zurückzuführen. Entscheidend aber ist der relative Anteil von Kapitalertrag und Arbeitsertrag am BIP.



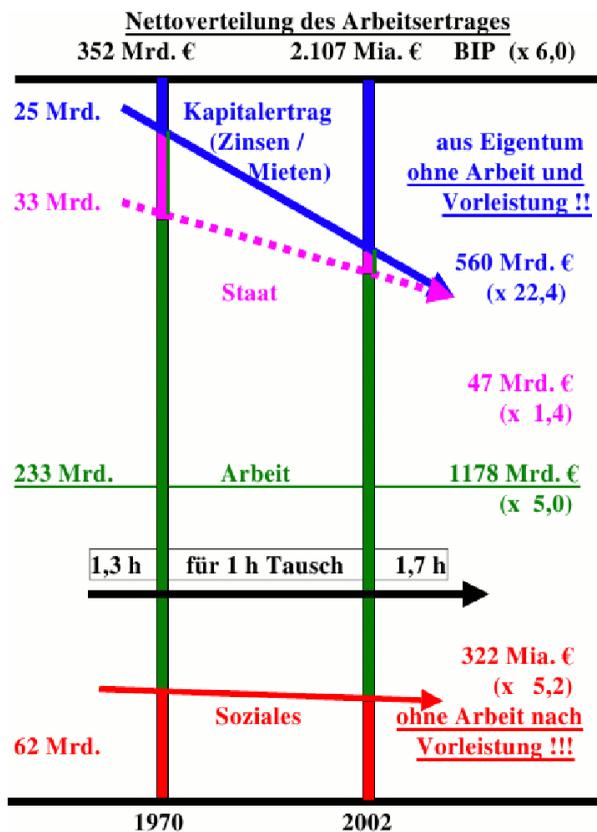
**Abb. 1: Schema der Einnahmenüberschussrechnung**

Dieser Einnahmenüberschussrechnung liegt folgende Methode zugrunde: Petschow stellt in die Mitte die Löhne. Von ihnen werden

- vom Staat die Steuern,
- vom Kapital die Mieten sowie die in den Preisen enthalte-

de, Langenhagen, 01.02.2005

- von den Versicherungen die Sozialabgaben abgezogen.



**Abb. 2: Einnahmenüberschussrechnung**

An den Staat entrichtet das Kapital Steuern. Auch der Staat muss Mieten und Zinsen an das Kapital entrichten und die Sozialausgaben unterstützen. Die Sozialeinrichtungen entrichten Mieten und Zinsen an das Kapital und entrichtet Steuern an den Staat. Entkleidet von all diesen Beträgen ergeben sich die Nettoquoten der entsprechenden Bereiche.

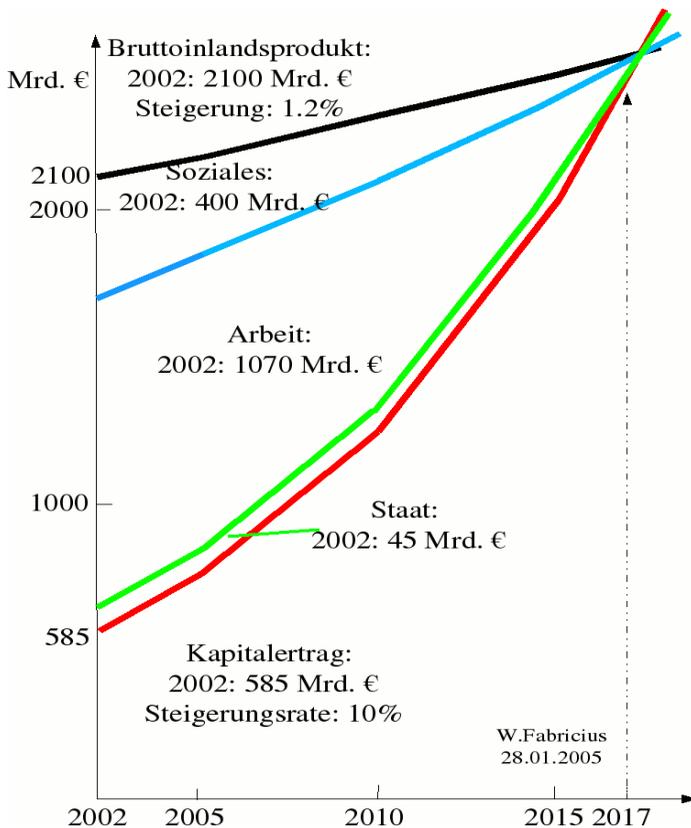
In Abb. 2 wurde zur anschaulicheren Darstellung der relativen Verhältnisse das BIP der Jahre 1970 und 2002 auf 100% gesetzt und die Aufteilung in Prozenten dazu berechnet. Nach dieser Berechnung sind die Kapitalerträge in Deutschland von 1970 bis 2002 von 7,1% (25 Mrd. Euro) auf 26,6% (560 Mrd. Euro) des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gestiegen. Der Staat verfügte 1970 noch über 9,2% (33 Mrd. Euro) des BIP, 2002 aber nur noch über 2,3% (47 Mrd. Euro). Die Löhne und Gehälter sind von 66,1% (233 Mrd. Euro) auf 55,9% (1178 Mrd. Euro) des BIP gesunken. Die Nettosozialquote ist um mehr als 2% von 17,6% (62 Mrd. Euro) auf 15,2% (322 Mrd. Euro) des BIP gefallen. Mit dieser reduzierten Nettolohn- und Nettosozialquote mussten sich aber 38,7 Mio. statt vorher 26,7 Mio. Erwerbstätige und 5 Mio. statt 149.000 Arbeitslose abfinden.

Petschows Analyse der letzten 30 Jahre ergab eine Wachstumsrate des Kapitalertrags von 10,2%. Es stellte sich die Frage, wie sich die Kapitalerträge in den nächsten Jahren entwickeln würden. Bei weiterem linearem Wirtschaftswachstum von jährlich 1,2% (Mittelwert der davorliegenden 10 Jahre) und exponentiellem Kapitalertragswachstum von jährlich 10% würde bereits im Jahr 2017 das gesamte Bruttoinlandsprodukt den Kapitaleignern zufließen. Für den Arbeitsertrag (Löhne, Gehälter, Renten, Pensionen und Sozialleistungen) wäre kein Geld mehr vorhanden (s. Abb. 3). 2017 wäre also der hypothetische Zustand erreicht, bei dem es nur noch Kapitalerträge, aber keine Arbeitserträge mehr gäbe.

Sehr viel früher jedoch, speziell ab dem Punkt, ab dem das Kapitaleinkommen das Arbeitseinkommen übersteigt, und dieser Punkt ist demnächst erreicht, bzw. liegt bereits hinter uns<sup>16</sup>, wird sich der größte Teil von uns - neben den steigenden Festkosten -

---

16 Claus Schäfer: Einkommensverteilung und Alterseinkommen - Seminar  
Generationengerechte Gesellschaft. ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen,  
2007 Celle



**Abb. 3: Die nächsten 12 Jahre**

zunehmend nur noch den Kauf unverzichtbarer Lebensmittel leisten können. Dann aber verlagert sich die Spekulation in diesen Bereich und die Preise eskalieren ins Unvorstellbare.

Wie es der Zufall will, haben „Risikofachleute der Konzernwelt“ in ihrem Jahresreport 2007 eines ihrer Szenarien, das 10 Jahre in die Zukunft reichte, „*Gathering Perfect Storm*“ (Heraufziehen des Orkans) genannt und als Eröffnungsrede zur Wirtschaftskonferenz in Davos im Jahr 2017 formuliert. Diese schließt mit den Worten: „*Die Wolken am Himmel sammelten sich schon 2006. Es war*

*unser Versagen beim Umgang mit globalen Risiken, die es den Wolken ermöglichten, sich zu einem Orkan zu entwickeln.*“<sup>17</sup>

Das Kapital wurde und wird auf unterschiedlichsten Wegen der Realwirtschaft und der direkten Investition auf nationaler Ebene entzogen und immer häufiger über die auf den globalen Finanzmärkten agierenden Fonds in Form von „Heuschreckenkapital“ unter härtesten profitmaximierenden Kriterien dort wieder eingebracht, wo die Renditen am höchsten sind. Renditen von 20 und 30% waren und sind dabei keine Seltenheit.

Wie hilflos klingt da Horst Köhlers Appell *„Der Aufstieg der einen darf nicht der Abstieg der anderen sein“*<sup>18</sup> und wie „unerhört“ wird er in der Weite der globalen Finanzmärkte verklingen.

Georg Soros konstatiert, die übermäßigen Freiheiten der Finanzmärkte hätten *„nicht eine normale Krise, sondern das Ende einer Ära“* herbeigeführt und *„diese Krise unterscheidet sich von allen, die wir in den letzten 60 Jahren gesehen haben - sie ist schlimmer“*, eine Krise, bei der *„alles schiefging, was schiefgehen konnte.“* *„Die Gefahr besteht darin, dass dadurch entstehende Spannungen, einschließlich des Protektionismus der USA, die Weltwirtschaft zerschlagen und die Welt in eine Rezession – oder etwas noch Schlimmeres – stürzen könnten.“*<sup>19</sup> Aber ging wirklich alles schief oder ist es die eigentliche Intention des Kapitalismus, leistungsloses Kapitaleinkommen zu Lasten der Arbeitseinkommen zu favorisieren?

---

17 Zitiert nach: Harald Schumann, Christiane Grefe: Der Globale Countdown – Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – Die Zukunft der Globalisierung. Kiepenheuer & Witsch, 2008

18 Zitiert nach: Harald Schumann, Christiane Grefe: a.a.O.

19 Georg Soros: Soros sieht schlimmste Krise seit 60 Jahren. Welt Online, 20.01.2008, [http://www.welt.de/wirtschaft/article1591321/Soros\\_sieht\\_schlimmste\\_Krise\\_seit\\_60\\_Jahren.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article1591321/Soros_sieht_schlimmste_Krise_seit_60_Jahren.html)

## 2.2. Tausch und Tauschmittel

*„So ist der Wucher hassenswert, weil er aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst. Durch den Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.“<sup>20</sup>*

Aristoteles

Mit der Arbeitsteilung der Gesellschaft begann auch der Tausch. Tausch verlangt ein Äquivalent, das Tauschmittel, mit dem für die erbrachte Leistung die Leistung eines anderen in möglichst gleichem Umfang erworben werden kann. Die unterschiedlichsten Tauschmittel kamen zur Anwendung. Wichtig war, ein Tauschmittel zu finden, das möglichst haltbar und weitreichend anerkannt war. Neben Naturalien, die wegen begrenzter Haltbarkeit unzureichend geeignet waren, gewannen Metalle und Münzen als Zahlungsmittel bzw. Geld zunehmend an Bedeutung<sup>21</sup>. Als ideal erwiesen sich lange Zeit Gold und Goldmünzen, die auch heute noch ohne Mehrwertsteueraufschlag gehandelt werden können.

Allerdings wurde Geld nicht nur als aktuelles Tauschmittel, sondern auch zur Speicherung von Leistungsäquivalenten eingesetzt und Anderen als Kapital gegen Zinsen angeboten. Allein durch Zinsen kommen Renditenzustände, die schließlich ermöglichen würden, den ganzen Globus und mehr als ihn zu kaufen.

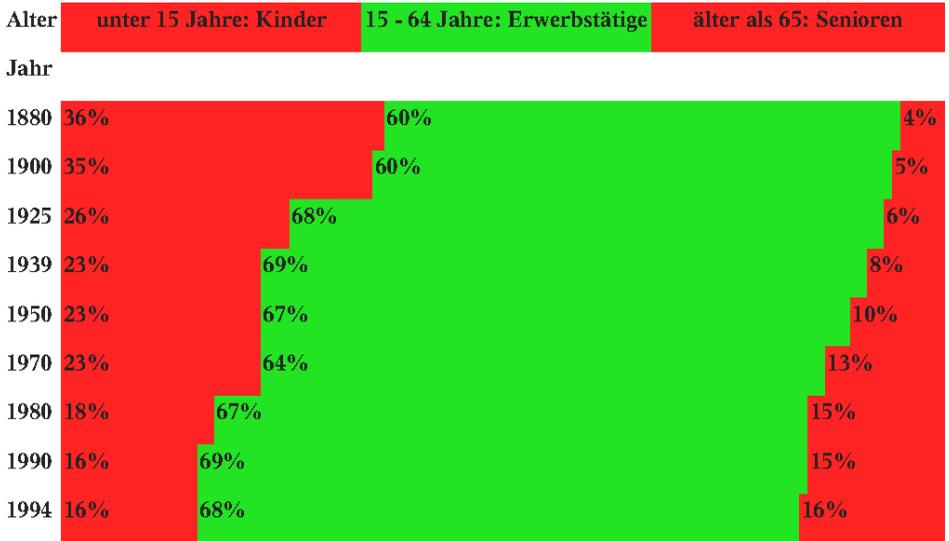
Zur Veranschaulichung dieses Prozesses sei das Gleichnis des Josephspfennigs angeführt: Wenn Joseph seinem Sohn Jesus bei dessen Geburt einen einzigen Pfennig zurückgelegt hätte, wäre dieses „Kapital“ bei einer jährlichen Verzinsung von 5 % mit Zinseszinsen im Jahre 2000 auf den fiktiven Gegenwert von 132

---

20 Aristoteles: Politik, 1. Buch, Kap. 3, 1259a

21 Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie. Laub, Berlin 1925, S. 111

Milliarden Erdkugeln (zu je  $5,974 \cdot 10^{21}$  Tonnen) aus purem Gold angewachsen. In der gesamten Geschichte der Menschheit wurden aber schätzungsweise erst 155.000 t Gold geschürft, die in einen Würfel der Kantenlänge 20 Meter passen würden.<sup>22</sup>



**Abbildung 4: Alterspyramide in anderer Form**

Da in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ein neutrales Tauschmittel in Form von Geld unverzichtbar ist, darf es aber nur als solches fungieren. Jedes zusätzliche Geld, das keiner Leistung entspricht, entwertet die geleistete Arbeit und führt zur Verteuerung der zu erwerbenden Leistungen und Produkte.

Allerdings muss aus dem Arbeitsertrag auch die gesamte Infrastruktur finanziert werden, außerdem ein Umlageverfahren für alle noch nicht und nicht mehr Erwerbstätige sowie alle Kranken und Behinderten. Wie wir in Abb. 4 sehen können, war das Verhältnis von Erwerbstätigen zu noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen im Verlaufe der letzten etwa 130 Jahre immer etwa zwei zu eins. Waren anfangs viele Kinder und wegen der niedrigeren Lebenser-

<sup>22</sup> Wikipedia: Josephspfennig. <http://de.wikipedia.org/wiki/Josephspfennig>

wartung nicht so viele Erwachsene zu versorgen, ist es heute umgekehrt. Diese Verschiebung liegt zum großen Teil daran, dass die im von Wilfried Schreiber konzipierten Umlageverfahren vorgesehene „Kinderkasse“ von Adenauer, der als 80jähriger die Wahlen mit den Rentnern gewinnen wollte, mit der sehr flapsigen Bemerkung gekippt wurde: „*Kinder bekommen die Leute immer.*“ Wie wir heute sehen, ist das nicht der Fall, insbesondere für den Mittelstand ist schon das zweite Kind ein Armutsrisiko.

Das Verhältnis von Kapital zu Arbeit - auch die Formulierung „Kapital ist akkumulierte Arbeit“ - lässt sich sehr gut am Tauschring verdeutlichen: für die von einer Person geleistete Arbeit wird eine der aufgewendeten Zeit äquivalente Anzahl von Punkten registriert, die gegen die von einer anderen Person geleistete Arbeit getauscht werden können. Würden nun die positiven Arbeitsäquivalente mit einem zeitabhängigen Bonus und die negativen Arbeitsäquivalente mit einem zeitabhängigen Malus versehen, könnte Arbeit, ohne geleistet zu werden, vermehrt oder vermindert werden. Aber genau das, was bei der Arbeit absurd erscheint, soll bei dem Arbeitsäquivalent Geld unverzichtbar sein: Vermehrung des Eigentums ohne entsprechend geleistete Arbeit. Die grotesken, „eigentümlichen“ Verzerrungen, die entstehen, wenn sich Geld bzw. Eigentum oder Kapital auf diese Weise vermehren kann, lassen sich überdeutlich an unserem heutigen sozioökonomischen Dilemma feststellen.

Es ist deshalb auch den Christen an mehreren Stellen der Bibel ein Zinsverbot auferlegt:

- 2. Buch Mose (Exodus) 22 , Vers 24: „Wenn du Geld verleihst an einen aus meinem Volk, an einen Armen neben dir, so sollst du an ihm nicht wie ein Wucherer handeln; du sollst keinerlei Zinsen von ihm nehmen.“
- 3. Buch Mose (Levitikus) 25, Vers 35-37: „Wenn dein Bruder neben dir verarmt und nicht mehr bestehen kann, so sollst du dich seiner annehmen wie eines Fremdlings oder Beisassen, dass er neben dir leben könne; und du sollst

nicht Zinsen von ihm nehmen noch Aufschlag, sondern sollst dich vor deinem Gott fürchten, dass dein Bruder neben dir leben könne. Denn du sollst ihm dein Geld nicht auf Zinsen leihen noch Speise geben gegen Aufschlag."

- 5. Buch Mose (Deuteronomium) 23, Vers 20: „Du sollst von deinem Bruder nicht Zinsen nehmen, weder für Geld noch für Speise noch für alles, wofür man Zinsen nehmen kann."

Die Katholische Kirche hatte noch in ihrem Gesetzbuch (Codex Juris Canonici, Kanon 1543) von 1917/18 die Regelung, dass ein Darlehensvertrag keinen Gewinn rechtfertige, allerdings verbunden mit dem Zusatz, dass weltliches Gesetz eine abweichende Vereinbarung erlauben könne. Beides wurde im Zuge der Neufassung 1983 ersatzlos gestrichen, das Zinsverbot damit also endgültig vollständig aufgehoben, obwohl erkennbar auch damals schon Zinsen Bürger und Gesellschaft zunehmend belasteten.

Allein die Mieten von Wohnungen setzen sich beispielsweise zu 70-80% aus Zinsen zusammen, der Trinkwasserpreis enthält 38% Zinsen und selbst die Müllkosten sind mit 12% Zinsen belastet. Im Mittel sind in den Preisen, bezogen auf alle von der Gesellschaft getätigten Ausgaben - mit steigender Tendenz - bereits über 40% Zinsen enthalten.<sup>23</sup>

Neben dem Zins besteht eine zweite Möglichkeit, der Gesellschaft bzw. der Realwirtschaft Geld zu entziehen: Menschen für ein geringeres Arbeitsentgelt, als es dem Wert ihrer Arbeit entspricht, für sich arbeiten zu lassen, dem Arbeitnehmer also nicht das Geld zu geben, das dem Wert seiner Arbeit entspricht, sondern einen beliebig niedrigeren Betrag. Die Differenz stellt - mit den Zinsen für das in der Infrastruktur steckende Fremdkapital - das leistungslose Einkommen der Eigentümer der jeweiligen Infrastruktur dar,

---

23 Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. 5. Auflage, Econ 2001, Reprint: Wissenschaftsverlag Aachen 2003.  
<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/>.

die zunehmend Fonds-Anteilseigner sind.

Aber nicht nur als Produzent von Produkten, mit deren Preis das leistungslose Einkommen finanziert wird und seinen Lohn entsprechend schmälert, sondern auch als Konsument anderer Produkte, in denen ebenfalls leistungsloses Einkommen im etwa gleichen Umfang steckt, wird der Bürger in zweifacher Weise geschröpft.

Der Preis der Produkte setzt sich zu etwa 40% Kapitalertrag, 13% Steuern und 47% Arbeitsertrag zusammen. Wenn der Bürger vom Preis des Produktes, das er hergestellt hat, also etwa 47% als Arbeitsentgelt bekommen hat, würde er auf dem inländischen Markt Produkte kaufen, in denen auch nur etwa 47% Arbeitskosten enthalten sind. Damit schrumpft das Leistungsäquivalent Geld auf 47% von 47%, also etwa 22% oder ein Fünftel seiner eigenen Leistung. Aber es gibt ja die „Billiglohnländer“, die mit ganz anderen Leistungsäquivalenten zufrieden sein müssen, insofern erhöht sich sein Tauschäquivalent wieder.

Insofern ist es prinzipiell gleichgültig, auf welcher Seite des Marktes begonnen wird, das leistungslose Einkommen aus den Preisen der Produkte und Dienstleistungen zu eliminieren, auf der Produktions- oder auf der Reproduktionsseite. Grundsätzlich können sich jedoch Konsumenten wesentlicher einfacher und risikoloser organisieren, als Arbeitnehmer in der Produktion.

Um leistungsloses Einkommen zu verhindern, könnten – wie Rifkin<sup>24</sup> das empfiehlt – „Zeitdollar“ (bei uns würden sie wohl „Zeiteuro“ genannt) eingeführt werden, indem jedem für jede Stunde Arbeit ein derartiger Zeitdollar gutgeschrieben wird, der ja auch elektronisch übermittelt, zentral gesammelt und per Scheckkarte abgerufen werden könnte.

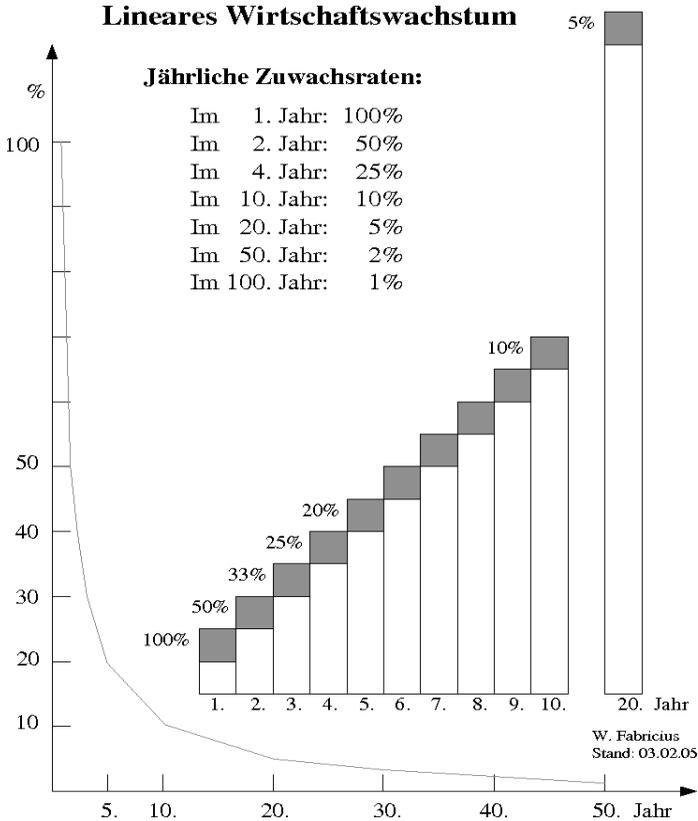
---

24 Jeremy Rifkin: (Interview: Sönke Iwersen): Langfristig wird die Arbeit verschwinden. Süddeutsche Zeitung, 29.04.2005 - aktualisiert: 05.09.2007, [http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?\\_skip=0](http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?_skip=0)

Jeder Euro, der unsere Realwirtschaft in die globalen Finanzmärkte verlässt, steht dort als Heuschreckenkapital zur Verfügung, das gegen uns eingesetzt werden kann. Man könnte versuchen, Teile dieses Kapitals über Steuern zurückzuholen, besser jedoch wäre es, die vielen Poren der Gesellschaft, durch die dieses Geld aus der Realwirtschaft in die Finanzmärkte diffundiert, zu ermitteln und zu verschließen. Die Produzenten und Konsumenten müssen gemeinsam unbedingt verhindern, dass immer umfangreichere Teile des Wertes ihrer Arbeit bzw. ihrer Kaufkraft ihrem Verfügungsraum entzogen werden.

## 2.3. Wirtschaftswachstum

Bei annähernd linearem Wirtschaftswachstum<sup>25</sup> sowohl in Deutschland (im Mittel etwa 40 Mrd. Euro/Jahr) als auch weltweit



**Abb. 5: Lineares Wirtschaftswachstum**

wächst das BIP im ersten Jahr, wenn zu einem Baustein ein zweiter kommt, zwar um 100%, im 2. Jahr jedoch, wenn ein zweiter Baustein zu zwei bereits vorhandenen kommt, nur noch um 50%, im 3. Jahr um 33%, im 10. Jahr um 10% und nach 50

<sup>25</sup> Horst Afheldt: *Wirtschaft die arm macht – Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft*. Kunstmann, München 2003.

Jahren, wenn das BIP zwar 50 mal so groß ist wie im ersten Jahr, ist die jährliche Zuwachsrate auf 2% geschrumpft. Selbst wenn also jährlich die gleiche Menge an Produkten und Dienstleistungen zusätzlich erzeugt wird, nimmt ihr relativer Anteil gegenüber dem bereits Vorhandenen ständig ab. In Deutschland wuchs das BIP in den letzten 50 Jahren im Mittel etwa um 40 Mrd. Euro und wenn 40 Mrd. Euro zu 2 Billionen Euro hinzukommen, sind das genau 2% Wachstum.

Um den Bürger zu veranlassen, dieses Wirtschaftswachstum einerseits zu produzieren und andererseits zu konsumieren, war es erforderlich, über die Bedarfsdeckung hinaus eine Bedarfsweckung, eine Ex-und-Hopp-Produktion, eine Externalisierung der Kosten, eine gezielte Verschuldung der Bürger über Ratenkauf, Exportüberschüsse, Globalisierung etc. zu generieren.<sup>26</sup>

Unabhängig davon stieg und steigt zudem noch die Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung, Automatisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität.

Real ist das BIP in Deutschland von 49,7 Mrd. Euro in Jahr 1950 auf 2.423 Mrd. Euro im Jahr 2007 gestiegen. Das ist pro Einwohner mit 1.059 Euro im Jahr 1950 und 29.455 Euro im Jahr 2007 eine Steigerung um etwa das 30-fache<sup>27</sup>.

---

26 Helmut Creutz (2001): a.a.O.

27 Statistisches Bundesamt: Deutsche Wirtschaft 2007.

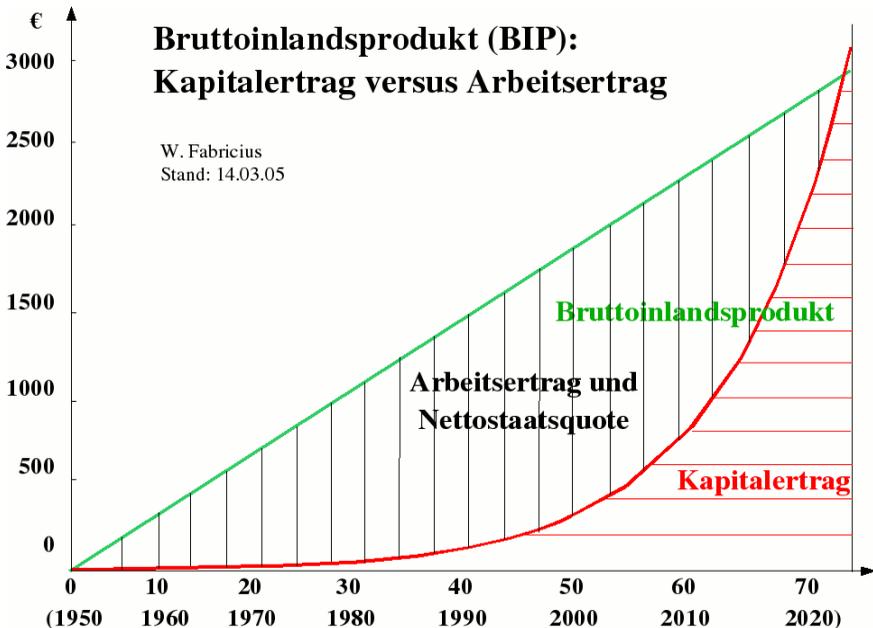
[www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/DeutschWirtschaft,property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/DeutschWirtschaft,property=file.pdf)

## 2.4. Das Wachstum der Kapitalerträge

*„Es gibt keinen Weg, den finalen Zusammenbruch eines Booms zu vermeiden, der durch Kreditexpansion erzeugt worden ist. Die Alternative kann nur sein: Entweder die Krise kommt früher – als ein Ergebnis der freiwilligen Einstellung der Kreditexpansion – oder später als eine finale und totale Katastrophe des betreffenden Währungssystems.“*

Ludwig von Mises<sup>28</sup>

Kapitalerträge werden auf Arbeitnehmerseite über vorenthaltene Arbeitnehmerentgelte, indirekt auch über Steuern, auf Konsumentenseite im Wesentlichen durch Zinsen, Mieten, Pachten, Profite,



**Abb. 6: Kapitalertrag vs. Arbeitsertrag**

<sup>28</sup> Ludwig von Mises: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. Habilitationsschrift 1912

Subventionen, Dividende, Kursgewinne, Währungs-, Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulationen (wie z.B. Getreide, Kaffee), Hebelgeschäfte und auch hier indirekt über Steuern, die zu Subventionen führen, etc. realisiert und immer häufiger über unterschiedlichste global operierende Fonds gemanagt.

Auf der Grundlage von Petschows Feststellung, dass sich die Kapitalerträge von 25 Mrd. Euro im Jahr 1970 auf 560 Mrd. Euro im Jahr 2002 erhöht haben und damit im Mittel jährlich um 10,2% gewachsen sind, wurde ein graphisches Modell erstellt, das interpoliert auch die 20 Jahre vor und die 20 Jahre nach Petschows Auswertung aufzeigt. Da es bei dieser Darstellung im Wesentlichen auf die Darstellung des Wachstums der Kapitalerträge ankam, wurden Staats- und Sozialquote dem Arbeitsertrag zugeschlagen.

Die entsprechenden Berechnungen ergeben, dass bereits nach 10 Jahren (1960) das lineare Wirtschaftswachstum mit etwa 10% auf den Zuwachs der Kapitalerträge abgesunken ist, nach 25 Jahren (1975) entsprechen die Kapitalerträge mit 40 Mrd. Euro dem absoluten jährlichen Zuwachs des BIP und schließlich nach 48 Jahren (1998) wachsen die Kapitalerträge mit über 40 Mrd. Euro pro Jahr schneller als das BIP. Von hier ab werden das BIP und speziell die Arbeitserträge von den Kapitalerträgen schneller aufgezehrt als sie zuvor gewachsen waren.

Hier, wie unsere Politiker, von einem nicht voraussehbaren Paradigmenwechsel zu sprechen, ist falsch, es ist dies die zwangsläufige Folge der bisherigen Ökonomie, der „sozialen“ Marktwirtschaft, wie der Nachkriegskapitalismus euphemistisch genannt wurde. Adenauer sah möglicherweise diese Entwicklung voraus, als er sagte, man müsse den Menschen die Demokratie erst einmal etwas schmackhaft machen.

Das theoretische Endstadium wäre – wie oben ausgeführt, etwa im Jahr 2017 erreicht. Selbst die Veräußerung öffentlichen Eigen-

tums, das ja auch Arbeitsertrag repräsentiert, ist dann nur noch ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Kapital schlachtet die Kuh, die es melken will.

Am Modell lässt sich zeigen, dass 48 Jahre lang das lineare Wachstum dem exponentiellen überlegen ist und somit Arbeitserträge und Staatsquote zunächst fast beliebig wachsen können. Auf die Realität übertragen: In den „goldenen siebziger Jahren“ wurde selbst in linken Aktivistenkreisen nur noch von Freizeit und Urlaub geschwärmt. Aber bereits ab den achtziger Jahren begann die Lohnquote dauerhaft zu sinken. In dieser Zeit holt das exponentielle Wachstum der Kapitalerträge das lineare Wachstum der Wirtschaft ein und überholt es schließlich noch vor der Jahrtausendwende. Die realen Arbeitserträge sinken dem Modell entsprechend ebenfalls exponentiell.

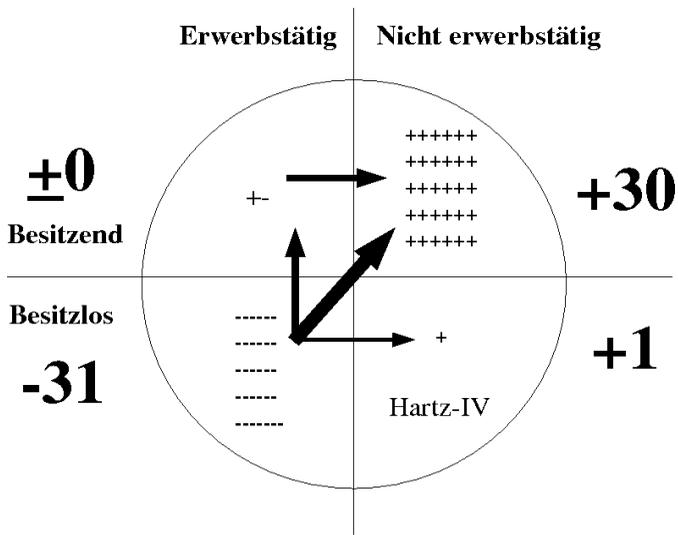
In dieser Situation befinden wir uns zur Zeit. Die Kaufkraft des Bürgers sinkt, die Preise steigen und das Wirtschaftswachstum schwächelt infolgedessen bereits: Es ist von den eigentlich im Mittel der letzten 10 Jahre zu erwartenden 2% bereits auf 1,55% abgesunken. Das Wachstum entspricht damit in etwa der Inflationsrate, ist also kein absolutes Wachstum mehr und ohne die Exportüberschüsse wären bereits negative Werte zu verzeichnen.

Die Dramatik dieser Entwicklung fiel offensichtlich kaum jemand auf, da es in Deutschland in den letzten Jahrhunderten eine vergleichbar lange Phase ohne Krieg nicht gegeben hat und sich solch hohe Privatvermögen in früheren Zeiten nicht in dem Umfang bilden konnten, denn jeder Krieg führt ja stets zu einem ökonomischen Neuanfang.

Der ökonomische Kollaps droht auch besonders deshalb, weil der Mehrzahl der Bürger ein immer kleinerer Teil der Arbeitserträge für variable Kosten zur Verfügung steht. Der größere Teil wird von „Fest“kosten wie Mieten (Deutschland ist bezüglich Wohneigentum vor der Schweiz Schlusslicht in Europa!), Wasser,

Müll, Energie, Mobilität, Versicherungen, Zinsbelastungen etc. geschluckt, die unerbittlich steigen, und steht zum Kauf von Produkten der Realwirtschaft deshalb nicht mehr zur Verfügung.

Der massive Angriff auf die Hartz-IV-Empfänger macht eine genauere Betrachtung dieses Problems erforderlich. Das Arbeitslosengeld II umfasst jährlich etwa 25 Mrd. Euro, das sind 1,1% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Bevor man sich mit diesem Teil des BIP befasst, sollte man eigentlich wissen, was mit den „restlichen“ 98,9% des BIP geschieht.



**Abb. 7: Bundesrepublikanisches Umverteilen**

Allein die Kapitalerträge liegen derzeit bei über 750 Mrd. Euro pro Jahr, das sind mehr als 35% des BIP, also gut das 30-fache des Arbeitslosengeldes II Alg II). Das Arbeitslosengeld aber soll gekürzt werden, die Kapitalerträge dagegen dürfen mit den bisherigen 10% pro Jahr weiterwachsen und sich alle 7 Jahre verdoppeln, um schließlich das gesamte BIP zu vereinnahmen.

Um das Ausmaß der Umverteilung deutlicher zu machen, seien die

Bürger unserer Republik in 4 Gruppen eingeteilt: einmal in Besitzende und Besitzlose und zusätzlich in Erwerbstätige und nicht Erwerbstätige. Die Hartz-IV-Empfänger erhalten als nicht Erwerbstätige und Besitzlose mit 25 Mrd. Euro nicht mehr als etwa 1,1% des BIP. Die nicht erwerbstätigen Besitzenden - die, die von den Erträgen ihres Besitzes leben können - erhalten dagegen 35% des BIP, also etwa das 30-fache. Die erwerbstätigen Besitzenden geben den nicht erwerbstätigen Besitzenden ebensoviel wie sie von den besitzlosen Erwerbstätigen erhalten.

Schlecht sieht es für die besitzlosen Erwerbstätigen aus, die sowohl die nicht erwerbstätigen Besitzlosen als auch die nicht erwerbstätigen Besitzenden finanzieren müssen. Sie sollen ihren Ärger aber nur auf die nicht erwerbstätigen Besitzlosen richten, die noch den geringsten Teil ihrer Arbeitserträge erhalten.

Weil es nur auf Kosten der Arbeitserträge realisierbar ist, kann ein Sozialstaat es grundsätzlich nicht zulassen, dass das Wachstum der Kapitalerträge über dem Wirtschaftswachstum liegt. Wie die vom DGB aus Zahlenmaterial des Statistischen Bundesamtes erstellte Tabelle zeigt<sup>29</sup>, haben Brandt und Schmidt prinzipiell richtig gehandelt, als sie die Nettokapitalrendite von 12,6% im Jahr 1972 auf 6,1% im Jahr 1982, das damalige Wirtschaftswachstum, abgesenkt haben (Mussten sie deshalb gehen?). Die Kapitalerträge dauerhaft auf der Höhe des Wirtschaftswachstums zu halten und parallel dazu weiterlaufen zu lassen wurde nicht weitergeführt, denn unter Kohl wurde die Nettokapitalrendite sehr schnell wieder auf das alte Niveau angehoben.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob eine Gesellschaft leistungsloses Einkommen leistungsbezogenem Einkommen vorziehen und

---

29 DGB-Bundesvorstand – Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik: Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Leichte Besserung für Arbeitnehmer in 1999. Berlin 2000.

[www.dgb.de/themen/themen\\_a\\_z/abisz\\_doks/z/einkommens.pdf/view?showdesc=1](http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/z/einkommens.pdf/view?showdesc=1)

damit den Profit über die Reproduktion stellen darf und ob sie überhaupt leistungsloses Einkommen zulassen kann. Es wäre sinnvoll, alle Erwerbsfähigen an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu beteiligen und ihnen damit ein existenzsicherndes, bedarfsdeckendes Einkommen zu garantieren.

**Entwicklung der Netto-Kapitalrendite <sup>1)</sup>**  
**Westdeutschland und Deutschland**

Jahr	Netto-Kapitalrendite in v.H.	
	Westdeutschland	Deutschland
1971	12,6	
1972	11,7	
1973	10,8	
1974	9,2	
1975	8,6	
1976	10,0	
1977	9,2	
1978	9,6	
1979	9,5	
1980	7,5	
1981	6,2	
1982	6,1	
1983	8,0	
1984	8,5	
1985	8,5	
1986	9,7	
1987	9,9	
1988	10,3	
1989	10,4	
1990	11,3	
1991	10,8	11,4
1992		10,2
1993		9,2
1994		10,1
1995 <sup>2)</sup>		10,8
1996		10,4
1997		11,0
1998		11,4
1999		10,6

1) Unternehmen ohne Wohnungsvermietung und ohne Bundesbankgewinne

Quelle: DGB-Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

### **Abb. 8: Netto-Kapitalrendite**

Als nächste Frage ergibt sich: Sollen die besitzlosen Erwerbstätigen individuellen Besitz haben oder umgekehrt, die besitzenden Erwerbstätigen auf ihren individuellen Besitz verzichten? Vernünftig wäre doch wohl, dass das, was ein Mensch für seine

individuelle Reproduktion tagtäglich ausschließlich selbst benötigt, sich in seinem individuellen Besitz befinden darf, dass aber alle Infrastruktur, die zur gesellschaftlichen Reproduktion benötigt wird, kollektives Eigentum sein sollte.

## 2.5. Armuts- und Reichtumsberichte

Die Auswirkungen der herrschenden Politik spiegeln sich am besten in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung. Der erste Bericht betrifft den Zeitraum 1993 bis 1998, der zweite den von 1998 bis 2003.<sup>30</sup>

Am 19.10.2001 hatte der Bundestag beschlossen, eine regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung jeweils in der Mitte der Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag vorzulegen. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde von der Fraktion Die Linke<sup>31</sup> am 14.11.2007 angemahnt und endlich am 19.05.2008, allerdings nur in einem Entwurf, der Öffentlichkeit vorgestellt<sup>32</sup>. Die bedeutsamste Zahl dieses Entwurfs, die Armutsrisikogrenze von 781 Euro pro Monat, stammt aus dem Jahr 2005, aber schon das dazugehörige mittlere Äquivalenzeinkommen von 1301 Euro pro Monat (15.617 Euro pro Jahr), das vom Statistischen Bundesamt im Januar noch veröffentlicht wurde, und von dem die Armutsrisikogrenze (60%) abgeleitet ist, wird im Entwurf auf Seite 17 durch das mittlere Äquivalenzeinkommen von 2003 (18.778 Euro pro Jahr) ersetzt, das 20,2% höher liegt als 2005. Auf Seite 18 wird allerdings der Betrag 18.778 Euro als Durchschnittseinkommen bezeichnet, das mittlere Äquivalenzeinkommen ist jedoch der Median, nicht das arithmetische Mittel. Für den Median wird dort ein anderer Wert (16.242 Euro pro Jahr) angegeben als der, den das Statistische Bundesamt im Januar bekanntgegeben hat. Spätestens hier weiß

---

30 Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Armuts- und Reichtumsbericht - CD [http://www.bmas.de/coremedia/generator/10570/armuts\\_\\_und\\_\\_reichtumsbericht\\_\\_cd.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/10570/armuts__und__reichtumsbericht__cd.html)

31 Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage zur Vorlage des Dritten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung vom 30.11.2007. [dip.bundestag.de/btd/16/073/1607377.pdf](http://dip.bundestag.de/btd/16/073/1607377.pdf)

32 Lebenslagen in Deutschland - Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. Mai 2008 [http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Dritter\\_Armuts-\\_%26\\_Reichtumsbericht.pdf](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Dritter_Armuts-_%26_Reichtumsbericht.pdf)

niemand mehr, wie hoch das private Haushaltseinkommen wirklich ist bzw. 2005 war.

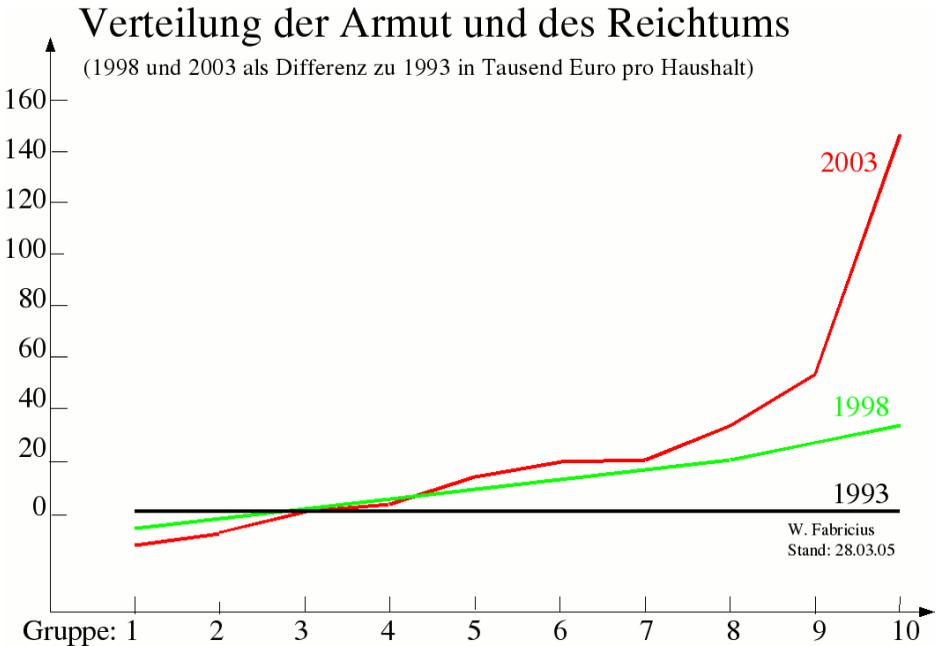
Es ist kaum vorstellbar, dass mit dem Beschluss des Bundestages vom 19.10.2001 intendiert war, solches Chaos zu produzieren und nur Zahlen aus dem Zeitraum einer vorherigen Regierung zu veröffentlichen. Die große Koalition will offensichtlich vermeiden, mit aktuelleren Zahlen ihr politisches Versagen zu offenbaren.

Wenden wir uns den Zahlen der Vorgänger-Regierung zu: Die Armut- und Reichtumsberichte bauen auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes auf, einem Mikrozensus, in den allerdings nur die Haushalte unterhalb eines Monateinkommens von etwa 17.500 Euro einbezogen werden. Damit fehlen etwa 220.000 Haushalte, die ein Jahreseinkommen von über 200.000 Euro pro Jahr hatten. Ein eigentlicher Reichtumsbericht kann mit solcher Erhebung wohl kaum erstellt werden.

Für Parteien, die vorgeben, das soziale Netz zu schützen, ergibt sich ein katastrophales Bild: Die Verschuldung der untersten 10% der Haushalte hat sich unter Rot/Grün, also in der Zeit von 1998 bis 2003 von 3.900 Euro auf 7.900 Euro pro Haushalt mehr als verdoppelt. Unter Schwarz/Gelb, also von 1993 bis 1998 stieg die Verschuldung der untersten 10% der Haushalte lediglich von 2.100 Euro auf 3.900 Euro pro Haushalt also nicht ganz auf das Doppelte. Wird sich die Verschuldung dieser Haushalte in den laufenden fünf Jahren abermals verdoppelt haben und dann bei 16.000 Euro pro Haushalt stehen? Bei den reichsten 10% der Haushalte dagegen hat sich das Privatvermögen von 1993 bis 1998 „nur“ um ca. 30.000 Euro vergrößert, unter Rot/Grün von 1998 bis 2003 dagegen um 120.000 Euro, also um den vierfachen Betrag vermehrt: ein verdienstvoller Rot-Grün-Effekt!

Als Fazit aus diesem Bericht ist festzuhalten: die untersten 30%

Haushalte hatten Verluste, die obersten 30% Gewinne und die dazwischenliegenden 40% keinen nennenswerten Zuwachs ihres Privatvermögens. 70% der Bundesbürger erwirtschaften ihren 30% reichsten Mitbürgern die Kapitalerträge! Die Sparquote von konstant über 10% bezieht sich damit ausschließlich auf die obersten 30% der Haushalte. Sie auf die Gesamtheit der Bürger zu mitteln und von Angstsparen zu sprechen ist unverfrorener Zynismus und führt zu vollkommen falschen politischen Maßnahmen.



**Abb. 9: Nettovermögen der Privathaushalte**

Wie sieht es mit den laufenden Einkommen aus, die zu diesen Nettovermögen bzw. Schulden führen? Ein aktuelles Thema sind die „Aufschwungverlierer“. Wer sich ein einigermaßen stimmiges Bild von diesen Aufschwungverlierern machen will, muss sich vier Veröffentlichungen der letzten Zeit vornehmen:

1. den IMK-Report Nr. 27, März 2008: Wer profitierte vom

Aufschwung?<sup>33</sup>

2. die Verdi-Broschüre vom 28.02.08: Genug gespart! - Öffentliche Leistungen stärken.<sup>34</sup>
3. den DIW Wochenbericht 10/2008 vom 05.03.08: Schrumpfende Mittelschicht - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?<sup>35</sup>
4. die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 21.01.08: Leben in Europa 2006 - EU-Indikatoren für Deutschland,<sup>36</sup> bzw. der oben bereits erwähnte Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts vom 19.05.2008.

Der IMK-Report und die Verdi-Broschüre konzentrieren sich auf die Lohnempfänger. Die Verdi-Broschüre zeigt auf, dass die Lohnquote von 72,9% im Jahr 1993 auf 64,6% im Jahr 2007 weiter gesunken ist. Das Sinken der Lohnquote hat allerdings bereits 1982 mit Ende Brandt/Schmidt-Regierungen bei damals etwa 75% begonnen.

Zu Recht wird aber eingewendet, dass die Lohnquote auch deshalb sank, weil sich viele Arbeitnehmer nach ihrer Kündigung selbständig machten, bzw. arbeitslos wurden, und deshalb für die Auswertungen der Gewerkschaften nicht mehr interessant waren. Es ist deshalb wichtig, die Haushaltseinkommen insgesamt zu analysieren.

Dies ist durch die Auswertungen des DIW und des Statistischen Bundesamtes erfolgt. Das DIW hat in seinem Bericht allerdings nur relative Bezüge hergestellt und den Rahmen, in dem sich das

---

33 Gustav Horn et al.: IMK-Report 10/2008 - Wer profitierte vom Aufschwung? Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2008

34 Michael Schlecht et al.: Genug gespart! - Öffentliche Leistungen stärken. ver.di Berlin 2008

35 DIW Wochenbericht 10/2008: Schrumpfende Mittelschicht - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Berlin 2008

36 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 21.01.08: Leben in Europa 2006 - EU-Indikatoren für Deutschland.

Ganze bewegt (wohlweislich?) nicht ausführlich dargestellt. Diese Angaben muss man sich vom Statistischen Bundesamt holen, obwohl beide Einrichtungen unterschiedliche Erhebungsverfahren - Sozioökonomisches Panel (SOEP) bzw. Erwerbs- und Verbrauchsstichprobe (EVS) – einsetzen und die Daten des Statistischen Bundesamtes sehr alt sind.

Das DIW erfasst mit SOEP auch die reichen Haushalte mit einem Jahreseinkommen von über 200.000 Euro, wogegen das Statistische Bundesamt sagt, es ließen sich von diesen Leuten keine verlässlichen Daten erheben und beschränkt seine Analysen auf die Jahreseinkommen unter 200.000 Euro. Das DIW kann mit seinen Daten einen Durchschnittswert und einen Ginikoeffizienten errechnen, der zeigt, in welchem Umfang die von Unten- nach Obenverteilung zunimmt. Beachtlich ist, wie der Ginikoeffizient unter Rot-Grün ab 1998 nach oben schnellte. Einen zweiten steilen Anstieg hatte er ab 2005 unter der Großen Koalition. Insgesamt stieg er von 0,26 im Jahr 1998 auf 0,32 im Jahr 2006. Auch der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung lässt mit dem Vermögenszuwachs als Ergebnis eines höheren Einkommens diese Entwicklung erkennen.

Die Zahlenspielerien des DIW und des IMK, insbesondere hinsichtlich der Zugehörigkeiten zu „Niedrigverdiener“, „Mittelschicht“ und „Spitzenverdiener“, verschleiern nur die Tatsache, dass der gesamte Bezugsrahmen nach unten abgerutscht ist. Diese absoluten Zahlen liefert das Statistische Bundesamt, allerdings erst mit zweijähriger Verspätung.

Der entscheidende Indikator für die Auswirkungen neoliberaler Ökonomie auf die Haushaltseinkommen in Deutschland ist das mittlere Äquivalenzeinkommen<sup>37</sup> und die darauf basierende Armutsrisikogrenze. Das Äquivalenzeinkommen ist ein von der

---

37 Wikipedia: Äquivalenzeinkommen: <http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84quivalenzeinkommen>

OECD vorgegebenes Verfahren, die Einkommen der Privathaushalte in den Nationen ihres Bereichs vergleichbar zu machen. Er wird aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen errechnet.

Das mittlere Äquivalenzeinkommen ergibt sich als Median der berechneten Werte, die Armutrisikogrenze beträgt 60% dieses Werts. Dieses mittlere Äquivalenzeinkommen ist in der Zeit von 2003 bis 2005 um mindestens 263 Euro pro Monat (sic!), also fast 17% gefallen und ist 2006 weiter gefallen, wie der Anstieg des Ginikoeffizienten des DIW belegt.

<b>Jahr</b>	<b>Mittleres Äquivalenzeinkommen in Euro/Monat (Median)</b>	<b>Armutrisikogrenze in Euro/Monat (60% des Medians)</b>
2003 <sup>38</sup>	<b>1564</b>	<b>938</b>
2004 <sup>39</sup>	<b>1427 (-8,8%)</b>	<b>856</b>
2005 <sup>40</sup>	<b>1216 (-22,3%)</b>	<b>729</b>
2005 <sup>41</sup>	<b>1301 (-16,8%)</b>	<b>781</b>

Dies legt die Vermutung nahe, dass inzwischen das Alg. II bereits

38 Lebenslagen in Deutschland - 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2005:

[http://www.bmas.de/coremedia/generator/10070/lebenslagen\\_in\\_deutschland\\_der\\_2\\_armuts\\_und\\_reichtumsbericht\\_der\\_bundesregierung.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/10070/lebenslagen_in_deutschland_der_2_armuts_und_reichtumsbericht_der_bundesregierung.html)

39 Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA - für Deutschland 2005:

[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/EU-Silc/Pressebrochuere\\_EU\\_Silc.property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/EU-Silc/Pressebrochuere_EU_Silc.property=file.pdf)

40 Sozialbericht NRW 2007 - IV Einkommen, Armut und Reichtum, S. 124,

[http://www.mags.nrw.de/sozialberichte/sozialberichterstattung\\_nrw/aktueller\\_sozialbericht/SB2007\\_neu.pdf](http://www.mags.nrw.de/sozialberichte/sozialberichterstattung_nrw/aktueller_sozialbericht/SB2007_neu.pdf)

41 Pressemitteilung Nr. 028 vom 21.01.2008 LEBEN IN EUROPA 2006 - EU-Indikatoren für Deutschland

[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/01/PD08\\_028\\_634,templateId=renderPrint.psm1](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/01/PD08_028_634,templateId=renderPrint.psm1)

über der Armutsrisikogrenze liegt, die Hartz IV-Empfänger also nicht mehr unter die von Armutsrisiko Bedrohten fallen, wie auch Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung bereits verlauten ließ<sup>42</sup>. Die Zahlen sind also bereits bekannt und werden der Öffentlichkeit nur vorenthalten.

Der aufgeführte niedrigere Wert für 2005 aus dem Sozialbericht von Nordrhein-Westfalen 2007 ist ebenfalls für Gesamtdeutschland angegeben. Dass vom Statistischen Bundesamt die Zahlen erst 2 Jahre nach dem Ereignisjahr, wenn sie keinen mehr vom Stuhl reißen, veröffentlicht werden, legt den Verdacht der Schönfärberei nahe. Insofern ist der Wert aus NRW vielleicht doch nicht bedeutungslos. Die Bitte des Autors, diesen Wert zu bestätigen oder zu falsifizieren, hat das Statistische Bundesamt leider nur ausweichend beantwortet.

Anzumerken ist, dass die Armutsrisikogrenze mit 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens nur eine relative Größe ist. Würde die Armutsrisikogrenze von 2003 (938 Euro) auch 2005 zugrundegelegt, wäre die Zahl der von Armutsrisiko Bedrohten möglicherweise doppelt so hoch, in jedem Fall aber bedeutend höher als 13%.

Dem Abfall der Arbeitseinkommen steht ein entsprechend steiler exponentieller Anstieg der Kapitaleinkommen gegenüber,<sup>43</sup> sodass inzwischen das Einkommen über Kapitalbesitz bereits das Arbeitseinkommen überrundet haben dürfte.

Eine entscheidende Rolle bei dieser Politik des von Unten- nach Oben-Verteilens spielen auch die sogenannten Berater. Der Spiegel führt zu diesen „Beratern“ aus: *„Die Volksvertreter a. D. bedienen eine wachsende Nachfrage in der Einflüsterungsbran-*

---

42 Hans-Werner Sinn bei Anne Will am 27.04.2008

43 Claus Schäfer: Einkommensverteilung und Alterseinkommen - Seminar Generationengerechte Gesellschaft. ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, 2007 Celle

*che. ... Viele Manager haben erkannt, dass selbst leichte Änderungen an Gesetzen für sie Milliardenverluste bedeuten können - oder auch Milliardengewinne. ... In welchen Zirkeln Gesetze oder Regierungsentscheidungen ausgekugelt werden, ist letztlich schwer durchschaubar. ... Nach den geltenden Gesetzen kann niemand einem ausgeschiedenen Abgeordneten verbieten, in der gleichen Branche anzuheuern, für die er zuvor die Paragraphen gemacht hat. Ein Ehemaliger ohne Mandat oder Amt muss keine Rechenschaft über sein Tun ablegen - auch dann nicht, wenn er nachträglich sein Insiderwissen und seine Kontakte zum eigenen Nutzen und zum Nutzen seiner Auftraggeber aus der Industrie einsetzt. Zwar wäre Geheimnisverrat strafbar. Doch wie soll der schon nachgewiesen werden? ... Entlohnt werden die Hilfen je nach Schwierigkeitsgrad und Dauer eines Projekts mit fünf- bis sechststelligen Euro-Beträgen.“ ... Wie dem Treiben der Ehemaligen Einhalt geboten werden könnte, darüber denkt kaum ein Abgeordneter nach. Schließlich könnte man ja irgendwann selbst auf einen Job als Berater angewiesen sein. ... Selbst Verfassungsgerichtspräsident Papier sah sich deshalb unlängst gezwungen, vor einer neuen Qualität der Einflussnahme zu warnen. Die Lobbyisten, so Papier, entwickelten sich zu einer "fünften Gewalt" im Staate.<sup>44</sup>*

In der Online-Version dieser Veröffentlichung sind die namhaftesten dieser „Berater“ mit all ihren alten und neuen Funktionen genannt: der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU), Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), der frühere Chef der Bundesagentur für Arbeit und Ex-Landesminister von Rheinland-Pfalz, Florian Gerster (SPD), der ehemalige Regierungssprecher von Altkanzler Helmut Kohl Friedhelm Ost (CDU), Caio Koch-Weser, Finanzstaatssekretär (parteilos), Werner Müller, Wirtschaftsminister (parteilos) etc.

---

44 Mareke Aden und Roland Nelles: Diskrete Dienste. Der Spiegel 2/2007

### 3. Neoliberale Globalideologie

Jürgen Borchert, Richter am hessischen Landessozialgericht und renommierter Sozialrechtsexperte, u.a. auch bekannt durch das „Trümmerfrauenurteil“ und das „Pflugesatzurteil“, das er in den 90er Jahren vor dem Bundesverfassungsgericht erstritt, hat 2005 (angeregt durch eine Vorversion des vorliegenden Textes<sup>45</sup>, in dessen Titel der Begriff „Leibeigenschaft“ verwendet wird) in seiner Festrede anlässlich der 5-Jahresfeier von Attac auf dem Ratschlag in Mannheim die gegenwärtige Entwicklung des Neoliberalismus/Neofeudalismus folgendermaßen dargestellt: *„Liberale haben immer für das Recht gekämpft und Privilegien bekämpft. Sie wussten, dass dort, wo Vor-Rechte entstehen, das Recht das Nachsehen hat. Adam Smith, der klassische Verantwortungsethiker, dieser glühende Verfechter eines progressiven Steuertarifs, würde sich im Grabe umdrehen, wenn man ihn als Ahnherrn dieser Bande bezeichnen würde, die - wie die Piraten unter falscher Flagge - nicht Neoliberalismus, sondern das Gegenteil, nämlich Neofeudalismus im Schilde führt und die Menschen der Leibeigenschaft entgegen treiben will.“*<sup>46</sup>

Der Liberalismus sollte weiterleben und auch das Dritte Reich überstehen. Aus und neben ihm entwickelte sich deshalb um den Nationalökonom Walter Eucken in den dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts der Ordo-Liberalismus, auch "Freiburger Schule" genannt. 1938 hatte dann Alexander Rüstow auf dem internationalen Symposium „Colloque Walter Lippmann“ in Paris, an dem u.a. auch Wilhelm Röpke (später Berater von Ludwig Erhard), Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises, Alfred Schütz, Michael Polanyi, Walter Lippmann und Bruce Hopper teilnahmen, den Begriff „Neoliberalismus“ geprägt. Die Wortschöpfung Neoli-

---

45 Wolfgang Fabricius: Aus dem Sozialstaat in die Leibeigenschaft, 2005, <http://www.Gesundheitsladen-Berlin.de/Leibeigenschaft.pdf>

46 Jürgen Borchert: Ein Geburtstagsbrief vom alten Onkel an seinen Lieblingsneffen attac-Deutschland zu dessen fünftem Geburtstag. <http://www.attac.de/ratschlag-mannheim/onkel-b.php?print=yes&id=>

beralismus sollte der Abgrenzung der neuen liberalen Konzepte von dem Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts dienen.<sup>47</sup>

Die neoliberale Ideologie perfektioniert die Herrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen auf Kosten aller menschlichen und natürlichen Ressourcen, getreu dem von Platon in seinem Staat formulierten humanistischen Ideal der Gesellschaft von Besitzenden und der ihnen gehörenden Sklaven.

---

<sup>47</sup> Wikipedia: Neoliberalismus: <http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus>

### 3.1. Mont Pèlerin Society (MPS)

Die Neoliberalen, zunächst eine unbeachtete sektenartige Vereinigung von Nationalökonomern, kamen 1947 im schweizerischen Kurort Mont-Pèlerin zusammen und gründeten die „Mont Pèlerin Society“ (MPS), einen Verein mit 38 Gründungsmitgliedern (17 aus den USA und 21 aus Europa<sup>48</sup>), der mit diesem Namen in den USA eingetragen wurde. Führende Vertreter dieser MPS, deren Mitglieder fortan regelmäßig jährlich zusammenkamen, waren Friedrich August von Hayek und Milton Friedman. Aber auch Ludwig Erhard nahm an Tagungen teil und sein Berater, Wilhelm Röpke, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Unter dem Einfluss des Kalten Kriegs und US-amerikanischer Theoretiker bekam der Zirkel eine aggressive Stoßrichtung gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie sowie gegen staatliche Eingriffe nach Art des "New Deal", mit dem Roosevelt die USA aus der Weltwirtschaftskrise herausgeführt hatte. Für Hayek war es unmöglich und anmaßend, Wirtschaft als rationalen Prozess gestalten zu wollen. Er setzte blindes Vertrauen in das freie Spiel der Marktkräfte, die alles optimal richten, sofern der Staat für die Ausschaltung hemmender Faktoren sorgt.

Die Anhänger der Mont Pèlerin Society verstanden sich als Vordenker einer neuen kapitalistischen Ordnung, die "Freiheit" nicht mit "Gleichheit" verbindet, sondern Ungleichheit als Notwendigkeit ansieht. Im Grunde predigten sie tatsächlich so etwas wie die Rückkehr zum Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Folgendes Zitat von v. Hayek belegt z.B. diese Einstellung: *„Eine freie Gesellschaft benötigt moralische Bestimmungen, die sich letztendlich darauf zusammenfassen lassen, dass sie Leben erhalten: nicht die Erhaltung aller Leben, weil es notwendig sein kann, individuelles Leben zu opfern, um eine größere Zahl von*

---

48 Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. VSA-Verlag Hamburg 2004

*anderen Leben zu erhalten.* <sup>49</sup>

Die Mont Pèlerin Society (MPS) kann als zentrale Instanz der rechts- oder neoliberalen Diskursnetzwerke aus Intellektuellen, Think Tanks, Stiftungen und Verbänden bezeichnet werden. Hier sind die ‚großen Intellektuellen‘ und eine große Zahl ‚kleiner Intellektueller‘ zusammengeschlossen, welche die historische Kontinuität der neoliberalen „Wahrheitspolitik“ als „spezifischen Willen zur Macht“ sichern und die strategische Orientierung der intellektuellen Energien der neoliberalen Diskursapparate steuern. Die Vereinigung zählt heute weltweit mehr als 1.000 Mitglieder.<sup>50</sup>

Die MPS hat dem Kapitalismus ein neues Bewusstsein verschafft und strategisch genial über ihr globales Diskursnetzwerk als „Mainstream“ des ökonomischen Denkens und Handelns in allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt, indem sie neoliberale Statthalter in allen wesentlichen wissenschaftlichen und ökonomischen Entscheidungsbereichen (Wissenschaft, Medien, Staat, Neoliberale, Privatwirtschaft, Verbände, Kultur) etablierte.

Die Stunde des runderneuten Neoliberalismus à la Hayek und Milton schlug, als Mitte der siebziger Jahre die keynesianischen Rezepte nicht mehr griffen. Die Wende markierte die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaft an Hayek (1974) und Friedman (1976). Sie waren damals schon Berater des chilenischen Diktators Pinochet, der 1973 die demokratisch gewählte Regierung Allende gestürzt hatte. Der Schwede Gunnar Myrdal, der 1974 zusammen mit Hayek ausgezeichnet worden war, gab bei der Verleihung des Nobelpreises an Friedman seinen Nobelpreis aus Protest zurück.

---

49 Zitiert nach: Projektgruppe „Buena Vista Neoliberal?“: Neoliberale Wahrheitspolitik: Neo- bzw. Rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank- Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation, Rosa Luxemburg Stiftung 1999. [www.theopenunderground.de/@pdf/toug/global/wahrpol.pdf](http://www.theopenunderground.de/@pdf/toug/global/wahrpol.pdf)

50 Susan George: Eine kurze Geschichte des Einheitsdenkens. Le Monde Diplomatique, 16.08.1996, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/1996/08/16/a0256.text.name,askXB0QdL.n,1>

Als erstes Land der Welt setzte – von MPS-Mitgliedern beraten - das despotisch regierte Chile die neoliberalen Rezepte der "Chicago-Boys", junger chilenischer neoliberal ausgebildeter Ökonomen um Milton Friedman, in politische Praxis um. Chile diente den neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlern und -politikern als „Versuchslabor“<sup>51</sup>. Ein starker Staat, der auch vor Mord und Folter nicht zurückschreckte, sorgte dafür, daß alles wie im Bilderbuch ablief: Die Deregulierung der Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit, die Unterdrückung der Gewerkschaften, die Privatisierung öffentlicher Betriebe, die allgemeine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der ohnehin schon Reichen usw.

Als Margret Thatcher Im Herbst 1979 Premierministerin Großbritanniens geworden war, organisierte sie einen ExpertInnen-Austausch zwischen ihrer Regierungs-Crew und derjenigen der Pinochet-Regierung. Mit der Wahl Ronald Reagens 1980 zum Präsident der Vereinigten Staaten setzte sich der Neoliberalismus dann definitiv durch.<sup>52</sup> Mit dem Schröder-Blair-Papier war schließlich der Neoliberalismus endgültig auch in Deutschland angekommen.

Politiker, die in Großbritannien eine Politik zugunsten der Wohlhabenden bevorzugten, sahen sich einer Blockade seitens der Besitzlosen gegenüber. Margret Thatcher fand (unter Anleitung der o.g. ExpertInnen) als erste die Lösung: eine Eigentümergeinschaft. Ihre Anstrengungen konzentrierten sich auf den öffentlichen Wohnraum Großbritanniens, kommunalem Wohneigentum, das von unbelehrbaren Anhängern der Labour Party bewohnt wurde. Sie bot den Mietern starke Anreize an, ihre kommunalen Wohnungen zu kaufen und damit Eigentümer zu werden. Umfragen zeigten dann, dass sich bei mehr als der Hälfte

---

51 Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft – Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. VSA-Verlag Hamburg 2004

52 Bernhard Walpen: a.a.O.

der frischgebackenen Hauseigentümer die Parteibindung zu den Tories verschieben sollte. Die Eigentümergesellschaft als politisches Projekt war geboren.<sup>53</sup>

In den USA gelang es Reagan, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es keine Klassenunterschiede mehr gäbe. 1988 behaupteten lediglich noch 26% der Amerikaner bei Umfragen, in einer Gesellschaft zu leben, die in Besitzende und Nichtbesitzende geteilt ist, während 71% alleine schon den Begriff Klasse verneinten. Die Verfolgung der Aktienkurse wurde zum nationalen Zeitvertreib, obwohl der Aktienbesitz nur zu einem ziemlich kleinen Anteil zum Einkommen eines Durchschnittsamerikaners beitrug. In dieser Zeit des begeisterten Personalabbaus und der Jobverlagerung erfuhr diese neue Klasse der Amateurinvestoren einen entscheidenden Bewusstseinswandel. Doch nachdem jetzt über 2 Millionen Wohnungseigentümer einem Rausschmiss entgegensehen, gaben im September 2007 bei einer Umfrage 48% an, dass sie in einer Gesellschaft leben, die in Besitzende und Nichtbesitzende geteilt ist, fast doppelt so viele wie 1988. Nur 45% sehen sich in der Gruppe der Besitzenden. Wir erleben die Rückkehr eines Klassenbewusstseins. Freimarktideologen haben damit ein wertvolles psychologisches Instrument verloren.<sup>54</sup>

---

53 Naomi Klein: Finanzmarktkrise löst neoliberalen Klassenkonsens auf. Europa im Blick, 12.02.2008 bzw. The Nation, 31.01.2008

54 Naomi Klein: a.a.O.

## 3.2. „Pensions-Fonds-Sozialismus“

Engels lästerte 1894: *„Mit einem Wort: das Marxsche Wertgesetz gilt allgemein, soweit überhaupt ökonomische Gesetze gelten, für die ganze Periode der einfachen Warenproduktion, also bis zur Zeit, wo diese durch den Eintritt der kapitalistischen Produktionsform eine Modifikation erfährt. ... Das Marxsche Wertgesetz hat also ökonomisch-allgemeine Gültigkeit für eine Zeitdauer, die vom Anfang des die Produkte in Waren verwandelnden Austausches bis ins fünfzehnte Jahrhundert unsrer Zeitrechnung dauert“* und hatte den visionären Albtraum, dass sich *„die gesamte industrielle wie agrikulturelle Produktion, der gesamte Verkehr, Kommunikationsmittel wie Austauschfunktion in den Händen von Börsianern konzentrieren, so daß die Börse die hervorragende Vertreterin der kapitalistischen Produktion selbst wird“*<sup>55</sup>. Doch die Entwicklung ist inzwischen auch darüber weit hinausgewachsen.

P. F. Drucker, amerikanischer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Kritiker des Neoliberalismus und des Shareholder Value, spricht in seinem Buch *„The Unseen Revolution“*<sup>56</sup> von einem Pensions-Fonds-Sozialismus. Initiiert von Charles Wilson, Präsident von General Motors, seien 1950 für die Erwerbstätigen die Pensionsfonds als Investment-Trust angelegt worden, der am Kapitalmarkt in erster Linie in Industrieaktien investieren sollte. Sein Hauptargument war, dass Lebensversicherungen in Form von Staatsanleihen dem Land eine unerträgliche Schuldenlast aufbürden würden, die nicht vertretbar sei. So wurde die Schuldenlast der Wirtschaft aufgeladen, die sie aber in und nach der gegenwärtigen Krise noch weniger als der Staat wird einlösen können!

---

55 Friedrich Engels: Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des „Kapital“, 1894  
[http://www.mlwerke.de/me/me25/me25\\_897.htm](http://www.mlwerke.de/me/me25/me25_897.htm)

56 Peter F. Drucker: *The Unseen Revolution*, Harper & Row, New York 1976, deutsch: *Die unsichtbare Revolution – Die Mitarbeiter-Gesellschaft und ihre Probleme*. Econ 1977, Knauer 1979

In den USA hatten diese Pensionsfonds nach Drucker bereits 1976 mehr als ein Drittel des Eigenkapitals fast aller großer Industrie- und sonstiger Unternehmen erworben und er sagte voraus, dass sie noch vor Ende des 20. Jahrhunderts zwei Drittel des Eigenkapitals dieser Unternehmen besitzen werden. Damit gehöre ihnen ein größerer Teil der Wirtschaft als den Arbeitnehmern sozialistischer Musterländer wie Kuba, Jugoslawien oder Polen. (Er übersieht dabei allerdings, dass den Anteilseignern noch nicht einmal eine stille Teilhaberschaft gewährt wird.).

Diese Tatsache bestätigt Nicola Liebert in *Le Monde Diplomatique*: *„Heute kontrollieren Pensionsfonds 60 Prozent der Anteile an den tausend größten Unternehmen der USA. Fast jeder zweite US-Amerikaner besitzt somit indirekt Anteile an den Firmen und ist damit Arbeiter und Kapitalist zugleich.“*<sup>57</sup>.

Krätke kommt zum gleichen Ergebnis: *„Es ist nur eine leichte rhetorische Übertreibung, wenn einige von einer "Pensionsfonds-Revolution" reden und schreiben (vgl. z.B. Clowes 2001). Tatsächlich übertraf der Gesamtbetrag des Kapitals der Pensionsfonds zusammen genommen schon im Jahre 2000 den Gesamtbetrag der Kapitalisierung an den Börsen von New York, London und Tokio zusammen genommen. Der tägliche Umsatz der US-amerikanischen und britischen Pensionsfonds (zusammen gut für mehr als 8 Trillionen US-Dollar Kapital) betrug schon vor fünf Jahren mehr als 30% des Gesamtumsatzes der Finanzmärkte New York und London zusammen, ihre Reserven betragen rund 60% des BSP der USA und Großbritanniens zusammen genommen. In den Niederlanden betragen die Reserven aller Pensionsfonds zusammen (es sind die größten nach den US-amerikanischen, britischen, kanadischen und japanischen) mehr als 170% des BSP. Die Kapitalmacht der Pensionsfonds ist also höchst eindrucksvoll und übersteigt die aller anderen institutionellen Anleger auf den Finanz-*

---

57 Nicola Liebert: Die guten Kapitalisten – Pensionsfonds nehmen Einfluss auf Konzerne und Politik. *Le Monde Diplomatique*, September 2007.  
<http://www.taz.de/digitaz/2007/09/14.1/mondeText.artikel,a0036.idx,9>

In Deutschland sind über die Riester-Rente bereits über 100 Milliarden Euro zusammengekommen (mit denen man z.B. spielend die Bahn kaufen könnte und mit dieser Infrastruktur eine stabilere Alterssicherung erwerben würde.) Die Pensionsfonds stellen also unbestritten einen wesentlichen Teil des globalen Finanzkapitals dar, das mit einem Wachstum von etwa 28% im Mittel der vorangegangenen 9 Jahre, insgesamt 516 Billionen Dollar<sup>59</sup> umfassen soll (das ist etwa das 10-fache des BIP der Welt von 54 Billionen Dollar), wovon allein 70 Billionen Dollar (etwa 45 Billionen Euro) bei der Deutschen Bank angesiedelt sein sollen<sup>60</sup> (das ist etwa das 20-fache des deutschen BIP von 2,4 Billionen Euro).

In Fonds wird das Geld anonymisiert auf die globalen Finanzmärkte gespült und - „wissenschaftlich“ oder besser ideologisch von Organisationsnetzen wie beispielsweise der Mont Pèlerin Society flankiert - ausschließlich nach Shareholder Value-Kriterien angelegt, das heißt: *„Aktionäre [und wohl auch Fondsanteileigner] als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten, denn jeder Dollar, den die Manager in Arbeit, Umwelt und öffentliche Belange stecken, nimmt den Aktionären das Recht, über ihr Eigentum zu entscheiden und ihre Gewinne etwa in anderen Unternehmen anzulegen, die ihnen rentabler erscheinen. Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre.“*<sup>61</sup> Druckers Maxime: *„Die Erzielung von*

---

58 Michael R. Krätke: Jenseits des Kapitalismus – Oder wo die kapitalistische Entwicklung über sich hinauswächst.

[www.praxisphilosophie.de/kraetke\\_jenkap.pdf](http://www.praxisphilosophie.de/kraetke_jenkap.pdf)

59 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS).

<http://www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf>

60 FAZ: Angst vor der Kernschmelze. FAZ vom 18.04.2008.

<http://www.faz.net/s/RubBD6B20C3D01A48D58DA92331B0A80BC3/Doc~E2E64F149829545E589B33E97122FF9BB~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

61 Michael C. Jensen und William H. Meckling: Theory of the Firm: Managerial

*Gewinn ist nicht nur eine falsche, sondern auch eine irrelevante Aufgabe des Managers. "Companies make shoes not money", Unternehmen stellen Schuhe her, nicht Geld.*“<sup>62</sup> war in Vergessenheit geraten.

Zu dieser Problematik schreibt Der Spiegel: *„Mehrere Billionen Dollar haben internationale Fonds eingesammelt – bei den Reichen der Welt, aber auch bei Normalbürgern, die für ihr Alter vorsorgen, oder bei Banken und Versicherungen, die wiederum das ihnen anvertraute Geld mehren wollen. Rund um den Globus suchen sie nach Anlagechancen, sie spekulieren mit Währungen und Rohstoffen, Anleihen und Aktien. Sie nehmen ganze Volkswirtschaften in die Zange – und zunehmend auch deutsche Unternehmen. ... Aber wie soll ein nationaler Staat internationale Finanzströme regulieren?“*<sup>63</sup>

Eine unerbittliche Machtkaskade ist entstanden: Die Rendite von Fonds ist Biertischgespräch geworden. Das nächste Geld wird in dem Fonds mit der höchsten Rendite angelegt. Das zwingt die Fondsmanager, immer höhere Renditen zu erzielen. Der von ihnen gesteuerten Kapitalfluss setzt wiederum die Unternehmer und Politiker unter Druck. Diese bitten dann die Erwerbstätigen über Lohndumping und Steuern zur Kasse und wo sonst nichts mehr geht, werden 1-Euro- bzw. MAE-Jobber ausgebeutet. Staat, Parteien und Politiker haben den Dienst am Bürger durch den Dienst am großen und auch kleinen Aktionär/Anleger zum alleinigen Maßstab ihrer Entscheidungen gemacht.

Eine vorübergehende Entlastung könnte eine global einheitliche Besteuerung der Kapitalerträge in allen Staaten schaffen, die

---

Behavior, Agency Costs and Ownership Structure. Journal of Financial Economics, October, 1976, <http://papers.ssrn.com/abstract=94043>

62 Peter F. Drucker, zitiert nach Henry Mintzberg: Manager statt MBAs. Eine kritische Analyse, <http://www.socialnet.de/rezensionen/2854.php>

63 Sven Afhüppe et al.: Kapitalismus total global (Teil II): Die Zeche zahlt der Wirt. Der Spiegel 18/2005, S. 131, <http://service.spiegel.de/digas/find?DID=40254128>

jedoch nicht ernsthaft diskutiert wird, im Gegenteil: Per Rankinglisten wird die Steuer- und Abgaben-Konkurrenz der Nationen noch verschärft.

Im *manager magazin* vom 23.04.2004 durchleuchtet Standortberater Henner Lüttich den neuen europäischen Binnenmarkt in 25 Ländern Europas. Sie wurden in 1207 Regionen unterteilt, die etwa der Größe deutscher Landkreise und kreisfreier Städten entsprechen. Das Rechenmuster, das Lüttich für Standortfaktoren und -variablen angewendet hat, berücksichtigt folgende Faktoren:

1.	Gesamtarbeitskostenbelastung: Gewicht 25%, davon wiederum:	
	1.1.	Arbeitnehmerentgelte in der Industrie: Gewicht 40%
	1.2.	Produktivität in der Industrie: Gewicht 40%
	1.3.	Arbeitszeit in der Industrie: Gewicht 20%
2.	Unternehmenssteuern: Gewicht 20%	
3.	Verkehr: Gewicht 15%, davon wiederum:	
	3.1.	Autobahnnähe: Gewicht 33,3%
	3.2.	Flughafennähe: Gewicht 33,3%
	3.3.	Bahnanschluss: Gewicht 33,3%
4.	Diverse Kostenbereiche: Gewicht 15%, davon wiederum:	
	4.1.	Gaspreise: Gewicht 50%
	4.2.	Strompreise: Gewicht 50%
5.	Arbeitskräfte: Gewicht 12,5%, davon wiederum:	
	5.1.	Beschäftigte in der Industrie: Gewicht 56%
	5.2.	Arbeitslosenquote: Gewicht 44%
6.	Regionale Attraktivität: Gewicht 12,5%, davon wiederum:	
	6.1.	Kriminalität: Gewicht 50%
	6.2.	Korruption: Gewicht 50%

Es verwundert, dass in 3. der Transport über Wasserwege und in

#### 4. die Wasserkosten nicht einbezogen sind.

Angeführt werden die Listen von Regionen in Ländern, deren Arbeitnehmerentgelte und Unternehmenssteuern besonders niedrig sind (z.B. werden in Estland keine Unternehmenssteuern erhoben), die kurze Urlaubs- und lange Arbeitszeiten haben, etc. Die Ergebnisse sehen deshalb für Deutschland nicht sehr günstig aus: Als Topstandort für Klassische Industrie landet es erstmals mit Esslingen auf Position 669, als Topstandort für Hochtechnologie ist es mit Bremen auf Position 443 zum ersten Mal aufgeführt und als Topstandort für Dienstleistungen erscheint es erstmals mit Berlin auf Position 348. Die Politiker versuchen deshalb, die entsprechenden Faktoren so zu verändern, dass die Regionen ihres Landes im Ranking aufsteigen.

Gabor Steingart schreibt zum Problem der Anleger im Spiegel: *„Will er [der Westen] nicht an jedem Handelstag als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurück überweisen.“*<sup>64</sup> Was wie produziert wird und auf wessen Kosten, ist völlig gleichgültig, allein der Profit ist maßgebend.

Das weltweite Volumen der sogenannten OTC-Derivate (Anleihen, die Over the Counter, direkt über den Schalter, für Terminketten etc. getätigt werden) ist nach Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) 2007 auf 516 Billionen US-Dollar angestiegen<sup>65</sup>. Die globale Gesamtliquidität setzt sich zu 90% aus Anleihen, zu 9% aus M3-Geld und nur zu 1% aus „echtem“ Geld zusammen. Das Weltsozialprodukt betrug 2005 allerdings nur 48,2 Billionen US-Dollar<sup>66</sup>. Diese globale „Liquidität“ hat also rund das elffache des Weltsozialproduktes erreicht, wie Aktionärsschützer Straub erklärte, oder nach Baader: Es gibt

---

64 Gabor Steingart: Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft. 22.09.2006, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,438372,00.html>

65 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ): <http://www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf>

66 World Development Indicators database, World Bank, 23 April 2007

elfmal so viele Essenmarken wie Portionen vorhanden sind. Die Deutsche Bank verfügte Ende 2006 über ein Derivatevolumen von 38,3 Billionen Euro, das ist mehr als das sechzehnfache des deutschen Bruttoinlandsproduktes.<sup>67</sup>

Der Ruf nach Enteignung von Firmenbesitzern und Konzernen ist offensichtlich nicht mehr zeitgemäß, da die Unternehmen in der Regel hoch verschuldet sind (in Deutschland 3 mal so hoch wie der Staat!), nicht zuletzt mit Kapital aus Rentenfonds, und eine Enteignung von Rentensparern wohl kaum vermittelbar ist. Sollen die Rentner bekommen, was sie zurückgelegt haben. Aber die ungeheure Rendite, die Rentenfonds zufließt, die die Rentensparer allerdings oft gar nicht erreicht, muss auch im Hinblick auf die sinkenden Arbeitseinkommen und die steigenden Preise gestoppt werden. Wie Analysen zeigen, haben z.B. die besten europäischen Private Equity-Fonds, in die auch Altersrücklagen fließen, seit 1980 eine jährliche Durchschnittsrendite von 29,1% erzielt.<sup>68</sup>

Es ist schwer zu begreifen, dass die Rentensparer arglos hasardierenden Fondsmanagern ihr Geld anvertrauen, die darüber hinaus noch ihre Arbeitsplätze über das sogenannte Heuschreckenkapital gefährden. Das zynische Fazit: Nur die allerdümmsten Kälber finanzieren ihre Schlächter selber. Neben einer Kampagne, die Pensionsfonds zu demokratisieren, d.h. den Rentensparern die Entscheidung über die Höhe der Rendite und den Einsatz ihres Kapitals zu übertragen, wäre eine Strategie denkbar, die Rentensparer ihr Geld aus den Fonds zurückholen zu lassen und in die Infrastruktur ihrer eigenen Daseinsvorsorge einzubringen und dort solidarisch und nachhaltig zu verwalten.

---

67 Max Hägler: Bilanz des Börsenjahrs 2007 – Schmähprijs für Deutsche Bank.  
<http://www.taz.de/nc/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/schmaehpreis-fuer-deutsche-bank&src=PR>

68 Investor's Input – Private Equity von A bis Z. König & Cie, Hamburg 2007.

### 3.3. Verfassungsbruch

Welch beachtliche ökonomische Erfahrungen und politische Erkenntnisse bereits frühere Kulturen hatten dokumentiert Aristoteles<sup>69</sup> (384-322 vor Christus) sehr anschaulich: *„Man muß dafür sorgen, daß der Gegensatz der Reichen und Armen sich möglichst ausgleicht oder daß der Mittelstand wächst. ... Namentlich muß man bedacht sein, durch die Gesetze die Verhältnisse so zu regeln, daß niemand aufkommen kann, der allzu übermächtig ist durch Anhang oder Reichtum; und gelingt dies nicht, so muß man solche Leute ins Ausland verbannen.“* Doch wohin kann jemand bei einem globalisierten Markt verbannt werden? Man könnte ihn allenfalls noch einsperren, wie das z.B. mit Chodorowski in Russland geschehen ist.

Das als Ahlener Programm bezeichnete Parteiprogramm der CDU von 1947 enthielt folgenden Text: *„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“*

In diesem Geist wurde unser Grundgesetz verfasst. Aber: *„Nach einem halben Jahrhundert europäischer Integration hat Deutschland gänzlich andere politische Strukturen, als sie das Grundgesetz verfasst hat. Die Republik ist keine Demokratie im freiheit-*

---

69 Aristoteles: Politeia, 5. Buch.

*lichen Sinne mehr. Sie ist kein Rechtsstaat mehr, in dem durch Gewaltenteilung und Rechtsschutz die Grundrechte gesichert sind. Sie ist kein Sozialstaat mehr, sondern unselbstständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus.*<sup>70</sup>

Unser Grundgesetz enthält mit den Begriffen: Enteignung, Vergesellschaftung, Gemeineigentum und Gemeinwirtschaft einerseits das Recht zur wirtschaftlichen Selbsthilfe und andererseits mit dem Recht zum Widerstand Hebel, die angewendet werden können:

- Artikel 14 (3): Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.
- Artikel 15: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.
- Artikel 20 (1): Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- Artikel 20 (4): Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Es ist Zeit, Abhilfe zu schaffen. Wie aber könnte Abhilfe aussehen? Ist sie ohne Widerstand möglich? Richtungsstreit (z.B. Marxismus vs. Keynesianismus vs. Neoliberalismus) wird zum

---

70 Essay: Ein Staat ohne Legitimation. Die Welt, 27.03.2007.

Luxus, wenn die Zeit gekommen ist, die Plätze in den Rettungsbooten zuzuweisen. Doch haben wir Rettungsboote? Wir wissen weder, welche Rettungsboote wir brauchen (Solidarische Ökonomie?) noch wie sie beschaffen sein müssen (Reproduktionsgenossenschaften?).

## 4. Rettungsmaßnahmen

*„Die Situation gleicht der einer Kollektivspeisung, bei der mehr Essensmarken ausgegeben werden als Portionen vorhanden sind.“*

*Roland Baader, 2008<sup>71</sup>*

Das neoliberale System versucht, solange als möglich höchste Rendite zu erzielen, obwohl selbst Mises, als Mitbegründer der Mont Pèlerin Society 1912 in seiner Habilitationsschrift die Gefahren dieses Systems beschrieb. Die Besitzlosen müssen in jedem Fall – Expansion wie Zusammenbruch - die Zeche bezahlen, denn was dem Kapitaleigner als Rendite zufließt, steht ihnen als Arbeitsertrag nicht zur Verfügung. Der Zusammenbruch bringt Inflation und Arbeitslosigkeit. Die Kapitaleigner können einerseits den Zusammenbruch hinausschieben und haben andererseits beim Zusammenbruch zum Teil wenigstens die Chance, ihre fetten Schäfchen noch rechtzeitig ins Trockene zu bringen.

Weil noch keine effektiven globalen Instanzen existieren und bei den Interessen und der Macht der Finanzmärkte auch kaum vorstellbar erscheinen, bleiben für die erforderlichen Regelungen nur nationale Maßnahmen, denen aber auf dem Weltmarkt empfindliche ökonomische Nachteile entgegenstehen.

Um diese Hilflosigkeit nationaler Instanzen zu skizzieren seien hier einige konventionelle Strategien zur Rettung des „Systems“ schlagwortartig aufgeführt, ohne sie im Detail zu analysieren und zu diskutieren. Anschließend werden alternative Maßnahmen mit ihren Vor- und Nachteilen skizziert.

---

71 Roland Baader: Der Papierne Selbstmord. [www.ef-magazin.de/ef80-baader-inflation.pdf](http://www.ef-magazin.de/ef80-baader-inflation.pdf)

## 4.1. Rettungsmaßnahmen seitens der „Besitzenden“

Wenn der Zusammenbruch des Systems droht, werden statt der *„freiwilligen Einstellung der Kreditexpansion“* alle Register des kapitalistischen Gruselkabinetts gezogen: Krieg, Gebiets-(Ost-)erweiterung, Steigerung der Produktivität, Senkung der „Lohnnebenkosten“ und der Lohnstückkosten, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Erhöhung des Rentenalters, Streichung der Eigenheimzulage, Vollbeschäftigung etc., alles Dinge, die die Lebensqualität des Bürgers einschränken.

### 4.1.1. Krieg

Eine Erklärung, wie bisher in einer ökonomischen Krise seitens der Kapitaleigner verfahren wurde und was auch künftig zu befürchten ist, hat Helmut Creutz in der Kundenzeitschrift "Sparkasse"<sup>72</sup> des deutschen Sparkassenverbandes gefunden, in der im Dezember 1988 der Nachdruck eines Artikels erschien, der bereits 1891 in der gleichen Zeitschrift (und in Meyers Konversationslexikon aus dem gleichen Jahr) veröffentlicht worden war. Daraus zitiert Creutz:

*„Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.“*

Dazu ergänzt Creutz: *„Um den damals bei drei Prozent liegenden Zinssatz vor weiterem Fall zu bewahren, müssten, so hieß es weiter:“*

*„... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch*

---

<sup>72</sup> Anonym: Zinsgeschichte und Zinsprognose aus der Sicht von vor 100 Jahren. Sparkasse 12/88 (S. 575-578)

*europäische Capitlien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken des Zinsfußes begegnet werde.“*

Und wieder Creutz: *„Doch da auch das zu einer Umkehr des Zinstrends nicht ausreichen würde, schließt der Artikel mit den inhaltsschweren Sätzen:“*

*„So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.“*

Schließlich Creutz: *„Wie wir wissen, hat sich ein solcher "allgemeiner europäischer Krieg" im letzten Jahrhundert zweimal realisieren, ja weltweit ausdehnen lassen!“<sup>73</sup>*

Wie weit sind wir von einem weiteren derartigen Krieg entfernt? Oder befinden wir uns schon mittendrin (Afghanistan, Irak)?

Verlierer der beiden Weltkriege waren die gegeneinander angetretenen Nationen Europas, aber auch Europa insgesamt, denn die USA konnten die Weltmacht übernehmen. Entsprechende Unterstützung kriegslüsterner Kräfte in Europa und speziell in Deutschland seitens der USA erfolgte insbesondere zwischen den beiden Kriegen.<sup>74</sup>

Beängstigend in diesem Zusammenhang ist eine in den USA, Großbritannien und zunehmend auch in Deutschland in feudale Zustände zurückführende Entwicklung weg vom Krieg zwischen Staaten, hin zum Krieg von Privatarmeen, obwohl die Generalversammlung der UN 1989 die *„Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern“* verabschiedet hat. Zu begrüßen ist deshalb z.B. der

---

73 Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. 5. Auflage, Econ 2001, S. 505/6 Reprint: Wissenschaftsverlag Aachen 2003. <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/>.

74 Karlheinz Deschner: Der Moloch - eine kritische Geschichte der USA/Zur Amerikanisierung der Welt. 10. überarbeitete Neuauflage, Heyne 2002. <http://www.deschner.info/de/werk/33/kurzbeschreibung.htm>

einstimmige Beschluss des französischen Parlaments im April 2003, Bürger mit einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren und einer Geldbuße von 75.000 Euro zu belegen, die sich als Söldner verdingen lassen. Wer Söldner rekrutiert, riskiert sieben Jahre Gefängnis und 100.000 Euro. Die „Kriegshunde“ verspotten allerdings dieses Gesetz und wollen es zur Belustigung in den Bot-schaften Afrikas aushängen.<sup>75</sup>

### **4.1.2. Repression und Demokratieabbau**

Um sozialen Unruhen vorzubeugen erfolgt unter dem Vorwand von Kriegsgefahr und Terrorismus weltweit Repression und Demokratieabbau. Altvater und Mahnkopf formulieren: „ ... *das Kapital [kann] auf die Politik gut und gern verzichten, freilich nicht auf die repressive Seite von Politik zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung" im Innern wie nach außen.*“<sup>76</sup>

Im übrigen ermöglicht die weltweit zunehmende Video- und Inter-netüberwachung neben der Repression umfangreiche Investitionen und ist damit für das Kapital von doppeltem Interesse.

### **4.1.3. Osterweiterung der Europäischen Union, Russland, China und Indien**

Wie weit Kapitalabflüsse in die europäischen Beitrittsländer oder Russland, China oder Indien die derzeitige Höhe der Kapitalerträge in Deutschland zu erhalten vermögen, ist kaum abzuschätzen, denn der Handlungsraum ist nicht - wie bei der Wiedervereinigung - das eigene Währungsgebiet und erlaubt deshalb auch keine

---

75 Dossier: Söldner und Privatpolizisten - Vom Kongo ... nach Kabul. Le Monde Diplomatique, 12.11.2004, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/11/12.mondeText.artikel,a0062.idx,18>

76 Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater: Die EU eine imperiale Großmacht? <http://sandimgetriebe.attac.at/6128.html>

direkte Einflussnahme.

Spezifisch an solchen Prozessen ist, dass im Erweiterungsgebiet zwar das Kapital keine oder eine geringere Konkurrenz hat, den Arbeitskräften des Herkunftslandes aber eine umso größere Konkurrenz entgegensteht. In jedem Fall ist tendenziell ein Absinken der Arbeitserträge in Deutschland auf ein gemeinsames Zwischen-niveau mit diesen Ländern kaum zu vermeiden. Damit sinkt zwar die Kaufkraft in Deutschland, aber es können auch durch diese Strategien die Exportüberschüsse weiter steigen.

#### **4.1.4. Steigerung des Wirtschaftswachstums**

Um die Umverteilung von Arbeits- zu Kapitalertrag aufzuheben, müsste das Wirtschaftswachstum in Deutschland auf die jährliche Steigerungsrate der Kapitalerträge von 10% angehoben werden. Das ist völlig unrealistisch, da ja schon die Kaufkraft fehlt, die gegenwärtige Produktion zu erwerben. Die resultierende Überproduktionskrise würde offensichtlich werden, der Weltmarkt eine Übersättigung erfahren.

Eine den Kapitalerträgen entsprechende Anhebung der Arbeitserträge würde eine noch darüber hinausgehende Anhebung des Wirtschaftswachstums erforderlich machen. Ökologische Bedenken bezüglich der Folgen eines progressiven Wirtschaftswachstums werden selbst von den „Grünen“ erstaunlich selten konsequent vorgebracht.

#### **4.1.5. „Vollbeschäftigung“**

Abgesehen davon, dass der Begriff „Beschäftigung“ nach Robert Kurz aus dem Instrumentarium der Irrenanstalten stammt, beschreibt Rifkin sehr drastisch die Problematik als unumkehrbar,

die bezüglich Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierung und Informationstechnik entstanden ist und empfiehlt Zeitkonten-Projekte mit Zeitdollars als Parallelwährung wie in den USA<sup>77</sup>.

#### **4.1.6. Verlängerung der Arbeitszeit**

Eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich ist Schwarzarbeit, da dafür weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden und sie auch nicht als Nachbarschaftshilfe deklariert werden kann. Sie stellt schlicht eine weitere Teilenteignung der betroffenen Individuen und der Gesellschaft zugunsten der Kapitaleinkommen dar.

#### **4.1.7. Senkung der „Lohnnebenkosten“**

Die *„Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 der Europäischen Kommission vom 27. Juli 1999 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten in Bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten“* definiert als Arbeitnehmerentgelt: *„Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Berichtszeitraum geleistete Arbeit. Das Arbeitnehmerentgelt untergliedert sich in: Löhne und Gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber.“*

Es gibt also keine „Lohnnebenkosten“ sondern nur ein Arbeitnehmerentgelt. Eine Senkung der sogenannten „Lohnnebenkosten“ bedeutet also Senkung des Arbeitnehmerentgelts und Fragen von Lohnsenkungen sollten grundsätzlich nicht außerhalb von Tarifverhandlungen behandelt werden. Eine „Gegenfinanzierung“ der

---

77 Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit. Campus-Verlag 2004

Senkung der „Lohnnebenkosten“ durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer - wie sie diskutiert wird - ist völlig absurd, weil der Arbeitnehmer dadurch auch noch als Verbraucher, also doppelt, getroffen würde.

#### **4.1.8. Begrenzung der Managementgehälter**

Wenn Manager das Hundertfache der einfachen Mitarbeiter bekommen, sieht das sehr ungerecht aus. Die Manager im Geldgeschäft kommen sich aber vielleicht ähnlich unterbezahlt vor, wenn sie die Gehälter ihrer Manager-Kollegen in den Fonds der USA wie z.B. von Arnold und Simons betrachten, die 2006 etwa das Hundertfache des Jahresgehalts von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann erhalten haben.<sup>78</sup>

#### **4.1.9. Erhöhung der Mehrwertsteuer**

Die Mehrwertsteuer ist derzeit noch die einzige Maßnahme, die Staatsfinanzen aufzubessern, ohne die Kapitalerträge direkt zu beeinträchtigen. Indirekt senkt sie jedoch auch die Kaufkraft und dämpft die Konjunktur bzw. verschärft eine Überproduktionskrise im Inland. Der dadurch erforderliche zusätzliche Export muss dann noch billiger, über noch mehr Lohndumping, produziert werden, die Kaufkraft sinkt weiter.

#### **4.1.10. Senkung der Kapitalerträge**

Bei der hohen Verschuldung des Staates und vieler Unternehmen und der deshalb fehlenden Reserven befinden sich die einzelnen Länder gegenüber dem globalen Finanzkapital in absoluter

---

78 Christoph Pauly: Im Fegefeuer der Finanzmärkte. Der Spiegel 16/2007.  
<http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument-druck.html?id=51211768&top=SPIEGEL>

Konkurrenz zueinander. Selbst ein moderates Absinken der Kapitalerträge in einem Land würde zum Kapitalabfluss in andere Länder führen und entsprechende Insolvenzen hervorrufen.

#### **4.1.11. Kapitalerträge auch für die Besitzlosen**

Das Arbeitnehmerentgelt müsste so weit über die Ebene der Bedarfsdeckung hinaus angehoben werden, dass auch der bisher besitzlose Erwerbstätige Rücklagen bilden kann, die es ihm ermöglichen, sich am globalen Spiel der Profitmaximierung mit gleicher Intensität zu beteiligen.

Das Kapitaldeckungsverfahren der Alterssicherung in Form der Riester-Rente könnte von der Zielsetzung des Entwurfs dieses Konzeptes her, das unter wesentlicher Mitwirkung des langjährigen Hauptgeschäftsführers des Bundesverbands Deutscher Investment-Gesellschaften (BVI) und Generalsekretärs der Europäischen Investmentvereinigung entstanden ist, als Versuch in dieser Richtung angesehen werden. Allerdings kann das Fondsgeschäft nur funktionieren, wenn es neben den Gewinnern in gleichem Umfang auch Verlierer gibt und das sind in erster Linie die Besitzlosen, die ihre Arbeitskraft auch jetzt schon unter Wert verkaufen müssen.

#### **4.1.12. Riester-Rente**

Wie oben erwähnt, schwärmte Peter F. Drucker bereits 1976 vom Pensions-Fonds-Sozialismus, der die Arbeitnehmer der USA reicher gemacht habe als alle anderen Arbeitnehmer der Welt und den Staat vor einer unerträglichen Schuldenlast bewahrt habe.<sup>79</sup>

---

<sup>79</sup> Peter F. Drucker: The Unseen Revolution, Harper & Row, New York 1976, deutsch: Die unsichtbare Revolution – Die Mitarbeiter-Gesellschaft und ihre Probleme. Econ 1977, Knaur 1979

Harald Schumann und Christiane Grefe führen zum Problem der kapitalgedeckten Rente aus: „*Entgegen der vor allem von Vertretern der Finanzindustrie und den von ihr bezahlten Ökonomen verbreiteten Behauptung macht dies die Renten in alternden Gesellschaften nicht sicherer. Die Höhe der möglichen Rentenzahlungen hängt immer vom wirtschaftlichen Erfolg einer Gesellschaft insgesamt ab, ganz gleich auf welchem Wege er zustande kommt. Der Unterschied zur Umlagefinanzierung ist lediglich, dass die Kapitaldeckung keine Umverteilung zwischen Reich und Arm zulässt und wesentlich höhere Verwaltungskosten verursacht, die als Gebühreneinnahmen der Finanzindustrie zufließen.*“

Frédéric Lordon spricht von einer Geiselnahme der Arbeitnehmer über die Pensionsfonds: „*Letztlich sind es ja auch die Ersparnisse der Arbeitnehmer, die in der Finanzwelt verspielt werden. Die angloamerikanischen Ökonomien haben uns vorgeführt, wie man die Umverteilungssysteme für die Altersversicherung entsorgt, um damit Zugriff auf die enormen Ersparnisse der Arbeitnehmer zu bekommen und diese über die Pensionsfonds in die Finanzmärkte zu pumpen.*“<sup>80</sup> Nicht vergessen: In Deutschland hat die Riester-Rente der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Investmentgesellschaften konzipiert!

Über die bereits angesparten Milliarden könnte z.B., wie oben ausgeführt, die Bahn mehrfach erworben werden. Wenn dies in genossenschaftlicher Form geschähe, würde sich die Alterssicherung wesentlich stabiler gestalten lassen.

#### **4.1.13. Demokratisierung der Pensionsfonds**

Die Eigner von Einlagen in Pensionsfonds haben keine Möglich-

80 Frédéric Lordon: Die Zocker setzen auf den Staat. Le Monde diplomatique, März 2008. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/03/14.mondeText1.artikel,a0041.idx,10>

keit über die Anlage ihres Geldes mitzubestimmen. Sie haben weniger Mitspracherecht über ihre Anlage, als Kleinaktionäre in Aktiengesellschaften. Eine entsprechende Entscheidungsstruktur könnte eventuell eine sinnvollere Verwendung der Kapitalmassen bewirken.

## 4.2. Rettungsmaßnahmen seitens der „Besitzlosen“

Um im liberalen oder neoliberalen System in Würde leben und überleben zu können, wurden und werden von den besitzlosen Bürgern intensivste Anstrengungen unterschiedlichster Art unternommen, um direkteren Einfluss auf die Ökonomie ihrer Daseinsvorsorge nehmen zu können. Diese Aktivitäten sollten nach Möglichkeit so angelegt sein, dass nicht nur die Akteure selbst, sondern auch weitere Kreise von Bürgern einbezogen werden können und die Bürger ihren politischen Vertretern gegenüber ökonomisch etwas selbständiger und souveräner werden.

### 4.2.1. Protest und abwehrender Schutz

Im Kapitel *„Auch Aktivisten sind nicht unfehlbar“* schreiben Harald Schumann und Christiane Grefe über Nichtregierungsorganisationen: *„Mit geringen Mitteln müssen Ehrenamtliche gegen die milliardenschweren Werbe- und Marketingtats jener Unternehmen antreten, denen sie auf die Finger schauen.“*<sup>81</sup>

Rosa Luxemburg spottet zur Gerechtigkeitsidee: *„Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbessern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Beförderungsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge.“*<sup>82</sup>

Wie einleitend beschrieben, setzen Protest und Forderungen

---

81 Harald Schumann, Christiane Grefe: Der Globale Countdown – Gerechtigkeit oder Selbsterstörung – Die Zukunft der Globalisierung. Kiepenheuer & Witsch, 2008

82 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung, 1999, Reprint: Dietz Verlag Berlin, 1967.

Adressaten voraus, die in der Lage sind, auch Dinge umzusetzen. Aber unsere Politiker haben leider andere Interessen.

### **4.2.2. Verfassungsklage**

Einen ersten Versuch einer Verfassungsklage hat bereits Petschow unternommen. Es wurde ihm entgegnet, dass eine Beschwerdebefugnis bei ihm nicht vorliege. Er wandte sich daraufhin an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Aktenzeichen: Pet 2/14/15/8272/046748), der seine Beschwerde grundsätzlich für gerechtfertigt hielt, und sie an das Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland weiterleitete, wo sie dann aber versandete.<sup>83</sup>

### **4.2.3. Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb**

Auch die grundsätzlich andere Besteuerung der natürlichen gegenüber der juristischen Person führt zu gravierender Umverteilung in Deutschland: ebenso wie ein Unternehmen seine gesamten Infrastrukturaufwendungen absetzen kann, müsste auch dem Bürger das Recht eingeräumt werden, seine gesamten Reproduktionskosten steuerlich abzusetzen oder muss er seinen Haushalt erst fiskusgerecht zum gewerblichen Kleinbetrieb umgestalten?

Die „Ich-AG“ ist wohl auch nicht das richtige Konzept. Mit ihr lässt sich ja in der Regel noch nicht einmal das zur individuellen Bedarfsdeckung erforderliche Einkommen erwirtschaften.

### **4.2.4. Aneignung**

Wenn wir uns als Produzenten und Konsumenten von dem

---

83 Dieter Petschow: Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur – eine Verfassungsbeschwerde. In: Joachim Sikora, Günter Hoffmann (Hrg): Vision eines „Regionalen Aufbruchs“ Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln. 2005

profitmaximierenden Markt in der Vergangenheit nichts hätten wegnehmen lassen, bräuchten wir uns jetzt auch nichts anzueignen. Wenn wir also über alle Werte, die wir in den letzten 50 Jahren geschaffen haben, gemeinschaftlich verfügen könnten, müssten wir uns um die nächsten 50 Jahre keine Sorgen machen.

Wir haben es aber in den letzten 50 Jahren tatenlos geschehen lassen, dass uns unsere Arbeits- und Kaufkraft zu immer größeren Teilen entzogen wurde, der Arbeitsertrag also Schritt für Schritt reduziert wurde und wir in immer größerem Umfang enteignet wurden. Wir sollten deshalb jetzt in erster Linie sicherstellen, dass diese tagtägliche Enteignung nicht mehr stattfindet und wir unsere Arbeitskraft für unsere Reproduktion im vollen Umfang nutzen können.

#### **4.2.5. Bedingungsloses Grundeinkommen für alle**

Ein Grundeinkommen von nur 800 Euro pro Monat würde bei 5%iger Verzinsung der Schenkung eines Vermögens von 200.000 Euro entsprechen. Bei einer dem Wirtschaftswachstum entsprechenden Verzinsung von etwa 2 oder 3% wären dies etwa 500.000 bzw. 320.000 Euro. Bedingungsloses Grundeinkommen entspricht also einer Übertragung eines „virtuellen“ Privatvermögens von 200.000 bis 500.000 Euro, dessen Verzinsung es dann ermöglichen würde, sich monatlich 800 Euro auszahlen zu lassen.

Von denen, die wie Götz Werner für Deutschland ein bedingungsloses Grundeinkommen von wenigstens 1500 Euro fordern, wird in der Regel übersehen, dass bei diesem Betrag unter dem Strich eine Summe von etwa eineinhalb Billionen Euro herauskommt, das sind etwa zwei Drittel des BIP. Diese Summe, die fast das Sechsfache des gegenwärtigen Bundesetats ausmacht, müsste über den Staat verteilt, also auch über Steuern erhoben werden.

Nach Robert Kurz wäre ein „monetäres "Grundeinkommen" nur durch einen Apparat der Redistribution in einem nationalökonomischen Bezugsraum realisierbar .... Für das nationale Bezugssystem des "Grundeinkommens" wiederum heißt dies, daß es im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erfolgreich sein muss, um genügend Kapazität für die monetäre Umverteilung zu erwirtschaften. Implizit enthält daher das Konzept des "Grundeinkommens" einen nationalistischen und rassistischen Vorbehalt; es ist nichts als ein Derivat des sozialnationalistischen Linkskeynesianismus. In der Praxis würde das "Grundeinkommen", egal in welcher Form, für die Individuen immer nur auf ein Volumen hinauslaufen, das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist.“<sup>84</sup>

Ein weltweites bedarfsdeckendes Grundeinkommen für alle würde sich außerdem nur gegen die Profiteure der Kapitalerträge, die über weltweit operierende Fonds erwirtschaftet werden, auch nur weltweit und zwar auf einer Eine-Welt-Ebene - und damit nur auf entsprechend prekärem Niveau - durchsetzen lassen. Wegen des Fehlens internationaler sozialer Regulationsinstanzen haben aber derartige politische Appelle keinen Adressaten. Im Übrigen dürfte dem bedarfsdeckenden Grundeinkommen kein besseres Schicksal beschieden sein, als den Forderungen nach einem bedarfsdeckenden Arbeitnehmerentgelt in 150 Jahren Arbeitskampf. Aber noch nicht einmal ein den Gewerkschaften entsprechender Apparat existiert zur Durchsetzung des Grundeinkommens.

Außerdem ist mit dem Grundeinkommen zumindest nicht primär die Profitminimierung angestrebt, die mit der Solidarischen Ökonomie intendiert ist. Im Gegenteil, es kann vermutet werden, dass von konservativer Seite das Grundeinkommen deshalb unterstützt wird, weil es das leistungslose Einkommen der Kapitaleigner legitimiert.

---

84 Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus"  
<http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>

Dem Argument, dass immer weniger menschliche Arbeitskraft benötigt wird, kann entgegengehalten werden: Je mehr sich die Energiekrise verschärft, desto mehr menschliche Arbeitskraft wird wohl wieder benötigt werden.

Das bedingungslose Grundeinkommen kann vielleicht als Zielsetzung, nicht aber als Strategie angesehen werden. Erst wenn die Profiteure der Gesellschaft, wie in diesem Text intendiert, in den nächsten 50 Jahren eventuell bedeutungslos sein sollten, wäre die Installation eines Grundeinkommens möglich, aber dann wäre es wohl überflüssig, weil dann Profite, die bisherigen leistungslosen Einkommen, wieder als leistungsbezogenes Einkommen zur Verfügung stehen.

#### **4.2.6. „Regiogeld“**

Marx hat Wertscheinsysteme, Regiogeld etc. als „Theatermarken“ verspottet und diese Ansätze als „Geldpfuschereien“ bezeichnet.

Generell wurde in Deutschland im 19. Jahrhundert auf beiden Seiten, sowohl der Anwender, als auch der Betreiber von Wertschein-Systemen so viel Missbrauch mit Fälschungen bzw. Diebstahl der Kasse getrieben, dass diese Unternehmungen 1896 gerichtlich untersagt wurden.

Robert Kurz führt zum Regiogeld aus: *„Es wird also deutlich, daß jede soziale Vermittlung durch die ökonomische Wertform notwendigerweise immer auch die dazugehörige juristische Form des Privateigentums in irgendeiner Gestalt hervorbringt. Das gilt erst recht dann, wenn sich der reformerische und emanzipatorische Eifer scheinbar an die Form der Vermittlung selber heranwagt, aber statt deren Aufhebung nur irgendein Surrogat für den Wert erfinden will. Besonders drastisch wird dies deutlich bei den von*

*Marx so bezeichneten "Geldpfuschereien" etwa eines Proudhon oder einer ökonomischen Sekte, wie sie die Anhänger von Silvio Gesell darstellen. Da sich deren Kritik an der kapitalistischen Verkehrsform auf den Aspekt des zinstragenden Kapitals beschränkt, wollen sie lediglich ein "vom Zins befreites Geld" als direkte Verrechnung von Leistungseinheiten einführen, ohne das Problem der abstrakten Wertform als solcher überhaupt wahrzunehmen. Diese verkürzte Kritik der kapitalistischen Verkehrsform fällt sogar noch hinter die altmarxistische verkürzte Kritik des Privateigentums zurück: Weil sie nur auf ein "ehrliches Geld" hinauswollen, ist für Proudhon, Gesell und ihre Anhänger das Privateigentum an den Produktionsmitteln sogar besonders heilig. Was ihnen vorschwebt, ist überhaupt nicht mehr die soziale Emanzipation, sondern eine Gesellschaft von Kleinbürgern und die Reduktion der wertförmigen Vergesellschaftung auf einen Klitschen-Kapitalismus mitsamt allen dazugehörigen repressiven Borniertheiten des Arbeits- und Leistungsfetischismus.* <sup>85</sup>

Grundsätzlich bedeutet Regiogeld Vermehrung der „Essensmarken“, wenn nicht sowohl Regiogeld als auch eingetaushtes Geld in die Produktion von „Portionen“ eingesetzt wird. In der Regel wird aber für die Herstellung von möglichst fälschungssicherem Geld und für das Tauschen von realem Geld in Regiogeld der Wert des geschaffenen Geldes verbraucht. Es sind keine verwertbaren „Portionen“ entstanden.

Eduard Pfeiffer hat 1863 bei der Einführung seines Wertscheinsystems ausdrücklich betont, dass dieses Mittel vorübergehend nur eingesetzt werde, um mit dem Bargeld, das auf diese Weise zur Verfügung steht, die Stuttgarter Konsumgenossenschaft aufzubauen, danach aber wieder zurückgenommen werden würde. Einziehen konnte er es ja wieder, indem mit diesen Wertscheinen bei eingekauft wurde.

---

85 Robert Kurz: a.a.O.

Die Gemeinde Wörgl hatte kein Geld in der Kasse und hat deshalb Wertmarken für Leistungen ausgegeben, die für sie erbracht wurden. Es konnte über die Gemeindesteuern wieder zurückgegeben werden. Bei Fälschungen stand der Gemeinde direkt die Polizei zur Verfügung. Mit der Gemeindegasse konnte auch nichts passieren, weil sie die Wertscheine nicht gegen Geld ausgegeben hatte und die Steuern wie üblich verwaltet wurden.

Auch Helmut Creutz meint: *„Ausweichen auf eine Nebenwährung ist nicht der richtige Weg, um die grundsätzlichen Probleme im Geldbereich zu lösen.“*<sup>86</sup> Jeremy Rifkin hält den Non-Profit-Sektor für besonders wichtig und empfiehlt Zeitdollarprojekte wie in den USA: *„Die Idee dahinter ist, dass in einer sozialen Gemeinschaft jenseits der Gewinnmaximierung die Zeit eines jeden von uns gleich wertvoll ist – sei er nun Arzt, Müllmann oder Taxifahrer.“*<sup>87</sup> Beim Zeitdollar wird die Qualifikation als Grundlage für die Vergütung aufgehoben. Damit ist auch die Lehrmittelfreiheit selbstverständlich.

Mit Rifkin lässt sich also sagen: Um sowohl Währungsspekulation als auch Verzinsung zu beseitigen, ist eine zinsfreie globale Währung angezeigt und sie existiert bereits weltweit mit der Zeit, in der wir unsere Arbeitskraft für die Gemeinschaft einsetzen. Dass Zeitkonten über viele Jahrzehnte korrekt verwaltet werden können, zeigen uns zum Beispiel die Versicherungsanstalten des Bundes und der Länder mit der Verwaltung der Renten- und Pensionsanwartschaften.

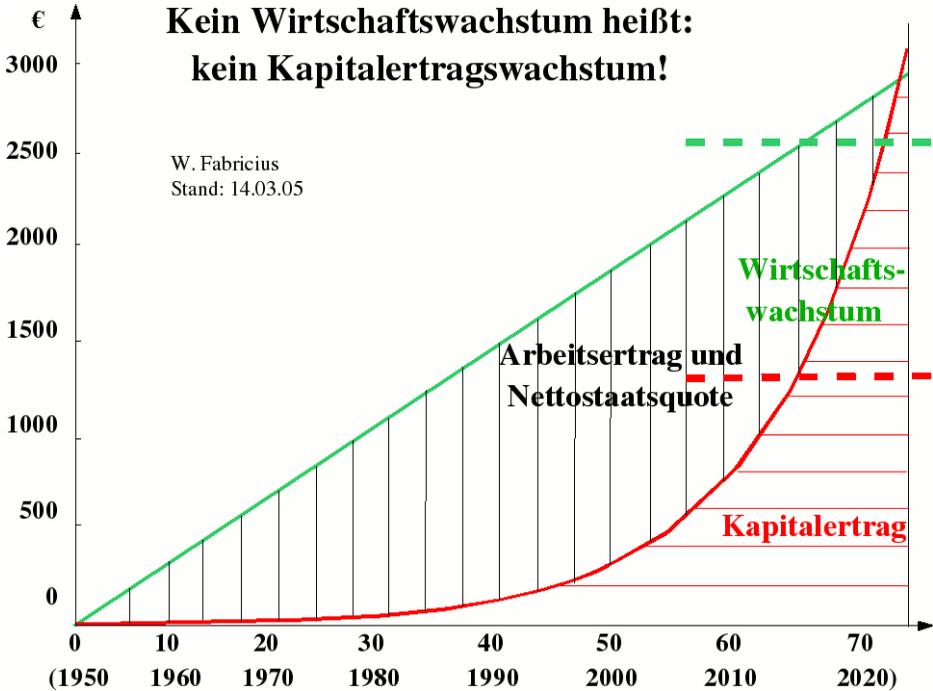
---

86 Helmut Creutz: In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin 1995. In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin 1995. [www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf](http://www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf).

87 Jeremy Rifkin: a.a.O.

## 4.2.7. Aufbauender Wirtschaftskampf

Der Kernprozess des neoliberalen Wirtschaftssystems ist der Shareholder Value bzw. die Profitmaximierung. Die Alternative einer „anderen Welt“ wäre die Profitminimierung. Bei der Suche nach entsprechenden ökonomischen Erkenntnissen und Strategien



**Abb. 10: Begrenzung des Wirtschafts- und des Kapitalertragswachstums**

im Internet wurde mir von Google die Frage zum Begriff „Profitminimierung“ (am 12.11.2004) mit der Gegenfrage beantwortet: „Meinten sie: Profitmaximierung:“ und es wurden ganze drei jedoch unmaßgebliche Hinweise angezeigt, während „Profitmaximierung“ 18.300 Hinweise auf entsprechende Seiten ergab. Mit anderen Worten: An einer systematischen ökonomischen Gegenstrategie zur Profitmaximierung wird offensichtlich nicht gearbeitet.

Wie wir wissen, ist selbst ein lineares Wirtschaftswachstum in globalem Maßstab ökologisch nicht vertretbar. Das deutsche BIP von inzwischen jährlich fast 2,5 Billionen Euro sollte eigentlich genügen, die Bedarfsdeckung der Bürger unseres Landes zu gewährleisten. Dies setzt allerdings auch konstante Arbeitserträge und Kapitalerträge voraus, d.h. die Höhe der Kapitalerträge muss eingefroren werden.

Allerdings müsste die Verteilung des BIP auf Arbeits- und Kapitalerträge mindestens denen der 70er oder 80er Jahren entsprechen, als die Kapitalerträge bei 10%, die Staatsquote bei 7%, die Arbeitserträge bei 66% und die Sozialquote bei 17% lagen. Innovation würde die Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ermöglichen. Die private Rendite würde sich wegen des weiteren Wachstums des Privatvermögens entsprechend reduzieren, d.h. im Laufe der Jahrzehnte asymptotisch den Wert Null erreichen.

Um unsere Gesellschaft von den, die sozialen und ökologischen Werte vernichtenden exponentiell wachsenden leistungslosen Einkommen der Kapitaleigner zu befreien, sind zwei Strategien möglich:

1. In die Hände von Profiteuren geratenes Kapital wird über Steuern zurückgeholt oder
2. Arbeitserträge geraten gar nicht erst in die Hände von Profiteuren.

Wenn keine Profite mehr möglich sind, müssen die Kapitaleigner von der Substanz leben oder ihr Einkommen mit eigener Hände Arbeit erwerben.

Die Erarbeitung von Konzepten zur Profitminimierung und deren Umsetzung ist Hauptaufgabe der Solidarischen Ökonomie. Spezielle Projekte der Solidarischen Ökonomie wurden in Form von

Konsumvereinen und -genossenschaften seit der Mitte des vorletzten Jahrhundert erfolgreich als Waffe der Besitzlosen gegen die Profitmaximierung der Besitzenden eingesetzt. Wie weit diese Waffe geeignet ist, aus dem gegenwärtigen Niedergang der Gesellschaft herauszuführen, soll Schwerpunkt der folgenden Kapitel sein.

## 5. Solidarische Ökonomie

Nach Altvater hat sich das Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre 2005 intensiv mit dem Thema „solidarische Ökonomie“ befasst. Er berichtete: *„Ein Thema wird ... die Linke in den nächsten Jahren weltweit mehr denn je beschäftigen müssen: die „solidarische Ökonomie“. Dazu gehören Genossenschaften im ländlichen Raum wie in Brasilien, demnächst möglicherweise in Venezuela, das fundamentale Recht auf angemessenen Wohnraum, die Vergabe von Mikrokrediten für soziale Projekte, Sinn oder Unsinn von Tauschringen. Die „solidarische Ökonomie“ avanciert deshalb zum globalen Thema, weil neoliberal begründeter Freihandel seine Wohlfahrtsversprechen nicht einlöst. Der "Neoliberalismus von unten" - sprich: die Ausdehnung des Konkurrenzprinzips -, indem jeder, auch im informellen Sektor, seinem Unternehmergeist freien Lauf lässt, ist erst recht gescheitert. Die "solidarische Ökonomie" erweist sich daher als Alternative zur globalen Konkurrenzökonomie.“*<sup>88</sup>

Solidarische Ökonomie heißt, die Welt nicht aus der Sicht des Anlegers als profitmaximierenden Betrieb anzusehen, in dem alle jahraus jahrein rund um die Uhr möglichst umsonst arbeiten sollen, sondern als nachhaltigen Lebensraum für alle Menschen zu begreifen und zu gestalten, in dem sich jeder einzelne und die Gesellschaft insgesamt nicht nur physisch, sondern auch sozial, intellektuell und kulturell reproduzieren und weiterentwickeln kann.

Eine kritische Distanz zu den Resten der Alternativbewegung ist nach Robert Kurz erforderlich: *„Die Reste der jüngeren Alternativbewegung dagegen besetzten hauptsächlich Marktnischen im Kasinokapitalismus durch handwerkliche Luxusproduktion für eine betuchte Honoratiorenkundschaft, durch Edel- und Ethno-*

---

88 Elmar Altvater: Steinerne Gäste - Fünftes Weltsozialforum in Porto Alegre. Freitag, 04.02.2005. <http://www.freitag.de/2005/05/05050601.php>

*Gastronomie, Kultur- und Sozialarbeitsklitschen (kommerziell oder am Staatstropf) usw. Hier hat sich ein klassisches Mittelstands- und neues Spießbürgerpotential übelster Sorte zusammengebraut, das entweder den keynesianischen Umverteilungsgeldern hochkonkurrent nachjammert oder gar längst wieder "stolz" auf sein "selbsterarbeitetes" und selbsterrafftes Kleineigentum ist, protestantischen Arbeitsmasochismus pflegt und politisch zwischen kommunaler SPD-Mafia und grünen Realos angesiedelt ist. ... Zwar gibt es unter den Resten der Alternativbewegung auch Menschen, die sich ihren emanzipatorischen Anspruch und die radikale Gesellschaftskritik nicht abgeschminkt haben, aber sie finden dafür in ihrem eigenen Milieu keinen sozialen Boden mehr.* <sup>89</sup>

Der Schwerpunkt politischen und ökonomischen Denkens und Handelns muss von der Produktion auf die Reproduktion, von der betriebswirtschaftlichen auf die volkswirtschaftliche Seite der Gesellschaft verlagert werden. Der menschliche Bedarf löst die Rendite als Triebfeder der Wirtschaft ab.

Die resultierende gesellschaftlich notwendige Arbeit muss von allen Erwerbsfähigen gegen ein grundsicherndes Einkommen geleistet werden. Diese gesellschaftlich notwendige Arbeit schließt auch die Versorgung der noch nicht und der nicht mehr Arbeitsfähigen sowie der Kranken und Behinderten in Form eines Umlageverfahrens ein. Die Realwirtschaft ist nicht der Nährboden für leistungsloses Einkommen der großen und kleinen Kapitaleigner, sondern hat ausschließlich der Reproduktion der Individuen und ihrer Gesellschaft zu dienen.

---

89 Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus"  
<http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>

## 5.1. Historische Wurzeln

Auf Ansätze wie die Phalanstères soll, obwohl sie erneut 1968 - nicht zuletzt durch Marcuse - wieder aktuelle Bedeutsamkeit erlangt hatten, hier nicht näher eingegangen werden. Sie sind eine Utopie des Franzosen Charles Fourier (1772-1836) und stellen Vollgenossenschaften dar, in denen jeweils etwa 2.000 bis 3.000 Menschen gemeinsam wohnen, leben, arbeiten und konsumieren sollten. Bestandteil des Konzepts war auch die freie Liebe. Es kam jedoch nicht zu stabilen Realisierungen.

Nach Novy wird zum Mittel der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Selbstversorgung dann gegriffen, *„wenn andere Formen der Reproduktionssicherung ausgefallen, nicht vorhanden oder weniger attraktiv sind; wenn beispielsweise privatwirtschaftliche Angebote zu teuer oder schlecht sind, die karitativen oder staatlich-fürsorgerischen Hilfen unter demütigenden Bedingungen gewährt werden. ... Formen der Selbsthilfe entstanden meist dann, wenn andere, vertrautere Aktionsformen – wie der politische Kampf um die Macht im Staat oder der gewerkschaftliche Zusammenschluss gegen die Übermacht des Privatkapitals – gescheitert oder zumindest auf Probleme gestoßen waren und des Ersatzes oder der Ergänzung bedurften. ...*

*Die kapitalistische Produktionsweise wirkte sich bereits im 19. Jahrhundert insbesondere in England, dem Mutterland der Industrialisierung, sehr nachteilig auf die Lebensumstände der Lohnabhängigen aus. Zusätzlich verboten es die Gesetze den Arbeitern, sich selbst zu bilden, und die Regierung verweigerte ihnen wegen ihres Mangels an Bildung und, da sie kein Haus besaßen, das Wahlrecht. Deshalb propagierte bereits um 1820 der Industrielle Robert Owen die Gründung von "kommunistischen Siedlungen" zum Aufbau eines neuen Gesellschaftssystems. Seine praktischen Versuche scheiterten zwar, beeinflussten aber die auf realistischerer Grundlage beruhenden Anfänge der englischen*

*Genossenschaftsbewegung, die sich später auf ganz Europa ausbreitete.*“<sup>90</sup> Möglicherweise scheiterten Owens Ansätze u.a. wegen ihres hierarchischen Charakters, indem sie von oben kreierte wurden und sich die Nutzer deshalb nicht ausreichend selbst mit ihnen identifizieren konnten.

*Welches Potential in wirtschaftlicher Selbsthilfe ohne externe Finanzierung und ohne politische Unterstützung liegen kann, beschreibt Naomi Klein mit zwei Beispielen, allerdings nicht nach finanziellen, sondern nach Naturkatastrophen: Nach dem Tsunami in Thailand gaben sich Moken, ein indigenes Volk, in ihrem Dorf Ban Tung Wah „keinerlei Illusionen hin, ein wohlmeinender Staat werde ihnen im Austausch für ihre Strandgrundstücke, die jetzt beschlagnahmt waren, gleichwertiges Land zuweisen. Sie schritten unter teilweise dramatischen Begleitumständen selbst zur Tat. ...*

*Heute kommen Beamte der Bezirksverwaltung nach Ban Tung Wah, um sich über 'Tsunami-Hilfe in Eigenregie des Volkes' zu informieren. Ganze Busladungen voller Feldforscher und Studenten besuchen das Dorf, um etwas über die 'Weisheit indigener Völker' zu lernen.“*

Katrina-Opfer in New Orleans haben die Moken in Thailand besucht und auch von ihnen gelernt: „*Juakali, der aus einem Stadtviertel stammt, das noch in Trümmern lag, stellte Teams aus lokalen Firmen und freiwilligen Helfern zusammen, die sich einen Straßenblock nach dem andern vornahmen und die durch die Flut unbrauchbar gewordenen Einrichtungsteile aus den Häusern entfernten.*

*Seine Reise in die Tsunami-Region habe ihm, so sagte Juakali, klargemacht, dass und wie die Menschen von New Orleans die FEMA und die städtische und staatliche Bürokratie links*

---

90 Klaus Novy und Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Dietz, Berlin 1985a.

*liegenlassen und endlich sagen müssen: 'Was können wir hier und jetzt tun, um unser Viertel wieder bewohnbar zu machen, der Regierung zum Trotz, nicht zum Gefallen?'*<sup>91</sup>

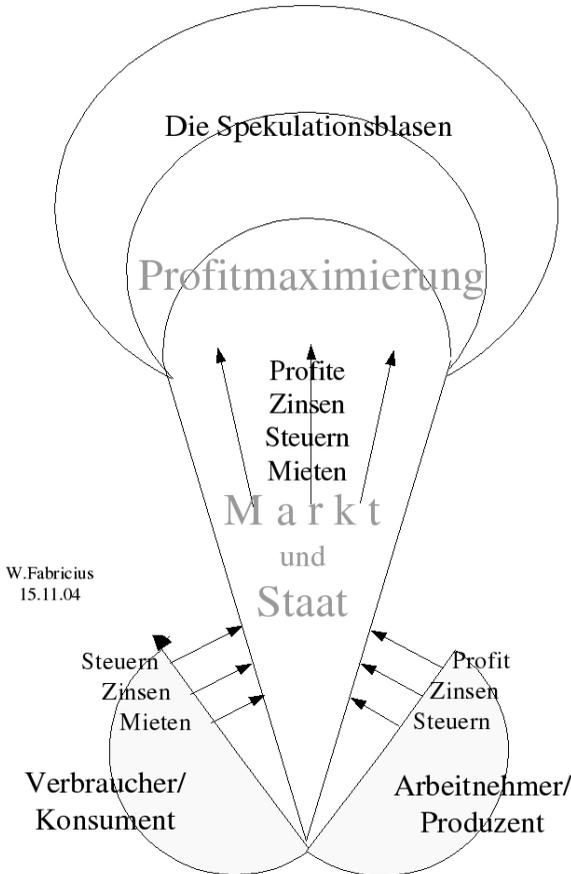
---

91 Naomi Klein (2007): a.a.O.

## 5.2. Einige Grundlagen Solidarischer Ökonomie

Robert Kurz führt in „Antiökonomie und Antipolitik“ aus: „*Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und*

### Das System der Profitmaximierung



**Abb. 11: Zerteilung des Individuums**

*Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber*

*hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich. ...*

*Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist. ...*

*Die Initiativen für entkoppelte Sektoren der Reproduktion können durchaus Kooperativen oder Genossenschaften genannt werden; nur daß es sich eben nicht um warenproduzierende Unternehmen, sondern um autonome Bereiche mit einer sozialen Identität von Produktion und Konsumtion handeln würde. Es gibt wenigstens ein Beispiel für einen solchen Ansatz, das die alte Arbeiterbewegung hinterlassen hat, und das waren die Konsumgenossenschaften. Es ist merkwürdig und zeigt wiederum die Ignoranz der "orthodoxen" Marxisten und der postmodernen Linken, daß die bloße Erwähnung dieses Worts bei ihnen sämtliche Scheuklappen fallen lässt.<sup>92</sup>*

Genossenschaften in „Sektoren der Reproduktion“ sollen zur Unterscheidung von Produktions- oder Produktivgenossenschaften in diesem Text „Reproduktionsgenossenschaften“ genannt werden. Dieser Begriff bezeichnet besser die Zielsetzung dieser Unternehmen als die Begriffe Verbraucher- oder Konsumgenossenschaften, da diese einerseits mit „Verbrauch“ oder „Konsum“ einen eher destruktiven Eindruck vermitteln, andererseits die

---

92 Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus"  
<http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>

Intention dieser Genossenschaften, sich über die Distribution auch in die (regionale) Produktion vorzuarbeiten, nicht primär erkennen lassen und deshalb zu permanenten Missverständnissen führen.

MPS-Mitglied Detmar Doering, Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung meint zwar: „*Nicht die Arbeit schafft Kapital (so wie die Feinde des Liberalismus im Gefolge von Marx behaupten) sondern das Kapital schafft die Arbeit.*“<sup>93</sup>

Nach Erik Nölting<sup>94</sup> sind sich aber Adam Smith, Urvater der Liberalen und Neoliberalen, und sein Gegenpart, Karl Marx, zumindest in diesem Punkt einig: „*Aller Ertrag stammt aus der Arbeit, die alleinige Quelle aller wirtschaftlichen Werte ist.*“ (Auch den Schöpfungsberichten der Religionen ist zu entnehmen, dass nicht das Kapital, sondern der Mensch zuerst da war!) Also muss nicht das Kapital mit seinem leistungslosen Einkommen, sondern die Arbeit, das leistungsbezogene Einkommen, im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses stehen.

Landauer fordert den „aktiven“ Generalstreik: „*Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld? ihr habt Papiere? ihr habt Maschinen, die leer stehen? Eßt sie auf, tauscht sie untereinander, verkauft sie euch gegenseitig - macht was ihr wollt! Oder - arbeitet! Arbeitet wie wir. Denn Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr bekommen. Die brauchen wir für uns selbst. Wir haben sie nicht mehr im Rahmen eurer unsinnigen Wirtschaft, wir verwenden sie für die Organisationen und Gemeinden des Sozialismus.*“<sup>95</sup> Wie wurde diese Forderung in der Historie umgesetzt und wie könnte eine entsprechende Strategie heute aussehen?

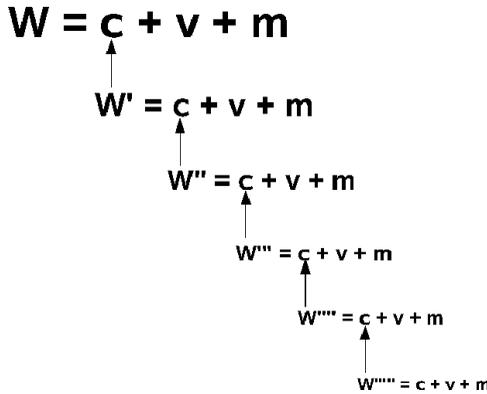
---

93 Detmar Doering: Liberalismus - Ein Versuch über die Freiheit. Zum Programmwurf „Bürger zur Freiheit“. In: Liberal, Heft 1/1993 S. 90 - 102, hier S. 95.

94 Erik Nölting: Wirtschaftsformen gestern, heute und morgen. Verlag ZdK e.V., Hamburg 1949

95 Gustav Landauer: Drei Flugblätter (1913), 2.. Was ist zunächst zu tun?  
<http://www.anarchismus.at/txt3/landauer6.htm>

Da das kapitalistische System in Deutschland bereits Millionen von Bundesbürgern für Produktion und Dienstleistungen nicht mehr benötigt und sie als arbeitslos ausgesteuert hat, müssen sie sich einer unsinnigen Wirtschaft gar nicht entziehen, sondern können füreinander arbeiten und zumindest ihre Lebenshaltungskosten senken. Die Bürger nehmen die Regie über das Management der Dienstleistungen und die Verteilung ihres Bedarfs an Produkten und Dienstleistungen und schließlich vielleicht auch deren Produktion selbst in die Hand.

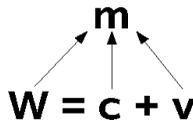


Zur Darstellung der kapitalistischen Produktion und der Wertschöpfungsketten kann die Formel, die auch Marx verwendet, dienen:  $W = c + v + m$ , wobei  $W$  für Warenwert,  $c$  für konstante Kosten (Infrastruktur),  $v$  für variable Kosten (Arbeitskraft) und  $m$  für Mehrwert steht. Eine Wertschöpfungskette kann als Kaskade dieser Formel angesehen werden, wobei  $c$  jeweils für ein darunterliegendes  $W = c + v + m$  steht, bis hin zu den eingesetzten Rohstoffen. Sie repräsentiert sowohl historisch, als auch aktuell die Herstellung jedes Produktes.

Historisch: Nachdem der Mensch sesshaft geworden war, hat er sich Schritt für Schritt die Werkzeuge geschaffen, mit denen er sich die Arbeit erleichtern und immer leistungsfähigere Gerät-

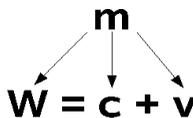
schaften herstellen konnte, die ihn schließlich in die Lage versetzten, komplexeste Produktionsschritte zu automatisieren.

Aktuell gesehen stellt auf der untersten Ebene  $c$  die Rohstoffe Boden, Erdöl, Metall, Kohle und die gesamte Infrastruktur inklusive aller Verkehrswege etc. dar. Neu eingesetzt wird immer wieder Arbeitskraft, von der allerdings in unserer derzeitigen Gesellschaft auf jeder Ebene der Mehrwert abgezogen wird. Vom Anfang bis zum Ende der Wertschöpfungskette streitet sich also der Anleger - weil er angeblich  $c$  geliefert habe - mit dem Arbeitnehmer ( $v$ ) um den Anteil ( $m$ ) am Arbeitsergebnis. Der Konsument jedoch muss alles ( $W$ ) finanzieren.



Statt den Mehrwert „ $m$ “ dem Lohn und/oder der Infrastruktur zuzuschlagen bzw. ihn von den Preisen abzuziehen, wird er auf allen Produktionsebenen von den Kapitaleignern/Anlegern abgezweigt.

Mit Solidarischer Ökonomie soll der Mehrwert „ $m$ “ für die Kapitaleigner gesperrt und auf Infrastruktur, Arbeitsentgelt und Preise nach Bedarf verteilt werden.



Als Verbraucher sind wir nicht daran interessiert, dass in den Preisen der Produkte und Dienstleistungen, die wir tagtäglich benötigen, ständig wachsende Zinsen und Profite, also leistungsloses Einkommen steckt. Wir sollten deshalb als Verbraucher den Profiteuren die Regie über die Produktion entziehen und in unsere eigenen Hände nehmen. Unabhängig von dem bestehenden

System sollten wir einen eigenen, nicht profitorientierten Markt aufbauen, auf dem die Wertschöpfungskette vom Mehrwert befreit ist.

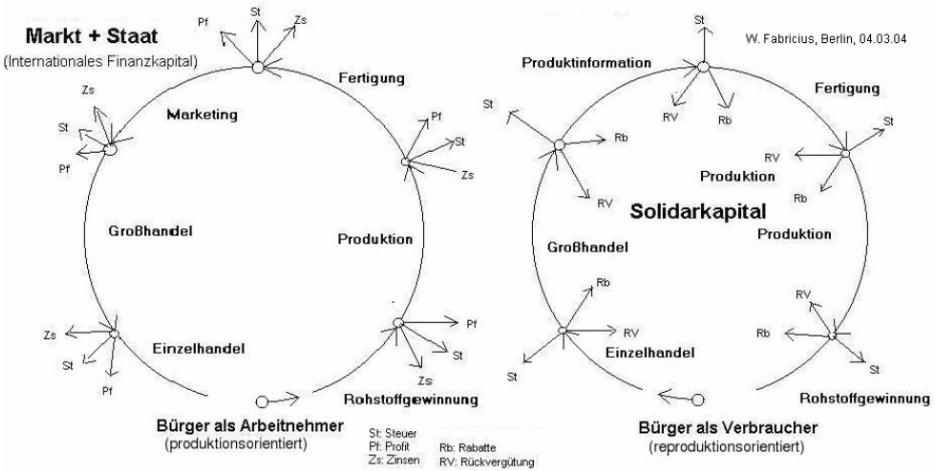
$$\begin{array}{c}
 \mathbf{W} = \mathbf{c} + \mathbf{v} \\
 \uparrow \\
 \mathbf{W}' = \mathbf{c} + \mathbf{v} \\
 \uparrow \\
 \mathbf{W}'' = \mathbf{c} + \mathbf{v} \\
 \uparrow \\
 \mathbf{W}''' = \mathbf{c} + \mathbf{v} \\
 \uparrow \\
 \mathbf{W}'''' = \mathbf{c} + \mathbf{v} \\
 \uparrow \\
 \mathbf{W}''''' = \mathbf{c} + \mathbf{v}
 \end{array}$$

Deshalb muss, wo es überhaupt möglich erscheint, Fremdkapital vermieden werden. Der gesamte Mehrwert kann dann, sofern er nicht für infrastrukturelle Maßnahmen benötigt wird, den Konsumenten und Produzenten in Form von niedrigeren Preisen oder höheren Löhnen zukommen.

Um diese theoretischen Überlegungen realitätsnäher zu konkretisieren, sei dem konventionellen profitmaximierenden Arbeitsprozess der solidarwirtschaftliche profitminimierende Produktions- und Distributionsprozess gegenübergestellt.

Im konventionellen Arbeitsprozess gehen die Bürger als Erwerbstätige alltäglich an ihren profitorientierten Arbeitsplatz auf der Anbieterseite des Marktes in den verschiedensten Bereichen der Produktion und Distribution, von der Rohstoffgewinnung bis zum Groß- und Einzelhandel. Auf jeder Stufe dieser Produktionskette wird ihnen aber ihre Arbeitskraft nicht in vollem Umfang entgolten, sondern es werden Steuern, Zinsen und Profite abgezweigt.

In der Regel ist weder individuelle noch kollektive Eigentumsbildung möglich. Schwerpunkt ist der Arbeitsplatz, der Bürger sieht sich in erster Linie als Arbeitnehmer. Seine gesellschaftliche Anerkennung ist auf die Arbeit fixiert.



**Abb. 12: kapitalistischer und solidarwirtschaftlicher Produktions- und Distributionsprozess**

Mit dem Bürger als Verbraucher auf der Nachfrageseite des profitorientierten Marktes geschieht Ähnliches. Im Produkt, das er erwirbt, oder der Dienstleistung, die er beansprucht, stecken direkte und indirekte Zinsen und Profite des gesamten Produktions- und Distributionsprozesses, die sich insgesamt zur Zeit der 50%-Marke nähern.

Wenn aus all den Schritten der Wertschöpfungsketten Zinsen und Profite entfernt werden sollen, kann das aber nicht von der Seite der Rohstoffgewinnung aus geschehen, sondern muss am entgegengesetzten Ende, dem Einzelhandel beginnen.

Also setzt die Gegenstrategie, die Profitminimierung, auf der Kon-

summentenseite der Wertschöpfungsketten, dem Einzelhandel an. Die Verbraucher schließen sich zusammen und kaufen gemeinsam ein. Je mehr Verbraucher gemeinsam einkaufen, desto höhere Rabatte können sie aushandeln. Nehmen sie nun einem Betrieb die gesamte Produktion ab, können sie mit der Übernahme dieses Betriebs weitere Einsparungen erzielen und die nächste Stufe der Wertschöpfungskette in Angriff nehmen, bis sie u.U. sogar bei der Gewinnung der Rohstoffe angelangt sind. Schwerpunkte wird man sinnvollerweise zunächst bei der Daseinsvorsorge und hier den regionalen Betrieben oder Betriebszweigen setzen.

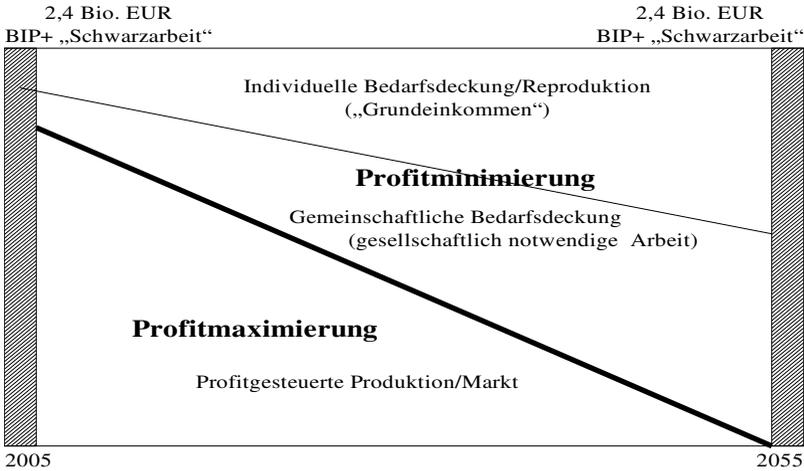
*Susanne Elsen betont: „Es geht um die selbstbestimmte Nutzung der Potentiale der Bevölkerung, die Erhaltung des Sozialen Kapitals und die Sicherung, Nutzung und Schaffung dessen, was Menschen zum Leben brauchen. Dazu gehören ein Dach über dem Kopf, Grund und Boden, eine existenzsichernde Arbeit, eine angemessene Infrastruktur, sauberes Wasser etc.“<sup>96</sup> Entscheidend ist, dass statt Mehrwert, Profite und Überschüsse in Form von Rabatten, Rückvergütungen und als kontinuierlich wachsendes Solidarkapital gemeinschaftlich verwaltet der Gesellschaft zur Verfügung stehen.*

In den letzten 50 Jahren haben die kleinen und großen Profiteure die besitzlosen Bürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Konsumenten erobern sich den Markt über Kooperativen zurück, bauen ein Solidarkapital auf und drängen dabei in den nächsten 50 Jahren die konkurrierenden Profiteure aus dem ökonomischen Geschehen der Gesellschaft schrittweise heraus. Die entökonomisierte Gesellschaft kann dann ein bedingungsloses Grundeinkommen für die individuelle Produktion und eventuell auch für die gesellschaftlich notwendige Arbeit zur Verfügung stellen.

Leistungsloses Einkommen ist dann generell geächtet und aus der Gesellschaft eliminiert. Das BIP und die Werte der heute bereits

---

<sup>96</sup> Susanne Elsen: Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der "Globalisierung". [http://www.leibi.de/takaoe/84\\_20.htm](http://www.leibi.de/takaoe/84_20.htm)



**Abb. 13: 50 Jahre Solidarwirtschaft**

stattfindenden „Schwarzarbeit“ (über 300 Milliarden Euro) stehen der Gesellschaft dann insgesamt zur Verfügung. Wirtschaftliches Wachstum findet nur noch qualitativ statt und dient der Reduzierung der Arbeitszeit.

## 5.3. Projekte

Projekte der Solidarischen Ökonomie stellen einerseits lockere ökonomische Zusammenschlüsse wie Umsonstläden, Tauschringe, Lebensmittel-Coops und Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften dar. Andererseits zählen aber auch die festgefüchteren, nach gesetzlichen Regeln strukturierten Genossenschaften und speziell die Reproduktionsgenossenschaften zu den solidarwirtschaftlichen Projekten, obwohl sie häufig sehr verkrustet und verbürokratisiert sind und von Vorständen sehr autokratisch geführt werden.

Bei all diesen Projekten geht die Initiative von Verbrauchern aus, die ihre Daseinsvorsorge in die eigenen Hände genommen haben und sich in Selbsthilfe mit den entsprechenden Produkten und Dienstleistungen versorgen wollen.

Auch globale Projekte wie Open-Source-Software (Linux, FreeBSD, Mozilla, Open Office etc.), Wikipedia u.a. erfüllen die Kriterien der Solidarischen Ökonomie, sollen aber hier nicht weiter behandelt werden.

Dargestellt werden sollen einige markante Projekttypen im Bereich der Daseinsvorsorge und einige hervorzuhebende Beispiele.

### 5.3.1. Umsonstläden

Umsonstläden werden zwar von Konsumenten profitfrei betrieben, aber sie setzen letztendlich mietfreie Räumlichkeiten und ehrenamtliche Tätigkeit voraus. Sie sind als Zielsetzung Solidarischer Ökonomie willkommen, aber im neoliberalen Umfeld schwer durchsetzbar.

### 5.3.2. Tauschringe

Seit den neunziger Jahren boomt die Tauschringbewegung in Deutschland. Eine Erhebung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat ergeben, dass es in Deutschland um die Jahrtausendwende mehr als 280 Tauschringe gab<sup>97</sup>.

In Berlin beispielsweise existiert fast in jedem Stadtteil mindestens ein Tauschring. Sie verstehen sich *„als unabhängige Selbsthilfeeinrichtungen zur Entwicklung der erweiterten Nachbarschaftshilfe und der sozialen Ökonomie. Berliner Tauschringe verfolgen gleichermaßen soziale und wirtschaftliche Zielsetzungen, sind aber weder soziale Einrichtungen im traditionellen Sinne, noch beabsichtigen sie, ein neues wirtschaftliches Modell oder „Ersatzwährungen“ zu kreieren.“*<sup>98</sup>

Kurz äußert sich allerdings negativ über Tauschringe: *„Tauschringe [setzen] bereits völlig entsozialisierte abstrakte Individuen voraus, die untereinander Dienstleistungen austauschen und verrechnen, ohne überhaupt noch in eine kooperative Produktions-tätigkeit einzutreten. Die sozialökonomische Beziehung beschränkt sich gänzlich auf die Organisation einer alternativen Verkehrsform von Leistungsverrechnungen, die parallel zum offiziellen Markt läuft. Auch hier wird das Privateigentum nicht aufgehoben, sondern schrumpft lediglich auf die individuelle Fähigkeit, irgendeine Leistung (Babysitten, Tapezieren usw.) mit anderen Individuen auszutauschen; die Reproduktion von „Leistungsschwachen“ wie Behinderten oder Kranken kommt dabei gar nicht vor. Ein solcher Tauschring stellt keinerlei Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise mehr dar. Er organisiert nur einen Notbehelf in nebensächlichen Dingen für „herausgefallene“*

---

97 Kleffmann, Klaus (2001): Seniorengenossenschaften in Deutschland, in: Das Tauschring-Archiv / Sozialagentur E. Kleffmann (Hrsg.): Das Handbuch der Tauschsysteme. Machst Du mit? Zeit kontra Geld. 2. Auflage. Lotte 2001

98 Selbstverständnis der Berliner Tauschringe. <http://trb.tauschring-mitte.de//content/view/62/50/>

*monadisierte Individuen, die ihre produktive Kooperationsfähigkeit völlig an Kapital und Staat abgegeben haben. Insofern sind die Tauschringe kein Neuanfang einer sozialen Emanzipation, sondern nur die letzte Verfallsform der alten, gescheiterten Ansätze innerhalb der Wertform, die bei hilflos gewordenen sozialen Atomen angelangt ist.* <sup>99</sup>

Claus Offe meint dagegen, „dass man die Vorteile der Tauschbeziehungen durchaus in einer anonymen Gesellschaft nutzen kann und der zwangsweisen Brachlegung der Arbeitskraft und der Leistungsfähigkeit, die mit einer auf Geldwirtschaft beruhenden Tauschbeziehung einhergeht, entgegenwirkt. ... Ich wehre mich gegen die Abwertung des Tauschgedankens ...

*Gesellschaftliche Bereiche und bestimmte Dienste für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung können/sollen aus der Staatsverantwortung ausgegliedert werden, an z.B. eine Gruppe, die keiner staatlichen Vorsorge und Bevormundung mehr bedarf und den Willen zum freiwilligen Zusammenschluss und Austausch hat.*

*Tauschringe sind solche Zusammenschlüsse und bedeuten u.a. auch Staatsentlastung, und da kann man einhaken und sagen: wenn die staatlich organisierten Sozialdienste hier zurücktreten können, dann soll der Staat bitte diese Arten der Selbsthilfe, der gemeinschaftlichen Mobilisierung von Tätigkeitspotentialen nicht gratis erwarten.*

- *Die Selbstorganisation soll den Staat unter der Bedingung des Steuerverzichts entlasten. Besteuert wird da nicht.*
- *Zweitens soll die Tätigkeit, die hier verrichtet wird, auch unter sozialrechtlicher Anerkennung erfolgen.*
- *Und drittens, die Nichtanrechnung des Einkommens, das hier entsteht.*

---

99 Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus"  
<http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>

- *Viertens könnte man noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass die benötigten Räume für alle Tätigkeiten und das benötigte administrative Personal gestellt werden.* <sup>100</sup>

Festzuhalten ist, dass über Tauschringe Individuen aus ihrer ökonomischen Vereinzelung herausgeführt werden und mit anderen kooperieren können. Die Beteiligten lernen den Wert ihrer eigenen Arbeitskraft wieder besser wahrzunehmen und stärken ihr Selbstwertgefühl. Auch die Regionalisierung der Ökonomie kann vorangetrieben werden.

Allerdings müssten die Aktivitäten einerseits über die Dienstleistungen hinaus in die Produktion ausgedehnt werden. Andererseits sollte ein geeignetes Umlageverfahren angestrebt werden. Denn Mitglieder mit Familie, insbesondere Alleinerziehende, können nicht im gleichen Umfang zur Verfügung stehen wie Alleinlebende. Auch noch nicht und nicht mehr Erwerbsfähige, Kranke und Behinderte müssen berücksichtigt werden. Hier müsste u.U. die staatliche Unterstützung durch eine zusätzliche interne Absicherung aufgestockt werden.

In jedem Fall kann der Tauschring zumindest als Vorform und als Einstieg in die Solidarwirtschaft angesehen werden. Insbesondere wenn als Grundmotiv bei all diesen Initiativen die Beseitigung vorhandener und die Vermeidung zukünftiger Profite verfolgt wird.

### **5.3.3. FoodCoops**

*„Unter einer FoodCoop (vom englischen food cooperative, also etwa Lebensmittelgemeinschaft) versteht man den Zusammenschluss von Personen und Haushalten zum gemeinsamen Einkau-*

---

100Claus Offe: Die Verteilung von Geld und Zeit. In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin 1995. [www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf](http://www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf)

*fen. Historischer Vorläufer sind die Konsumgenossenschaften des neunzehnten Jahrhunderts. Die Idee dahinter ist, dass man gemeinsam große Mengen Lebensmittel direkt von den Erzeugern bezieht und dadurch Mindestbestellmengen der Großhändler erreicht bzw. es sich für Bauern eventuell lohnt in die Stadt zu fahren. Dadurch kann man als Mitglied einer FoodCoop meist preiswerter – weil ohne Gewinnmarge des Einzelhandels – einkaufen, als wenn man im Einzelhandel kauft.* <sup>101</sup>

Die Lebensmittel- oder FoodCoops vereinen zwar Anbieter und Konsument, verharren aber in der Distribution.

### **5.3.4. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften**

In Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG) schließen sich vorwiegend im Lebensmittelbereich Verbraucher mit Erzeugern zusammen, um kostengünstiger in der Regel ökologisch angebaute landwirtschaftliche Produkte zu produzieren und zu verteilen.

*„Die Vermarktung von Bio-Lebensmitteln durch Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften unterscheidet sich prinzipiell erheblich von privatwirtschaftlich geführten Naturkostläden, von Bio-Supermärkten und vom konventionellen Lebensmitteleinzelhandel. Das gilt auch dann noch, wenn sie sich aus ihrer Marktnische herausbegeben und sich dem Wettbewerb auf dem normalen Markt gestellt haben. Diese Besonderheit verleiht ihnen im Hinblick auf die Realisierung von Zielen der Nachhaltigkeit Modellcharakter.* <sup>102</sup>

Von den in Deutschland gegründeten EVGen haben einige ihre Tätigkeit wieder eingestellt, andere, wie z.B. die EVG Tagwerk in

---

101 Wikipedia: Foodcoop. <http://de.wikipedia.org/wiki/Foodcoop>

102 Inge Asendorf et al.: Nachhaltigkeit durch Vernetzung – Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften im Bedürfnisfeld Ernährung. Dorfen, Weißenstephan, München 2003. [www.isf-muenchen.de/pdf/evg-endbericht.pdf](http://www.isf-muenchen.de/pdf/evg-endbericht.pdf)

Dorfen bei München, sind bereits Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften.

Eine der ersten EVGen in Deutschland wurde unter Mitwirkung des Autors 1982 in Berlin als Verein gegründet. Sie war aus dem Ökodorf in der Kurfürstenstraße hervorgegangen und arbeitete mit 3 niedersächsischen Öko-Bauern zusammen. Sie baute ihren Vertrieb schrittweise aus und stand schließlich auf 13 Wochenmärkten und in 2 Bioläden von Zehlendorf bis Reinickendorf und Kreuzberg bis Charlottenburg ihren 850 Mitgliedern einigermaßen flächendeckend zur Verfügung. Der Mitgliederbeitrag betrug symbolische 5 DM pro Monat. Mitgliedern wurde beim Einkauf ein Rabatt von 20% gewährt, Nichtmitglieder konnten Probeinkäufe tätigen.

Da einer der Bauern bereits vor der Gründung der EVG in die Insolvenz geraten war und sein Hof schließlich versteigert werden sollte, wurde er von Mitgliedern der EVG in Form einer GbR übernommen. Die Ersteigerungssumme hatten Mitglieder zu einem großen Teil mit zinslosen Darlehen von 500 bis 20.000 DM zur Verfügung gestellt.

Allerdings konnten von den Mitgliedern der EVG nicht alle Produkte des erworbenen Hofes neben den Produkten der anderen beiden Bauern vollständig abgenommen werden und so musste das Nichtmitgliedergeschäft intensiviert werden. Hiermit war man aber auf die Anbieterseite des kapitalistischen Marktes mit allen dort herrschenden Problemen geraten.

Eine zweite Problematik bestand im Personalmangel. Es mussten Stundenkräfte angeheuert werden, die aber mit den Ladenkassen nicht ausreichend zuverlässig umgingen. Eine dritte Problematik stellte der Mangel an einem ausreichend qualifizierten Geschäftsführer dar. Von dem zur Verfügung stehenden Diplomkaufmann wurde z.B. die Produktion auf dem Hof der EVG extrem hoch angesetzt, wenn aber die Vermarktung anstand, wurden diese

Produkte nicht im erforderlichen Umfang den Produkten der anderen Bauern vorgezogen und konnten somit nicht vollständig abgesetzt werden.

Um die EVG zu stabilisieren, wurde eine Genossenschaft gegründet, deren Eintragung aber auch wegen des fehlenden qualifizierten Geschäftsführer nicht erreicht wurde. Selbst die beiden Ökonomen, die der damalige Vorsitzende der SPD, Walter Momper, eigenhändig aus der Mitgliederliste ausgesucht hatte, konnten wegen anderer Projekte nicht tätig werden. Auch über die AL, dem Berliner Vorläufer der heutigen Grünen, war kein Ökonom zu finden, der die EVG unterstützen konnte.

Als dann mit der Maueröffnung Konkurrenz in der nächsten Umgebung Berlins befürchtet werden musste und die Risiken sich damit weiter erhöhten, stellte die EVG ihre Geschäftstätigkeit ein. Die Ländereien konnten ohne wesentliche Verluste verkauft werden. Die Stände auf den Wochenmärkten wurden von einem Bauer weiter betrieben. Die beiden Bio-Läden wurden von interessierten ehemaligen Kunden übernommen und existieren heute noch.

Grundsätzlich bauen die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften nicht nur den Vertrieb auf, sondern integrieren auch die verbraucherorientierte Produktion. Sie erfüllen damit sehr weitgehend die Kriterien der Solidarischen Ökonomie.

### **5.3.5 Startmöglichkeiten**

Beginnen kann Solidarische Ökonomie z.B. nach dem Motto „Kampf dem Verderb“ mit Naturalientausch im Lebensmittelbereich u.a. durch Hilfe beim Ernten von Obst und Gemüse in Schrebergärten, Abernten von Streuobstwiesen und mit Hilfsarbeiten auf Biohöfen inklusive Verteilen der Produkte in Tauschringen und Lebensmittelcoops. Überschüsse könnten in Volksküchen

verarbeitet werden. So kann daraus schrittweise eine Infrastruktur erwachsen, die die Landwirtschaft in der Region unterstützt und konventionellen Höfen bei der Umstellung auf Bioanbau behilflich ist. Langfristig können vielleicht mit dem Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur aus solchen Ansätzen u.U. auch tarifgerechte Arbeitsplätze entstehen.

Solidarische Ökonomie kann auch über gemeinsame Wohnprojekte mit selbstorganisierter Renovierung und Instandhaltung, Minderung der Energiekosten, Leihgemeinschaften der Bewohner, Volksküchen für die Senioren und Singles etc. entstehen und als Grundlage zur Errichtung von Reproduktionsgenossenschaften für die Daseinsvorsorge, speziell auch bezüglich Energie, Wasser, Mobilität etc. dienen.

FoodCoops, Tauschringe, Leihgemeinschaften, Umsonstläden etc. sind in der Regel Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) und haben einerseits eventuell eine zu lockere Organisationsform, um größere Geldflüsse und wachsendes Solidarkapital transparent zu verwalten. Andererseits ist es wegen der gesamtschuldnerischen Haftung in einer GbR deshalb sehr ratsam, eine juristische Person zu gründen. Auch der Verkehr mit Behörden und Vertragsabschlüsse aller Art verlangen immer wieder die juristische Person. Als Organisationsform eignen sich, um alle Mitglieder mit prinzipiell gleicher Einflussmöglichkeit auszustatten, nur der Verein oder die Genossenschaft (als Sonderform des Vereins). GmbH und AG können nicht als basisdemokratische Organisationen angesehen werden, da hier in der Regel, der Einlage der Mitglieder entsprechend, quotiert abgestimmt wird. Nimmt das Unternehmen größere Formen an, sollte eine Genossenschaft angestrebt werden, in die der Verein jederzeit als Vorgenossenschaft übergehen kann.

## 6. Genossenschaften

Im Genossenschaftsgesetz, § 1 Wesen der Genossenschaft, steht: *„Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern (Genossenschaften), erwerben die Rechte einer "eingetragenen Genossenschaft" nach Maßgabe dieses Gesetzes.*

Klaus Novy stellt 1985 resigniert fest: *„In der Geschichte der Arbeiterbewegung haben Selbsthilfeunternehmen eine große, von Historikern wie Ökonomen bis in die jüngste Zeit fast völlig vernachlässigte Rolle gespielt. Was für die Fachwissenschaft gilt, trifft für eine breitere Öffentlichkeit allemal zu.*

*Wer, außer wenigen Spezialisten, weiß, daß in der Programmatik der frühen Arbeiterbewegung genossenschaftliche Selbsthilfeunternehmen einen höheren Stellenwert besaßen als etwa die gewerkschaftliche Organisation? Nur wenig bekannter dürfte die Tatsache sein, daß die mit der Arbeiterbewegung eng verbundene konsumgenossenschaftliche Bewegung bereits um die Jahrhundertwende eine Massenorganisation mit mehr als einer Million Mitgliedern bildete. Konsumvereine erfassten in der Weimarer Republik, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, annähernd vier Millionen Haushalte, während es alle drei großen Gewerkschaftsverbände zusammen gerade auf knapp sechs Millionen Mitglieder brachten.“<sup>103</sup>*

Die Geburtsstunde der Solidarische Ökonomie im engeren Sinne schlug in England mit der Gründung der Konsumgenossenschaft der Redlichen Pioniere von Rochdale (Rochdale Society of

---

103 Klaus Novy, Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft - Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985a. <http://www.utopie1.de/novy/>

Equitable Pioneers) am 28. Oktober 1844. Die Gründer, 28 Weber, waren Chartisten, 6 von ihnen hatten bei den gescheiterten Versuchen von Robert Owens kommunistischen Siedlungen mitgewirkt und versuchten auf realistischerer Grundlage einen Neuanfang. Die Chartistenbewegung, die von 1836 bis 1848 in England bestand, war die erste sozialistische Vereinigung, die in teilweise blutigen Kämpfen versucht hatte, die politische Macht durch die Arbeiter zu erringen. Diese Niederlagen nahmen sie zum Anlass, andere Formen der Selbsthilfe zur Verbesserung ihrer Lage zu erproben.

In Deutschland erfolgten nach diesem Modell bereits ab 1845 erste Gründungen von Konsumgenossenschaften und trotz aller Behinderungen im vorletzten und letzten Jahrhundert waren sie als „Dritte Säule der Arbeiterbewegung“ auch hier sehr erfolgreich.<sup>104,105</sup>

Unabhängig von der Lösung ökonomischer Probleme standen auch Qualitätsfragen im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Die Lebensmittelfuschereien zur Zeit der Gründung der Konsumgenossenschaften bestanden beispielsweise darin, dass Mehl mit Gips gestreckt, Brot mit Sägemehl verlängert, Milch mit Wasser gepanscht, Kaffee mit Sand gestreckt, Fisch mit Rindsblut aufgefrischt, Nudeln mit Urin gefärbt, Schokolade aus Hammelfett hergestellt wurde etc. Heute stehen diesen Manipulationen GenFood, Rückstände und Zusatzstoffe in Lebensmitteln etc. gegenüber. Diese ökonomischen und Qualitätsprobleme nahmen die Bürger zum Anlass, Genossenschaften mit entsprechenden Prinzipien und geeigneter Organisations- und Entscheidungsstruktur zu gründen, die sich mit der Zeit in verschiedenen Ausprägungen manifestierten.

---

104 Erwin Hasselmann: Geschichte der Deutschen Konsumgenossenschaften, COOP Verlag GmbH, Hamburg, 1971.

105 Wolfgang Fabricius: Genossenschaften. 01.02.2006.

<http://www.gesundheitsladen-berlin.de/Genossenschaften/Genossenschaften.pdf>

## **6.1. Genossenschaftsprinzipien**

Wesentlich für Erfolg und Misserfolg von Genossenschaften war die Einhaltung oder Nichteinhaltung folgender Prinzipien der Rochdaler Pioniere:

### **6.1.1. Das Identitätsprinzip**

Die Genossenschaft vereint jeweils zwei durch den Markt getrennte ökonomische Rollen des Bürgers - als Konsument und als Produzent - in einer Organisation. Verbraucher werden so ihr eigener Einzelhändler, später Großhändler, Kreditgeber und schließlich Produzent. In Wohnungsbaugenossenschaften werden Mieter ihr eigener Vermieter und schließlich ihr eigener Bauherr. In Genossenschaftsbanken werden die Schuldner zum eigenen Gläubiger. Die Produktivgenossenschaften erfüllen dieses wichtigste Prinzip der Verbraucher-/Reproduktionsgenossenschaften nicht.

### **6.1.2. Das Demokratieprinzip**

Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Geschäftsanteile. Allerdings wurde dieses Prinzip mit der letzten Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006) durch die Möglichkeit eines Mehrstimmrechtes für Investoren durchlöchert.

Anders als auf der politischen Ebene galt in den Genossenschaften seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Männer und Frauen. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Historische und aktuelle Beispiele zeigen allerdings, dass praktische Demokratie auch in den Genossenschaften wesentlich von der politischen Kultur der Mitglieder und Funktionäre abhängt.

### **6.1.3. Das Förderprinzip**

Die Genossenschaft dient als freiwilliger Zusammenschluss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Förderung ihrer Mitglieder. Daher war für Genossenschaften früher das reine Mitglieder-geschäft bindend. Da dies für Produktivgenossenschaften nicht einzuhalten war, ist es in der BRD 1952 aufgehoben worden. Schwerpunkte des Förderprinzips liegen auf wirtschaftlichem, sozialen und kulturellen Gebiet.

Volkswirtschaftliche Bedeutung hatten die Reproduktionsgenossenschaften durch niedrige Preise für Produkte, Wohnraum, Darlehen und Dienstleistungen aller Art, die die Preisgestaltung anderer Anbieter stark beeinflusst haben.

### **6.1.4. Die Rückvergütung**

Die Genossenschaft kann ihre Produkte nicht zum Selbstkostenpreis abgeben, da sie Investitionen in den weiteren Ausbau oder für zusätzliche Leistungen tätigen muss. Auch unsichere Preisentwicklungen müssen berücksichtigt werden. Die nach Abzug der beschlossenen Ausgaben (Investitionen, Gehälter etc.) am Jahresende erzielten Überschüsse werden an die Mitglieder, nicht jedoch wie bei Kapitalgesellschaften, nach der Höhe der Einlagen, sondern in Höhe der getätigten Einkäufe bzw. nach der Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen, verteilt. Damit erhalten z.B. Familien mit Kindern eine höhere Rückvergütung als Alleinstehende.

### **6.1.5. Beschränkte Kapitalverzinsung**

Das genossenschaftliche Grundkapital, das von allen Mitgliedern

in Form von Geschäftsanteilen aufgebracht wird, darf allenfalls beschränkt verzinst werden. Unkritisch wäre z.B. eine der Inflationsrate entsprechende Verzinsung.

### **6.1.6. Bildungsarbeit**

Die Bildungsarbeit diene in erster Linie dazu, den Mitgliedern die Kenntnisse zu vermitteln, die sie zu wertvollen Mitarbeitern für die Genossenschaftsbewegung machen sollte. In England stand aus politischen Gründen die allgemeine Schulbildung im Vordergrund.

### **6.1.7. Politische und konfessionelle Neutralität**

In England war im Wesentlichen religiöse Neutralität gemeint, in Deutschland wollte man in der Kaiserzeit nicht in politische Auseinandersetzungen hineingezogen werden.

## 6.2. Organisations- und Entscheidungsstruktur

Die Struktur der Genossenschaft wurde in einem ersten Genossenschaftsgesetz fixiert, das 1867 auf Betreiben des Abgeordneten der liberalen Fortschrittspartei Schulze-Delitzsch zur Absicherung dieser Selbsthilfevereinigungen von der preußischen Nationalversammlung verabschiedet wurde. 1889 wurde dieses Gesetz Reichsgesetz und enthielt zusätzlich eine Haftungsbeschränkung für die Mitglieder.

Die Genossenschaftsstruktur ist prinzipiell eine Erweiterung der Vereinsstruktur. Zusätzlich zu einer Mitgliederversammlung (die früher Generalversammlung genannt wurde), und einem Vorstand wurde als ständige Vertretung der Mitglieder zur Kontrolle des geschäftsführenden Vorstands ein Aufsichtsrat installiert. Als weiteres Kontrollorgan wurden Genossenschaftsverbände als Vereine eingerichtet, in denen die eingetragene Genossenschaft nach einer Gründungsprüfung durch diesen Verband Mitglied wird.

Da anfangs für alle Mitglieder Anwesenheitspflicht in den General-/Mitgliederversammlungen bestand, wurden die zur Verfügung stehenden Versammlungsräume zu klein. Eine Genossenschaft konnte deshalb ab 1500 Mitgliedern eine Vertreterversammlung einrichten, die die Mitgliederversammlung ablöste.

Allerdings sind die Erfahrungen mit der Vertreterversammlung nicht durchweg gut. Burchard Bösche, der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften äußert deshalb in Reformüberlegungen zum Genossenschaftsgesetz: *„Wenn es schon in der Gründungsphase richtig eingefädelt wird, ist es tatsächlich möglich, dass eine bestimmte Gruppe sich von vornherein als Vertreterversammlung konstituiert. Diese Gruppe kann sich so abschotten, dass später hinzukommende Mitglieder praktisch keine Chance mehr haben, auf die Geschäftsleitung*

*Einfluss auszuüben.*

*Das bedeutet, dass wir im Gesetz Eckpunkte brauchen bezüglich des Wahlrechts für die Vertreterversammlung. Die Rechte des Mitglieds einer Genossenschaft, die ja nun gerade diesen persönlichen Bezug hat, dürfen nicht schlechter sein als die eines Kleinaktionärs einer Aktiengesellschaft. Und das heißt konkret, dass das Mitglied auch auf der Vertreterversammlung ein Rederecht haben muss und dass ein geordnetes Verfahren vorhanden sein muss, um gegebenenfalls wieder zur Generalversammlung zurückzukehren.* <sup>106</sup>

Das Genossenschaftsgesetz musste viele Novellierungen über sich ergehen lassen, die in der Regel die Tendenz hatten, das Genossenschaftsgesetz dem Aktiengesellschaftsgesetz anzunähern. Dazu Bösche: *„Manche Diskussionsbeiträge in der Novellierungsdebatte scheinen darauf abzuzielen, die gesetzlichen Regelungen für die Genossenschaften an diejenigen der Kapitalgesellschaften anzugleichen. Die Genossenschaft darf jedoch nicht zu einer zweiten GmbH werden. Genau diese Punkte sind das wesentliche, worum es in der Diskussion über die Genossenschaften geht. Sie machen deutlich, was die Rechtsform der Genossenschaft ausmacht. Dieses spezielle Leitbild darf nicht aus den Augen verloren werden und muss als Kern des Genossenschaftsgesetzes bestehen bleiben.* <sup>107</sup>

Auch die Novellierung vom 18. August 2006 hat die Tendenz, dem Aktiengesellschaftsgesetz wieder ein Stück näher zu rücken.

Das Vorgehen der Ministerialbürokratie zur Durchsetzung dieser Novellierung wird von Sigurd Schulze sehr anschaulich dargestellt: *„Eine Befragung der Genoss/innen und ihrer Vertreter wur-*

---

106 Burchard Bösche: Reformüberlegungen zum Genossenschaftsrecht aus der Sicht des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK). <http://www.zdk-hamburg.de/download/Genossenschaftsreform.pdf>

107 B. Bösche: a.a.O.

*de überhaupt nicht ins Kalkül gezogen. Zu Stellungnahmen bis zum 12.12.2005 wurden nur Ministerien und Verbände aufgefordert. Fragt man Verbandsfunktionäre der Wohnungswirtschaft, verweisen die auf Bundesarbeitsgemeinschaften und Fachgremien. Die aber bestehen auch lediglich aus Funktionären. Einen Mechanismus zur Einbeziehung von Genossenschaftsmitgliedern gibt es nicht. Schönster Witz: Auf dem 5. Genossenschaftskongress im September stand der Referentenentwurf zwar auf der Tagesordnung, musste aber wegfallen, weil er wegen Erkrankung der Regierungsdirektorin Ute Höhfeld nicht fertig geworden war. Im Übrigen wird der Vorgang von den Ministerialen wie ein Geheimnis behandelt. Die 20 Millionen Mitglieder der unterschiedlichsten Genossenschaften in der BRD wurden gar nicht informiert.“<sup>108</sup>*

Kommentare zu dieser Novellierung des Genossenschaftsgesetzes werden titulierte mit:

- Genossenschaftsreform – kein Bedarf
- Ein Gespenst geht um
- Gefahr für die repräsentative Demokratie
- Endlich ist ein Genosse kein Genosse mehr
- Versuche zur Demokratisierung der Genossenschaften erfolgreich verhindert
- Weg frei für Manager
- Instrumente aus der Schreckenskammer der Europäischen Genossenschaft etc.

Die zu verzeichnenden Vorteile betreffen im Wesentlichen die Produktivgenossenschaften, die allerdings durch einige dieser Veränderungen in noch heiklere Situationen als bisher kommen können. Für Reproduktionsgenossenschaften entstehen fast nur Gefahren und Nachteile. Wenn ein Teil dieser Neuerungen dieses Mal zum Teil zwar noch Kannvorschriften sind, wird befürchtet,

---

108 Sigurd Schulze: Endlich ist der „Genosse“ kein Genosse mehr.  
<http://www.bmgev.de/themen/genossenschaften/40genossenschaftsreform-lau1.html>

dass sie mit der nächsten Novellierung bindend werden.

Einige positive Neuerungen sind:

- Der Förderzweck wird ausgedehnt: auch *kulturelle und soziale Belange* können nun genossenschaftliche Zusammenschlüsse begründen, etwa Kindergärten, Pflegeeinrichtungen, kulturelle Einrichtungen.
- Satzungsänderungen für die eine  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich ist, können nicht mehr durch eine Vertreterversammlung vorgenommen werden.
- Mit dem neuen Gesetz werden Sachgründungen (etwa das Einbringen einer EDV-Anlage) zugelassen.
- Stimmrecht auf der General-/Mitgliederversammlung kann auch schriftlich oder elektronisch ausgeübt werden.
- Protokolle von Vorstandssitzungen und Vertreterversammlungen können von Mitgliedern eingesehen werden.

Für Reproduktionsgenossenschaften negative Punkte sind u.a.:

- Zulassung juristischer Personen als investierende Mitglieder. Diese Mitglieder können Banken und Finanzdienstleister, Bau- und Beratungsfirmen, Anwaltskanzleien, Ingenieurbüros, Aktiengesellschaften, Gemeinden und Gebietskörperschaften sein. Sie dürfen sich z.B. durch ihren Geschäftsführer, der nicht Mitglied der Genossenschaft sein muss, vertreten lassen, der dann in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder die Vertreterversammlung gewählt werden kann.
- Das Demokratieprinzip: Ein Mitglied = eine Stimme, eines der ursprünglichsten Prinzipien der Genossenschaften, ist aufgehoben, indem investierende Mitglieder (IM) Mehrstimmrechte erhalten können.
- bereits 3 statt wie bisher (und in Vereinen noch übliche) 7 Personen können eine Genossenschaft gründen.
- Der Vorstand muss nicht mehr von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt werden, sondern kann vom Aufsichtsrat eingesetzt werden.

- Genossenschaften mit bis zu 20 Mitgliedern müssen nicht wie bisher zwei Vorstands- und drei Aufsichtsratsmitglieder haben, sondern nur *ein* Vorstandsmitglied und auf einen Aufsichtsrat kann verzichtet werden.
- § 68 reguliert den Ausschluss eines Mitglieds: Dem Mitglied, das z.B. als Hartz IV-Empfänger eventuell Mietrückstände hat, muss nur ein eingeschriebener Brief zugesandt werden, obwohl Gerichte Ausschlüsse bisher abgelehnt haben, wenn dem Delinquenten vorher keine Abmahnung erteilt wurde.
- Genossenschaftsanteile sollen künftig als Fremdkapital ausgewiesen werden, da sie kündbar sind. Da ein Mindestkapital vorgeschrieben ist, kann für ausscheidende Mitglieder der Anspruch auf Auszahlung ihrer Geschäftsanteile verloren gehen.
- Erlaubnis für den Prüfverband, im Einzelfall auch externe Prüfer (z.B. Steuerberater) einzusetzen.

Wünsche von Genossenschaftsmitgliedern, die nicht realisiert wurden, sind beispielsweise:

- Aushändigung eines Mitgliederverzeichnisses, um leichter oppositionelle Mitgliederversammlungen einberufen zu können. Auf Antrag darf das Mitglied nur den es selbst betreffenden Eintrag im Verzeichnis einsehen.
- Um leichter Versammlungen gegen Beschlüsse von Vertreterversammlungen oder auch zur Abschaffung der Vertreterversammlung einberufen zu können, sollten die erforderlichen Unterschriften nur noch von maximal 150 Mitgliedern erforderlich sein.

Offensichtlich sollen die Genossenschaften durch diese Novellierung weiter zur völligen Beliebigkeit degenerieren. Im Interesse der profitorientierten neoliberal gesinnten Besitzenden wird die Gefahr der wirtschaftlichen Selbsthilfe und Solidargemeinschaft der Besitzlosen, die Renditebestrebungen mittels Genossenschaften verhindern wollen, endgültig beseitigt. Die ursprüngliche

Intention, von Genossenschaften, das Identitätsprinzip: Konsument = Produzent gerät ein weiteres Stück in Vergessenheit.

Da die Interessen von Produktions- und Reproduktionsgenossenschaften offensichtlich z. T. sogar gegensätzlicher Natur sind, muss überlegt werden, ob es nicht sinnvoll wäre, zwei getrennte Gesetze zu verfassen.

Dass selbst sehr große Mitgliederorganisationen keine Genossenschaft sein müssen, um für ihre Mitglieder äußerst erfolgreich tätig sein zu können, zeigt uns z.B. der ADAC als einfacher eingetragener Verein, der allerdings für die Solidarische Ökonomie wesentliche Intentionen vermissen lässt.

## 6.3. Genossenschaftstypen

Im Laufe der 160 jährigen Existenz der Genossenschaften wurde das ursprüngliche Modell der Redlichen Pioniere von Rochdale vielfach modifiziert. Auch der Neoliberalismus hat in die Genossenschaftsstrategien Einzug gehalten. Wieweit es sich dabei um systematische Diversifikationsstrategien handelt, um generell die Genossenschaftsidee zu diskreditieren, kann nur vermutet werden. Viele verbissen in immer wieder gleicher Form stattfindende Genossenschaftsgründungen, die erfolglos enden, erwecken zumindest gelegentlich den Eindruck bewusst induzierter falscher Strategie, die allerdings auf ein wenig oder gar nicht ausgereiftes Wissen um den eigentlichen Sinn von Genossenschaften schließen lassen. Die Genossenschaftstypen sind nämlich sehr unterschiedlich abhängig von ihrer politischen Umgebung.

Im vorletzten Jahrhundert unterschied man folgende Genossenschaftstypen:

- Konsumgenossenschaften (Eduard Pfeiffer<sup>109</sup>)
- Wohnungsgenossenschaften (Victor Aimé Huber<sup>110</sup>)
- Handwerkergenossenschaften (Hermann Schulze-Delitzsch)
- Landwirtschaftliche Genossenschaften (Friedrich-Wilhelm Raiffeisen)
- Genossenschaftsbanken (G. S. Liedtke)
- Produktivgenossenschaften (Ferdinand Lassalle)

Im letzten Jahrhundert kamen folgende Typen hinzu:

- Einkaufsgenossenschaften
- Wassergenossenschaften
- Energiegenossenschaften
- Verkehrsgenossenschaften

---

109 Eduard Pfeiffer: Über Genossenschaftswesen. Was ist der Arbeiterstand in der heutigen Gesellschaft? Leipzig 1863.

110 Victor Aimé Huber: Die Selbsthülfe der arbeitenden Klasse durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung, 1848 (anonym)

## ● Soziale Genossenschaften

Als Genossenschaften werden Unternehmen bezeichnet, die sowohl auf der Nachfrageseite des kapitalistischen Marktes, als auch auf der Anbieterseite angesiedelt sein können. Erstere sollen hier - als Selbsthilfeeinrichtungen der Verbraucher - Reproduktionsgenossenschaften genannt werden. Sie betreiben ein ausschließliches oder vorzugsweise Mitgliedergeschäft. Hierzu zählen im Wesentlichen die Konsumgenossenschaften, die Wohnungsgenossenschaften, Energiegenossenschaften, die Wassergenossenschaften und die Genossenschaftsbanken.

Letztere werden als Einrichtungen der Erwerbstätigen in diesem Text als Produktionsgenossenschaften bezeichnet. Sie betreiben ein ausschließliches oder vorzugsweise Nichtmitgliedergeschäft. Zu ihnen zählen beispielsweise die Handwerker-genossenschaften, die Landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Einkaufsgenossenschaften, die Verkehrsgenossenschaften und die Sozialen Genossenschaften.

### **6.3.1. Konsumgenossenschaften**

Konsumgenossenschaften sind Genossenschaften von Konsumenten und auf der Nachfrageseite, also diesseits des kapitalistischen Marktes angesiedelt. Sie sind an der Reproduktion von Individuum und Gesellschaft interessiert und damit - im Gegensatz zu den betriebswirtschaftlich orientierten Produktionsgenossenschaften - volkswirtschaftlich orientiert.

Sie haben sich über erste Dienstleistungen der Verteilung von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs hinweg sehr bald in den Großhandel und die Produktion von landwirtschaftlichen und handwerklichen Gütern hineinentwickelt. Später kamen weitere Bereiche wie Bedarfsgegenstände, Fahrräder etc.

hinzu.

Als Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit werden sie im Kapitel Reproduktionsgenossenschaften detaillierter abgehandelt.

### **6.3.2. Wohnungsgenossenschaften**

Sie entsprechen ebenfalls dem Urtyp der Verbraucher-/Reproduktionsgenossenschaften. In der Wohnungsbaugenossenschaft werden die Mieter zu ihrem eigenen Vermieter und schließlich ihr eigener Bauherr. Victor Aimé Huber propagierte den ersten genossenschaftlichen Wohnungsbau für Arbeiter.

Die Bedeutung von Wohnungsgenossenschaften ist wegen der Privatisierungen städtischen Wohnraums aktuell wieder erheblich gestiegen.

Hervorzuheben ist deshalb beispielsweise die als „Flensburger Weg“ bezeichnete „Privatisierung“: 4800 Wohnungen der Stadt Flensburg, in denen gut 13.000 Menschen wohnen, werden für rund 115 Millionen Euro an den Selbsthilfe-Bauverein eG (SBV) verkauft. Den Mietern entstanden aus dem Verkauf keine Nachteile oder Risiken, im Gegenteil: für alle Beteiligten ist die Privatisierung ein Gewinn, weil sie als Miteigentümer Wohneigentum erworben haben. Die Miete ist jetzt Tilgung. Dieser Verkauf verlief deshalb völlig unspektakulär und zu aller Zufriedenheit.

In Berlin wurden dagegen 2004 65.000 Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaft GSW für 2 Milliarden Euro an den amerikanischen Rentenfonds Cerberus verkauft. Das sind etwa 30.000 Euro pro Wohneinheit. Wenn diese Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten worden wären, hätte selbst ein Harz IV-Empfänger mit seinen 360 Euro Wohngeld pro Monat (2/3 Schuldendienst, 1/3 Betriebskosten, Renovierung, Instandhaltung)

diese Summe bei 5%-iger Verzinsung nach spätestens 15 Jahren getilgt. Nach dieser Zeit hätte der Senat dann die Wohngeldzahlungen um 2/3 reduzieren und damit Steuergelder sparen können. Das dürfte selbst für den Bund der Steuerzahler relevant sein. So aber fließt dieses Geld jetzt in amerikanische Rentenkassen und ist für die Bürger und „ihre“ Stadt für immer verloren.

Der Verkauf der restlichen 277.000 Wohnungen des Berliner Senats soll für 5 Milliarden Euro erfolgen, das sind pro Wohneinheit nur 18.000 Euro. Die Tilgung dieser Wohnungen wäre einem Hartz IV-Empfänger schon nach 8 Jahren möglich.

### **6.3.3. Wassergenossenschaften**

Die älteste und größte Wassergenossenschaft in Deutschland ist die Emschergenossenschaft<sup>111</sup>, die erste in den Neuen Bundesländern die Wassergenossenschaft Hartau und die erste in Deutschland, die gegen einen globalen Investor gegründet wurde, ist die Wasser-Genossenschaft Ellerhoop.

- Die Emschergenossenschaft wurde am 14. Dezember 1899 als erster deutscher Wasserwirtschaftsverband in Bochum gegründet. Dieses Modell stand Pate für eine ganze Reihe weiterer Wasserverbände; darunter den am 18. Januar 1926 gegründeten Lippeverband. Emschergenossenschaft und Lippeverband haben von Anfang an eng kooperiert und arbeiten unter dem Dach einer einheitlichen Unternehmensstruktur zusammen.

Als selbstverwaltete Körperschaften des öffentlichen Rechts werden die beiden Verbände durch ihre Mitglieder - Städte, Wirtschaft und Bergbau - getragen und finanziert. Über die jährlichen Versammlungen und die Verbandsräte

---

111 Emschergenossenschaft: [http://www.eglv.de/index\\_frs.html](http://www.eglv.de/index_frs.html)

wirken die Mitglieder bei der Meinungsbildung und den Entscheidungen mit.

- Zur Wassergenossenschaft Hartau schreibt Werner Rügemer sehr eindrucksvoll:<sup>112</sup> *„Eine weitere privatrechtliche Form der kommunalen und regionalen Daseinsvorsorge ist die Genossenschaft. Sie würde es verdienen, ernsthafter in Erwägung gezogen zu werden als bisher. Die Rechtsform ist privat, aber nicht privatistisch und eben nicht profitorientiert. Da hat man es gleich mal nicht so leicht.*

*Die Gemeinde Hartau mit 630 Einwohnern und 250 Haushalten regelt die Trinkwasserversorgung durch ihre Wassergenossenschaft. Nach der „Wende“ sanierten sie auf diesem Wege auch ihr Abwassernetz. Jedes Mitglied – 95 Prozent der Grundstückseigentümer sind Wasser-Genossen – zahlte einen Anteil von 4.800 Mark ein. Damit wurden die Ortskanalisation und zwei Bio-Kläranlagen gebaut und Pumpen bezahlt. Deshalb mussten die Hartauer keine Anschlussbeiträge entrichten. Die Genossenschaft schloss mit der Gemeinde Hartau, die Mitglied im „Abwasserzweckverband Untere Mandau“ ist, einen Abwasser-Entsorgungs-Vertrag über die Reinigung ihres restlichen Abwassers in der Kläranlage von Zittau. Dafür zahlt sie die satzungsgemäße Gebühr wie andere Mitgliedsgemeinden auch. Seit 1995 gab es für die Genossenschaftsmitglieder keine Preiserhöhung.*

*So weit, so gut. Doch zum 1. Januar 1999 wurde Hartau nach Zittau zwangseingemeindet. Damit gilt auch die Abwassersatzung der Stadt Zittau – das meinen jedenfalls eine ebenso seltsame wie knappe Mehrheit von CDU und*

---

112 Werner Rügemer: Beispiel Hartau - Eine Wasser-Genossenschaft kämpft um ihr Konzept. In: Wie Privatisierer die kommunalen Kassen plündern. Humanwirtschaft 4/2003 [www.zeitschrift-humanwirtschaft.de/pdf\\_z/ruegemer\\_privatisierer.pdf](http://www.zeitschrift-humanwirtschaft.de/pdf_z/ruegemer_privatisierer.pdf)

*PDS im Zittauer Rathaus. Sie argumentiert, es dürfe keine Ungleichbehandlung geben, es dürfe nur eine einzige Satzung gelten. Deshalb beschloss sie im August 2001, der Wassergenossenschaft Hartau die Abwasserentsorgung zu entziehen.*

*Sollte der Zittauer Plan realisiert werden, müssten die Hartauer Anschlussbeiträge bezahlen, obwohl sie ihre Anlagen, die ja tatsächlich ihre eigenen sind, schon bezahlt haben. Es drohen Anschlussbeiträge bis zu 6.000 Euro.*

*Warum das alles? Offensichtlich geht es der Ratsmehrheit um eine „Grundsatzfrage“, hinter der sich andere Interessen verbergen: Die erfolgreiche Wassergenossenschaft Hartau könnte ein alternatives Modell für weitere ländliche Gebiete darstellen. Großinvestoren hätten hier keine Chance.“*

- *Ellerhoop berichtet über sich: „Ellerhoop sollte von einem überregionalen Wasserversorger mit Trinkwasser versorgt werden. Das würde für uns in eine Katastrophe ausarten, wobei wir doch selbst über erstklassiges Trinkwasser verfügen.*

*Warum sollten wir Trinkwasser von einem überregionalen Wasserversorger zurück kaufen, welches er bei uns fördert? Er mixt sein Wasser minderer Qualität mit unserem, damit er unter die Grenzwerte kommt. Als Dank dafür hätten wir dann höhere Wasserpreise zu zahlen? Das mussten wir uns nicht antun.*

*In zwei anschließend herbeigeführten Bürgerentscheiden hat sich jeweils die Mehrzahl der (ca. 1.300) Einwohner gegen einen überregionalen Wasserversorger ausgesprochen. Sie alle wollten unsere eigene Trinkwasserversorgung erhalten.*

*Aus dieser Not heraus kam einem unserer Mitbürger der glorreiche Gedanke: Warum versorgen wir uns nicht selbst mit Trinkwasser? Wir gründen eine Wassergenossenschaft, damit könnte eine eigene Trinkwasserversorgung zu realisieren sein. ... Im Juni 2003 wurde die Wasser-Genossenschaft Ellerhoop eG gegründet.*

*Die Mühe hat sich gelohnt. Bei der letzten kreisweiten Trinkwasseranalyse im April 2005 lagen wir mit unserer Trinkwasserqualität mit in der Spitzengruppe der Trinkwasserversorger.*

- Für den Rückkauf der Berliner Wasserwerke hat der Autor ein Genossenschaftskonzept verfasst: Das Land Berlin hat 1999 die Wasserwerke zu 49,9% für 1,687 Milliarden Euro an RWE und Veolia verkauft. Etwa 70% des Wassers werden von den Privathaushalten verbraucht. Bei einer Einwohnerzahl von etwa 3,4 Mio. bzw. 1,878 Mio. Haushalten und einem Rückkaufpreis von 70% dieser 1,687 Mrd. Euro würden auf jeden Haushalt etwa 630 Euro entfallen. Falls ein Darlehen aufgenommen werden müsste, würde bei einer Verzinsung von 5% pro Jahr jeder Haushalt monatlich über etwa 16 Jahre mit 5 Euro belastet werden, das wäre bereits jetzt schon weniger, als er als Rendite für die neuen Teileigentümer entrichten muss. Haushalte, die nicht Mitglied der Genossenschaft werden wollen, zahlen zwar auch 5 Euro monatlich, werden aber nicht Miteigentümer der Wasserbetriebe, können jedoch jederzeit die Mitgliedschaft erwerben.

### **6.3.4. Energiegenossenschaften**

In den letzten Jahren wurden wegen der Preispolitik der Großanbieter von verärgerten Verbrauchern mehrere Energiegenossen-

schaften gegründet, die sich auf den Einkauf bzw. die Produktion von Energie nach ökologischen Richtlinien konzentrieren. Es sind in der Regel Verbrauchergenossenschaften. Hier einige Beispiele:

- Greenpeace energy: Greenpeace rief 1998 die Initiative „Stromwechsel“ ins Leben. Dort konnten sich Verbraucher melden, die zu einem umweltfreundlichen Stromanbieter wechseln wollten. Während sich immer mehr Verbraucher bereit erklärten, den Stromanbieter zu wechseln, fand Greenpeace keinen Anbieter, der alle Kriterien erfüllte, welche die Umweltschutzorganisation aufstellte. Deshalb wurde 1999 die Greenpeace Energy eG gegründet, die einen Großteil des Stroms aus erneuerbaren Energien produziert. Die Bereiche Netzmanagement und Energieabrechnung werden nicht von Greenpeace Energy selbst, sondern von dessen Partnerunternehmen, den Stadtwerken Schwäbisch Hall, als Dienstleister übernommen.

Vorstand Robert Werner erläutert: *„Dass Greenpeace energy als Genossenschaft gegründet wurde, hat auch mit der Struktur der Energiewirtschaft in Deutschland zu tun. Das erste Problem im Strommarkt ist die Monopolsituation der Netzbetreiber, die zugleich den Strom produzieren .... das zweite Problem ist, dass sich bei Aktiengesellschaften – und die meisten Stromkonzerne sind Aktiengesellschaften – die Interessen der Anleger und Kunden widersprechen. Der Anleger, der Aktionär, der Eigentümer, will eine möglichst hohe Rendite. Dafür muss er hohe Preise vom Kunden verlangen. Der Kunde möchte niedrige Preise zahlen und in der Regel sauberen Strom beziehen.“*<sup>113</sup>

- Die Energiegenossenschaft Nordwest eG in Delmenhorst wurde 2005 gegründet. Ziel ist die Erdgasbelieferung der Mitglieder. Zur Zeit wird Heizöl gemeinsam bestellt.

---

113 Detlef Grumbach: Radiosendung „Engagierte Gemeinschaften“ im Deutschlandradio Kultur. taz, Berlin 2006.

- Die Gas- und Energiegenossenschaft Ost- und Mitteldeutschland eG, (GEG) in Möhlau, Sachsen-Anhalt, wurde 2006 in das Genossenschaftsregister eingetragen. Sie liefert ab 1.1.2008 Erdgas. Die GEG verhandelt zur Zeit mit dem Iran über Gaslieferungen, nachdem niemand in der Branche sie bisher ernst genommen hatte.<sup>114</sup>
- Die Energiegenossenschaft Weser Elbe eG in Bremerhaven wurde 2007 in das Genossenschaftsregister eingetragen. Sie betreut die Bereiche Strom, Gas, Öl, Holz und Pellets. Es gibt auch eine Tankkarte, mit der vergünstigt getankt werden kann. Es wird mit einer Bankengruppe verhandelt, um den Mitgliedern Hypothekendarlehen für Neubau und Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser anbieten zu können. Für die Mitglieder werden zu Sonderkonditionen Wärmebildkamera-Aufnahmen erstellt.
- Die Energiegenossenschaft Rhein-Ruhr in Oberhausen wurde 2007 gegründet. Sie wird 2008 Gas oder Strom liefern.
- Die Energiehaus Dresden eG wurde 2007 gegründet. Sie will ihren Mitgliedern Gas und Strom liefern.

### **6.3.5. Genossenschaftsbanken**

Ende 2004 gab es in Deutschland 1.335 Genossenschaftsbanken mit 16 Millionen Mitgliedern, das sind über zwei Drittel der Genossenschaftsmitglieder in Deutschland und der Zustrom ist ungebrochen. So hat beispielsweise die Sparda-Bank eG bis zu 150.000 Neumitglieder pro Jahr.

---

114 Max Borowski: Herr Schmidt, die Mullahs und das Gas.  
<http://www.ftd.de/politik/international/353765.html?mode=print>

Im Idealfall werden in Genossenschaftsbanken die Schuldner zum eigenen Gläubiger. Auch sie können deshalb zu den Verbraucher-/Reproduktionsgenossenschaften gezählt werden, obwohl sie sich teilweise sehr weitgehend von den ursprünglichen Genossenschaftsprinzipien entfernt und den konventionellen Banken genähert haben. Immerhin sind aber zur Verärgerung von Henrik Müller, Redakteur des manager-magazins, in Deutschland die Zinsen deshalb so niedrig, weil u.a. die Genossenschaftsbanken keine Profite machen würden. Sie haben also damit nicht nur eine individuelle, sondern auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung.

### **6.3.6. Handwerksgenossenschaften**

Handwerksgenossenschaften wurden von Schulze-Delitzsch zur Erhaltung des Handwerks gefordert. Sie wurden hauptsächlich als Einkaufsgenossenschaften (s.u.) betrieben, über die sich Handwerker billiger mit Material und Geräten ausstatten konnten. Sie sind in diesen Bereichen mehr oder weniger erfolgreich. Zu berücksichtigen ist, dass die Wertschöpfungsketten kurz sind und die Handwerker in der Regel dem Nutzer vor Ort direkt begegnen müssen, sie also lokal und sehr anwendernah angesiedelt sind.

### **6.3.7. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) und Winzergenossenschaften**

Friedrich Wilhelm Raiffeisen verwirklichte den Genossenschaftsgedanken in landwirtschaftlichen Betrieben. Auch hier sind die Wertschöpfungsketten kurz. Oft handelt es sich auch nur um Maschinenringe zur gemeinsamen Nutzung hochwertiger Pflanz- und Erntegeräte. Auch die gemeinsame Vermarktung bietet Weinbauern offensichtlich Vorteile.

Nachdem die EU den Mansholt-Plan gegen die sehr triftigen

Argumente Hermann Priebe<sup>115</sup> für bäuerliche Kleinbetriebe nicht durchsetzen konnte, wurden in der EU landwirtschaftliche Großbetriebe zunächst nur inoffiziellen aber immer üppig gefördert.

In der DDR waren sie ein wesentlicher Bestandteil der Nahrungsmittelproduktion und erfuhren dort die volle staatliche Unterstützung. In den Anfangszeiten der Sowjetunion wurden sie von Lenin auch zur Enteignung von privaten Bauernhöfen errichtet.<sup>116</sup>

### **6.3.8. Einkaufsgenossenschaften**

Hauptsächlich im Handwerksbereich gründete, abweichend vom Konzept der Rochdaler Pioniere, die sich als Gegengewicht gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung verstanden, der Jurist und Abgeordnete der preußischen Nationalversammlung Schulze-Delitzsch 1849 die ersten auf Selbsthilfe beruhenden Einkaufsgenossenschaften für Tischler und Schuhmacher, die durch Einrichtung gemeinsamer Einkaufs-, Kredit- und Absatzgenossenschaften für den freien Markt konkurrenzfähiger gemacht werden sollten.

Im Lebensmitteleinzelhandel schlossen sich die Geschäftsführer von Kleinbetrieben zu immer größeren Genossenschaften zusammen, um gemeinsam einkaufen zu können. Auf dem Markt sind sie in der Regel sehr erfolgreich (z.B. Edeka und REWE) während sich intern ihre Praktiken gegenüber Arbeitnehmer, Verbraucher und Lieferant aber kaum von denen anderer Lebensmitteleinzelhandelsketten unterscheiden.

Die Edeka-Gruppe ist seit 2005 durch die Übernahme der Spar Handels-AG der größte Verbund im deutschen Einzelhandel. Partner der Edeka-Gruppe sind Genossenschaften, in denen sich

---

115 Hermann Priebe: Die subventionierte Unvernunft. Siedler-Verlag Berlin 1985.

116 Wladimir I. Lenin: Über das Genossenschaftswesen. Prawda 1923

[http://www.mlwerke.de/le/le33/le33\\_453.htm](http://www.mlwerke.de/le/le33/le33_453.htm)

selbstständige Einzelhändler zusammengeschlossen haben.

Edeka ist z.B. mit einem Jahresumsatz von über 31 Mrd. Euro, über 8.500 Geschäften und etwa 220.000 Mitarbeitern der größte deutsche Einzelhandelskonzern. Edeka gehört den etwa 3800 selbständigen Edeka-Einzelhändlern. Edeka ist zumindest nicht an der Börse notiert und muss daher keine hohen Renditeerwartungen seitens der Anleger erfüllen. Die Mitglieder und Eigentümer der Genossenschaft erwarten lediglich, daß sie mit ihren Läden ein Auskommen haben. Ihre Renditeansprüche sind mit zwei oder drei Prozent vergleichsweise gering. Edeka hat Spar und zum Teil Netto übernommen. Spar ist mit etwa 2000 selbständigen Einzelhändlern vorwiegend im Norden vertreten. Netto Süd betreibt im Süden Deutschlands derzeit 1050 Standorte. Durch die Übernahme wuchs der Umsatz von Edeka auf 37 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Rewe Group (Akronym für Revisionsverband der Westkauf-Genossenschaften) ist eine genossenschaftliche Handelsgruppe. Die Basis bilden selbstständige Einzelhändler. Im Geschäftsjahr 2006 wies Rewe im In- und Ausland einen Gesamtumsatz von ca. 43,4 Mrd. Euro aus, der von 268.907 Beschäftigten (davon 183.660 in Deutschland) in 11.948 Märkten mit einer Gesamtverkaufsfläche von ca. 10.293.000 m<sup>2</sup> erwirtschaftet wurde. Die Rewe Group ist nach eigenen Angaben der zweitgrößte Lebensmittelhändler in Deutschland und der drittgrößte Lebensmittelhändler in Europa.

Auch im Bereich der Internetserviceleistungen haben sich Einzelprovider wie beispielsweise „Die Internetspezialisten“ in Berlin und „Hostsharing“ in Hamburg zu Genossenschaften zusammengeschlossen, um bei Großanbietern von Internetdiensten günstiger einkaufen und intern die Leistungen flexibler unter den Mitgliedern verteilen zu können.

Einkaufsgenossenschaften stehen gewissermaßen zwischen den

Reproduktions- und Produktionsgenossenschaften. Sie können ökonomisch erfolgreich sein, verhalten sich aber nicht unbedingt solidarisch.

### **6.3.9. Produktionsgenossenschaften**

Produktions- oder auch Produktivgenossenschaften sind Genossenschaften von Produzenten, befinden sich also nicht auf der Nachfragerseite, also diesseits des kapitalistischen Marktes, sondern sind auf der Anbieterseite, jenseits dieses Marktes angesiedelt. Nachfrager und Anbieter bleiben also durch den Markt getrennt. Sie erfüllen damit das wichtigste Prinzip von Genossenschaften, das Identitätsprinzip, nicht und sind betriebswirtschaftlich orientiert. Sie werden auch zu den gewerblichen und Dienstleistungsgenossenschaften gezählt.

Wenn ausreichende externe Unterstützung erfolgt, ist die Organisationsform nachrangig, es können dann auch Produktionsgenossenschaften blühen und gedeihen. In den lateinamerikanischen Staaten erfahren z.B. die besetzten Betriebe, die zu Produktionsgenossenschaften umstrukturiert wurden, Unterstützung durch den Staat. Auch die EU unterstützt die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) wie alle landwirtschaftlichen Betriebe. Spezielle staatliche Unterstützung von Genossenschaften ist aber in kapitalistischen Staaten wegen der dadurch gegebenen Wettbewerbsverzerrung nach den Regeln der WTO unzulässig.

Mondragon produziert als Genossenschaft über Zulieferbetriebe in Marokko und China, die nicht genossenschaftlich organisiert sind und hat neben den Bereichen Produktion und Dienstleistungen über den Investmentbereich den größten Umsatz. Wird hier eventuell die Produktion über Zulieferbetriebe in Billiglohnländern und Investmentaktivitäten finanziert?

Ob jedes Projekt, das sich Genossenschaft nennt, die Prinzipien der wirtschaftlichen Selbsthilfe bzw. der Solidarischen Ökonomie erfüllt, ist deshalb fraglich.

Während Reproduktionsgenossenschaften von Verbrauchern gegründet werden, die für sich Dienstleistungen erbringen oder produzieren lassen wollen, produzieren Produktivgenossenschaften zuerst und suchen dann die Käufer auf dem kapitalistischen Markt. Sie sind damit allen Dumping-Techniken des kapitalistischen Marktes ausgesetzt und über kurz oder lang vom Scheitern bedroht.

Zu den Produktivgenossenschaften wurde von Franz Oppenheimer das nach ihm benannte Transformationsgesetz formuliert. Franz Oppenheimer (1864-1943), eine herausragende Persönlichkeit innerhalb der sozialen Bewegungen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, war ursprünglich praktischer Arzt im Berliner Wedding. Nach intensiver Beschäftigung mit sozialpolitischen Problemen und der wissenschaftlichen Sozialökonomie, die er mit journalistischer Tätigkeit finanzierte, wurde ihm der erste Soziologielehrstuhl in Deutschland an der Universität Frankfurt eingerichtet. Er war auch Doktorvater Ludwig Erhards.

Weil sie nicht wie die Reproduktionsgenossenschaften auf Mitgliederzuwachs und der damit erfolgenden Stabilisierung des Absatzes angelegt sind, waren Produktivgenossenschaften im Gegensatz zu den Reproduktionsgenossenschaften nach Oppenheimers Transformationsgesetz in zweierlei Hinsicht zur Schließung verurteilt:

1. Da sie sich auf dem profitorientierten Markt behaupten mussten, waren sie den immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wie jeder andere Betrieb unterworfen. Erschwerend kam die aufwendige Entscheidungsstruktur durch die verschiedenen Ebenen hinzu. In einer Wirtschaftskrise konnte sich die Geschäftsführung auch nicht

von ihren Mitarbeitern, die ja auch Mitglieder waren, trennen. Die Mitglieder aber hatten, da der Betrieb ihre einzige Einkommensquelle war, wenn sie „arbeitslos“ wurden, zusätzlich zum fehlenden Einkommen auch noch die Betriebskosten zu finanzieren und standen sich damit schlechter als die regulären Arbeitslosen. Sie mussten in fast allen Fällen nach relativ kurzer Zeit schließen.

2. Sollten sie eine Krise überlebt und endlich Geld in den Kassen haben, wollten sie dieses keinesfalls mit weiteren Mitgliedern teilen. Sie tendierten vielmehr dazu, sich gegenüber Neumitgliedern zu verschließen und lieber Angestellte zu beschäftigen, die sie heuern und feuern konnten. Sie mutierten damit zu einer konventionellen „Angestellten-Assoziation“ mit zwei unterschiedlichen Mitarbeitergruppen (Eigentümer und Angestellte) mit den entsprechenden Spannungen und Auseinandersetzungen.

Franz Oppenheimer untermalt dies mit einer Mitleid erweckenden Darstellung: *„Darum ist der Anfang der Produktivgenossenschaften stets ein äußerst kümmerlicher, sofern sie nicht durch Staatssubventionen oder private Unterstützung gegründet worden sind. Ein zugleich rührendes und ergreifendes Bild ist die durch Huber und Engländer bekannt gewordene Erzählung von den Pianoforte-Arbeitern in Paris, die nach Monate langem, unglaublichem Darben pro Mann 6 Frcs. 51 Cm. einnahmen, und den Überschuss über 5 Frcs. verwandten, um ein brüderliches Mahl zu feiern. "Man umarmte sich gegenseitig, man fühlte sich von den heiligen Gefühlen eines Priestertums der Arbeit beseelt". Der Mangel an Absatz ist eine Gefahr, der die Produktivgenossenschaften nicht weniger stark bedroht, als die Unternehmergeschäfte.“*<sup>117</sup>

---

117 Franz Oppenheimer: Das Transformationsgesetz. In: Burghard Flieger (Hrsg.) Produktivgenossenschaften – Oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung. AG SPAK Publikationen, Regenbogen-Buchvertrieb, Berlin 1984.

Auch Rosa Luxemburg äußert sich zu diesem Problem: „*Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d.h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustößen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst. ...*

*Daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie auf einem Umwege den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise aufhebt, indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. Als solches Hilfsmittel dient ihr eben der Konsumverein.*“<sup>118</sup>

---

118 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung, Leipzig 1899.

Schließlich kritisieren auch Irmtraud Schlosser und Bodo Zeuner die Produktivgenossenschaften: „Wenn ... nur einzelne Bäckereien (oder auch generell Betriebe, d.A.) in Belegschaftshand übergehen und sich dann, den Marktzwängen ausgesetzt und mit wenig Kapital ausgestattet, in der kapitalistischen Ökonomie mit einer prekären Randexistenz begnügen müssen, dann ist das nicht nur nicht revolutionär, sondern es untergräbt möglicherweise auch die reformistischen Errungenschaften der sozialen Mindestsicherung und der gewerkschaftlich erkämpften Mindestlöhne.“<sup>119</sup>

In der Nachkriegsgeschichte wurden auch in Europa immer wieder Betriebe von ihren Belegschaften besetzt, um die Arbeitsplätze zu retten. In der Regel waren diese Betriebe deshalb von Insolvenz bedroht, weil ihre Produkte auf dem Weltmarkt nicht mehr ausreichend attraktiv waren. Aus diesem Grund waren sie auch fast immer überschuldet. Normalerweise sind solche Betriebe mehr oder weniger heruntergewirtschaftet, es stehen insofern nach der Übernahme dringende Investitionen in Infrastruktur und Arbeitssicherheit an, die die Aufnahme von Krediten erfordern. Auch müssen bei der Legalisierung der Besetzung oft die Schulden der Vorgänger übernommen werden. Somit sind zwar die „globalen Profiteure“ direkt eliminiert, indirekt aber über den Schuldendienst noch vollkommen präsent. Mit dem Verbraucher haben diese Produktivgenossenschaften über den profitmaximierenden Markt nur indirekten Kontakt. Sie sind also, selbst wenn sie die Organisationsform (Produktiv-)Genossenschaft wählen, diesem Markt mit seinem Preisdumping bedingungslos ausgeliefert und landen sehr leicht in der Selbstaussbeutung.

Die selbstverwalteten Betriebe Südamerikas werden auf den Sozialforen auf allen globalen wie regionalen Ebenen engagiert diskutiert. Catia Cristina dos Santos Costa von der Brasilianischen

---

119 Irmtraud Schlosser /Bodo Zeuner: Gewerkschaften, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie. In: Elmar Altvater/Nicola Sekler (Hrsg.): Solidarische Ökonomie – Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. VSA-Verlag Hamburg, 2006.

ANTEAG hat das Hauptproblem der selbstverwalteten Betriebe Brasiliens, die sie betreut, sehr eindrucksvoll auf dem 1. Deutschen Sozialforum 2005 in Erfurt dargestellt: Mit den Jahren der Selbstverwaltung habe sich das Verhalten der Mitarbeiter zueinander, die innere Oberfläche der Betriebe, sehr positiv verändert, die äußere Oberfläche dagegen sei unverändert geblieben.

Dieses sehr anschauliche Bild kann wohl so interpretiert werden, dass sich der kapitalistische Markt, hinter dem sich der kapitalistische Konsument verbirgt, mit der Betriebsübernahme nicht verändern ließ. Aber wie erreicht man ihn, der sich jenseits von Markt und Staat befindet?

Um wenigsten die Verschuldung der besetzten Betriebe zu reduzieren, wurde der Referentin vom Autor die Frage gestellt, ob denn zur Reduzierung der finanziellen Probleme nicht die Bürger der Region mit Kleinkrediten herangezogen werden könnten. Ihre Antwort war, die Produktion der Betriebe, die in der Regel Zulieferbetriebe seien, wäre vollkommen auf den globalen Markt ausgerichtet und deshalb für die Anwohner vollkommen uninteressant.

Ferdinand Lassalle, der Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, einem Vorläufer der heutigen SPD, favorisierte allerdings - wie Marx und Engels - immer nur die Gründung von Produktivgenossenschaften. Möglicherweise betrachtete er die Konsumgenossenschaften wegen ihrer hohen Mitgliederzahlen als Konkurrenz zu seiner Partei.

### **6.3.10. Weitere Genossenschaftstypen**

Genossenschaftstypen wie Verkehrsgenossenschaften und Sozialgenossenschaften zählen zu den Dienstleistungsgenossenschaften, bieten keine zusätzlichen Besonderheiten und spielen zumindest zahlenmäßig in Deutschland keine entscheidende Rolle.

## 7. Reproduktionsgenossenschaften

*„Wie schon Marx und Engels (1847/48) im "Kommunistischen Manifest" herausstellten, beschränkte sich die Ausbeutung nicht auf den Bereich der Produktion: "Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt bekommt, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw."<sup>120</sup>. Und damit sind die Ansatzpunkte der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter auch schon genannt:*

- *Wohnungsbaugenossenschaften*
- *Konsumgenossenschaften*
- *Spar- und Kreditvereine, Hilfskassen.*

*In allen Fällen übernimmt die Gruppe der Mitglieder und Kunden als Gemeinschaft auch die andere Marktrolle: Vermieter und Mieter, Händler und Kunde, Kreditgeber und Kreditnehmer sind „eins“ (Identitätsprinzip).<sup>121</sup>*

Wegen der primären Bedeutung dieser Genossenschaften für die Reproduktion von Individuum und Gesellschaft werden sie hier Reproduktionsgenossenschaften genannt, wobei zu den Wohnungsgenossenschaften auch die Energie- und Wassergenossenschaften gerechnet werden können.

Marx und die Marxisten haben allerdings - bis auf die zitierte Passage im Kommunistischen Manifest - das Identitätsprinzip der Genossenschaftsbewegung in seiner Bedeutung nicht erkannt und sich in ihren politischen Konzepten und Strategien nicht auf die Reproduktion, sondern ausschließlich auf die Arbeitswelt und den Arbeitnehmer bezogen. Von Reproduktionsgenossenschaften

---

120 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei.

[http://www.mlwerke.de/me/me04/me04\\_459.htm#ZT22](http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#ZT22)

121 Klaus Novy, Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft - Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985a. <http://www.utopie1.de/novy/>

haben sie deshalb abgeraten.

Karl Marx schrieb beispielsweise 1866: *„Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher mit Produktivgenossenschaften als mit Konsumgenossenschaften zu befassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.“*<sup>122</sup>

Friedrich Engels äußert sich 1871 in gleicher Weise abfällig: *„Es ist notwendig, daß die italienischen Arbeiter erkennen, daß der große Verschwörer und Agitator Mazzini für sie nur einen Rat hat: Bildet euch, lernt so gut ihr könnt (als ob dies ohne Mittel geschehen könnte!) ... bemüht euch, soviel wie möglich Konsumgenossenschaften zu bilden (nicht einmal Produktivgenossenschaften!) - und vertraut auf die Zukunft!!!“*<sup>123</sup>

Auch Lassalle kommentierte verächtlich die Bedeutung von Wohnungsgenossenschaften: *„Was nützen unter heutigen Verhältnissen billige Arbeiterwohnungen? Nichts, als dass sie, wenn allgemein gewährt, den Lohn herabdrücken.“*

## 7.1. Erste Gründungen

*„Als Folge gescheiterter Arbeitskämpfe der Chartisten entwarfen 28 Weber, die "Redlichen Pioniere von Rochdale", im Jahr 1844 die Prinzipien und Grundsätze der ersten erfolgreichen Konsumgenossenschaft, die das Modell für die spätere Genossenschaftsbewegung in ganz Europa darstellte und eröffneten am 28. Oktober 1844 ihren ersten Laden. (Redliche Pioniere nannten sie sich, weil sie nicht wie frühere Genossenschaften Waren auf Kredit abgaben und dadurch zahlungsunfähig wurden bzw. wie die Einzel-*

---

122 Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, [http://www.mlwerke.de/me/me16/me16\\_190.htm](http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_190.htm)

123 Friedrich Engels: Das Auftreten Mazzinis gegen die Internationale. [http://www.mlwerke.de/me/me17/me17\\_390.htm](http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_390.htm)

*händler, die ihre Kunden durch Kredite bewußt zu weiteren Käufen in ihren Läden an sich banden.)<sup>124</sup>“*

Weil es in England den Bürgern ohne Schulabschluss nicht gestattet war zu wählen, war der Aufbau einer Konsumgenossenschaft nicht das alleinige Ziel der Rochdaler Weber. Die Konsumgenossenschaft sollte vielmehr die Grundlage für die Errichtung einer Vollgenossenschaft sein, die alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche der Beteiligten einbezieht. Durch die Selbstorganisation sollte die wirtschaftliche Abhängigkeit der Lohnabhängigen vom Prozess der Industrialisierung aufgehoben werden. Der Genossenschaftsgedanke war Träger einer erhofften umfassenden Wirtschafts- und Sozialreform.

Neben einer teilweisen Rückvergütung von Gewinnen beschlossen deshalb die Rochdaler Pioniere die Rücklage von Geldern für soziale und kulturelle Aufgaben und für den weiteren Ausbau ihres Unternehmens. Neben der Bildungsarbeit nahm man den Ankauf oder den Bau von eigenen Wohnhäusern für Mitglieder auf, ebenso die Herstellung eigener Produkte, um Handelsgewinne auszuschalten und erwerbslosen Mitgliedern Arbeitsplätze zu beschaffen.

Erst als die Mitgliederzahl 600 überstieg (1848) wurden die ersten Angestellten entlohnt. 1849 wurde ein Buch- und Zeitungsladen eingerichtet, 1850 eine Schule für Kinder und 1855 eine Schule für Erwachsene.

1850 erwarb man Anteile an einer Kornmühle und verteilte sie an 200 Mitglieder. Damit wurde die bisher eigenständige Produktivgenossenschaft zum Produktionsbetrieb der Konsumgenossenschaft, eine Baumwollspinnerei und -weberei, eine Schlachterei

---

124 Arno Mersmann: Wirtschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung als politische Bewegung. In: Klaus Novy, Bodo Hombach, Frank Karthaus, Ulrich Bimberg, Arno Mersmann, Albert Schepers (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985b.

etc. kamen in den nächsten Jahren hinzu. Die Arbeiter, die sich mit verfälschten Produkten ernährten und mit minderwertigen Stoffen gekleidet hatten, bezogen jetzt vorzügliche Lebensmittel, webten selbst ihre Kleiderstoffe, mahlten selbst das Korn, schlachteten selbst ihr Vieh.

1860 wurde auch eine Unterstützungskasse für Krankheits- und Todesfälle eingerichtet und immer weitere Lebensbereiche konnten selbstbestimmt verwaltet werden.

Wie war es möglich, dass im Laufe der folgenden Jahrzehnte Millionen Menschen ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen konnten und demokratische, selbstverwaltete Unternehmen aufbauten, die ein spürbares Gegengewicht zur gewinnorientierten Privatwirtschaft darstellten und solidarische Lebensformen verwirklichteten?

## 7.2. Die dritte Säule der Arbeiterbewegung

In Deutschland kam es bereits ab 1845 in Sachsen zu ersten Gründungen von Konsumvereinen durch Arbeiter (z.B. der „Spar- und Konsumverein Ermunterung“ in Chemnitz als „Produktenverteilungsverein“).

Der eigentliche Genossenschaftsaufbruch in Deutschland war dann auch vom Geist der bürgerlichen Revolution von 1848 getragen und ging im Wesentlichen von der Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung, der ersten deutschen Arbeiter-Massenbewegung aus. Geplant war der Aufbau einer Assoziationswirtschaft mit "Assoziationskassen" auf lokaler Ebene, genossenschaftlich fundierten Kreditbanken, Produktivbetrieben und „Ankaufsgenossenschaften“, welche sich zur Aufgabe machten, durch gemeinsame Beschaffung von Lebensbedürfnissen:

1. diese ihren Mitgliedern im Großeinkauf und möglich aus erster Hand besser und vorteilhafter zu beschaffen,
2. durch direkte Vermittlung ihren Mitgliedern bessere Arbeitsgelegenheit, auf Gegenseitigkeit gestützt, zu schaffen,
3. Unternehmungen ins Leben zu rufen, welche das Gesamtvermögen der Verbrüderung erweitern (Associationswerkstätten, Fabriken etc.).

Der Verwaltungsrat der Verbrüderung bestimmt auf Antrag der Mitglieder diejenigen Gegenstände, welche gemeinsam beschafft werden; er leitet und beaufsichtigt alle Geschäfte, die nach den Grundsätzen der Verbrüderung geführt werden.

Das Scheitern der Revolution von 1848 leitete eine Phase politischer Reaktion ein, die zu einer Unterbrechung der Aktivitäten der Arbeiterverbrüderung führte und die konsumgenossenschaftliche Bewegung stark schwächte. Über die Zeit bis 1860 gibt es deshalb auch nur unzureichende Aufzeichnungen, die jede zusammenfassende Charakterisierung sehr erschweren.

Etwa um die Mitte der 1860er Jahre begann eine neue Phase der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung im noch in Nord und Süd geteilten Deutschland (das erst 1871 durch die Gründung des Deutschen Reiches vereinigt wurde). Die Zahl der Gründungen nahm sprunghaft zu. Eine eingeschränkt repräsentative Übersicht über die Entwicklung in den 1860er Jahren hat der Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften veröffentlicht. In nur 6 Jahren verdreifachte sich die Zahl der diesem Verband angehörenden Konsumvereine, der Gesamtumfang der Mitgliedschaft stieg um annähernd das Sechsfache, während sich der Umsatz mehr als verzehnfachte. Bis 1871 hatte dieser Verband eine viertel Million Mitglieder und einen Umsatz von 57 Millionen Reichsmark.

In fast allen größeren Städten des Reiches gab es vereinsmäßige Zusammenschlüsse der Konsumenten. Auch für den unregelmäßig und schlecht verdienenden Fabrikarbeiter waren die niedrigen Geschäftsanteile tragbar, der erreichbare Nutzen erheblich. Die Höhe der gezahlten Rückvergütungen lag in diesen Jahren oft über 10%. Damit konnten periodisch anfallende höhere Ausgaben der Mitglieder ohne Verschuldung bewältigt werden ("Kohlengeld der kleinen Leute")

Zur rechtlichen Absicherung der Selbsthilfevereinigungen entwarf Schulze-Delitzsch als liberaler Abgeordneter der Fortschrittspartei das erste deutsche Genossenschaftsgesetz, das 1867 von der preußischen Nationalversammlung verabschiedet wurde.

Die Zeit zwischen 1860 und 1890 kann in Deutschland als Anlaufphase bezeichnet werden, der Durchbruch von der lokalen Selbsthilfebewegung zur sozialen Bewegung fiel in die Zeit von 1890 bis 1914. Um das Jahr 1900 überschritt die Mitgliederzahl die Grenze von 500.000, fünf Jahre später war die Millionengrenze erreicht.

Konsumgenossenschaften und auch Wohnungsgenossenschaften organisieren das "allgemeinste" Interesse der Endverbraucher, das Konsumenteninteresse; sie sind somit tendenziell gemeinwirtschaftliche und nicht bloß kollektiv-privatwirtschaftliche Gebilde.

Unter den Wirtschaftsunternehmen der deutschen Arbeiterbewegung nahmen daher die Konsumgenossenschaften über einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert eine Sonderstellung ein. Kein anderes der zahlreichen Selbsthilfeunternehmen konnte sich hinsichtlich Grad der Verbreitung, Höhe der Mitgliederzahlen und Stärke des auf eigene Produktionsbetriebe gestützten wirtschaftlichen Einflusses mit ihnen messen.

Der überwiegende Teil der 1914 existierenden Konsumgenossenschaften war Mitglied des 1903 gegründeten Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK). Neben dem ZdK existierte seit 1894 als zweite konsumgenossenschaftliche Zentralorganisation die Hamburger Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG).

Ursprünglich wegen des Boykotts der selbständigen Einzelhändler gegründet, entwickelte sich die GEG zum Motor für den weiteren Zusammenschluss der Bewegung. Durch die Zentralisierung des Einkaufs wurden hohe Mengenrabatte möglich.

Als Antwort auf mittelständige Boykottaktionen hatten einzelne finanzkräftige Vereine seit den 1890er Jahren eigene Bäckereien und Schlachtereien eröffnet, was von der GEG in großem Stil fortgesetzt wurde. Auch der Konflikt mit dem Verband der Markenartikelfabrikanten, der versuchte, das Prinzip der Preisbindung auch für die Konsumvereine durchzusetzen, scheiterte am längeren Atem der GEG.

1910 werden deshalb von der GEG der ersten Betriebe als Eigenbetriebe übernommen. Oft sind dies nach gewerkschaftlichen Kämpfen gegründet, auf dem Markt aber nicht allein

lebensfähige Produktivgenossenschaften.

Der Handkarren als Verteilungsstelle, Symbol der frühen Konsumvereine, wurde durch die Errichtung von Läden, Lagern und Eigenbetrieben abgelöst. Die Konsumvereine wurden zu bedeutenden Arbeitgebern. 1913 beschäftigten die im ZdK zusammengeschlossenen Vereine bereits mehr als 20.000 Angestellte, obwohl sich die Bewegung in großen Teilen noch immer auf die ehrenamtliche Tätigkeit engagierter Mitglieder in den Ausschüssen, der Fest- und Freizeitkultur stützen konnte.

Das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Konsumgenossenschaften erfuhr im Zeitraum zwischen 1850 und 1914 mehrere Wandlungen. Die Änderungen dieses Verhältnisses gingen von der Praxis aus. Die Theorie tat sich dagegen schwer, dieser Entwicklung zu folgen. Die als Lassalle "Dritte Säule der Arbeiterbewegung" bezeichneten Konsumgenossenschaften wurden von Parteien und Gewerkschaften immer als Konkurrenz angesehen.

Ferdinand, die führende Persönlichkeit der Arbeiterbewegung in dieser Zeit, versprach sich wie auch Marx und Engels eine "Hebung der Lage der Arbeiter" allein von den Produktivgenossenschaften, nur sie seien imstande, das eiserne Lohngesetz, unter dem die Arbeiterschaft stehe, zu zerbrechen. In den Konsumvereinen sah er eher ein Palliativmittel, das die Energien der Arbeiterschaft vom richtigen Wege ablenke.

Von der Gründung des ersten Arbeiterkonsumvereins 1845 in Chemnitz bis zur Anerkennung durch die Gewerkschaften dauerte es immerhin 60 Jahre. Die Anerkennung erfolgte u.a. wohl auch deshalb, weil die Konsumgenossenschaften mit 1 Million Mitgliedern mehr Mitglieder hatten als alle damaligen Gewerkschaften insgesamt.

Erst auf dem 5. Kongress der Freien Gewerkschaften 1905 in Köln wurde eine Resolution verabschiedet, in der es hieß: "*Der*

*Gewerkschaftskongress erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volkes und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufs tatkräftigste unterstützen."<sup>125</sup>*

Waren die Gewerkschafter viel unmittelbarer mit der materiellen Not der Arbeiter konfrontiert - um 1900 wurden viele der später bedeutenden Konsumgenossenschaften in Arbeitskämpfen von organisierten Gewerkschaftern mitgegründet -, verzögerte sich die Anerkennung der Genossenschaften durch die sozialdemokratische Partei. Noch 1892 beschloss der SPD-Parteitag:

*„... haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, dass Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.“*

Erst 1910 wurde auf dem internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen u.a. beschlossen (Hervorhebungen im Original!):

*„In Erwägung, dass die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern **unmittelbare materielle** Vorteile bieten können, sondern dass sie berufen sind,*

- die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum **wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern,***
- die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheit*

---

125 Zitiert nach: Klaus Novy et. al.: Anders Leben -Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Dietz, Berlin 1985b.

zu **erziehen** und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,

erklärt der Kongress, dass die Genossenschaftsbewegung .... eine wirksame Waffe im Klassenkampf sein kann ... **Der Kongress fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken ...**

Der Kongress macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken,

- daß die Überschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen;
- daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden;
- daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und
- daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt wurden."<sup>126</sup>

Auch die deutsche SPD beschloss daraufhin schließlich 1910 auf ihrem Parteitag in Magdeburg: " ... die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. ... Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung

---

126 Zitiert nach: Klaus Novy et al. (1985b): a.a.O.

*wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Übermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.*"<sup>127</sup>

In gleicher Weise äußert sich Gustav Landauer 1913 im zweiten seiner drei Flugblätter 1913: *"Einst war die Sozialdemokratie auf Grund der unsinnigen Lehren von Karl Marx der Todfeind der Genossenschaften, heute werden die Genossenschaften in manchen Bezirken schon fast von Partei wegen gegründet, obwohl die Genossenschaftsbewegung immer noch das Stiefkind der Sozialdemokratie ist. Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum zusammengetan haben, schon eigene Fabriken, Großbäckereien, Schlächtereien, eine Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen Dampfmaschinen. Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken, Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben ihre Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit; Kredit ist wirtschaftliche Macht.*

*Die organisierte Kundschaft ist der Arbeitgeber im beginnenden Sozialismus; anders und besser ausgedrückt: Im Sozialismus wird für den Konsum produziert; die Arbeitgeber sind die Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und beides sind dieselben Personen, und es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr. ... Nicht die Lohnkämpfe der für den Kapitalismus Produzierenden schaffen den Sozialismus. Der Sozialismus beginnt mit der Organisation des Konsums. Die Organisation des Konsums schafft den für ihre Gemeinsamkeit arbeitenden Menschen die wirtschaftliche Macht und ihren Sachausdruck: gegenseitigen Kredit, Grundstücke, Baulichkeiten, Fabriken, Maschinen und alles, was not tut. Die Organisation des Konsums nimmt den schmarotzenden und anhäufenden Machthabern die wirtschaftliche und damit jegliche Macht: das Kapital, den Wert ihres Geldes, die Arbeiter, die Möglichkeit, ohne produktive Arbeit zu leben.*"<sup>128</sup>

---

127 Zitiert nach: Klaus Novy et al. (1985b): a.a.O.

128 Gustav Landauer: Drei Flugblätter (1913), 2. Was ist zunächst zu tun?,

Als im ersten Weltkrieg die Lebensmittel knapper und schlechter wurden, hatten die Konsumgenossenschaften einen Teil des staatlichen Versorgungssystems übernommen und erwarben sich großes Ansehen, weil sie nicht wie andere Händler Schwarzmarktgeschäfte betrieben, sondern die zur Verfügung stehenden Produkte gerecht und vollständig verteilten. Außerdem achteten sie sehr auf die Qualität ihrer Eigenprodukte.

### 7.3. Weimarer Republik

Wohl in keiner anderen Phase der deutschen Geschichte gab es im Bereich der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiterbewegung so vielfältige praktische Initiativen, so intensive theoretische Reflektionen und Debatten wie zur Zeit der Weimarer Republik.

Der Umfang wirtschaftlicher Aktivitäten der Arbeiterbewegung nahm schließlich auch dadurch zu, daß die gewerkschaftlichen Verbände ihre traditionellen Bedenken gegenüber der Gründung eigener Wirtschaftsunternehmen endgültig ablegten und auf einer Reihe von Feldern, wie dem Bankensektor, neue Initiativen unternahmen.

Nicht zu übersehen ist aber der Beitrag, den die Basis selbst zum Ausbau der Wirtschaftsunternehmen leistete. Die Enttäuschung über die Konzeptionslosigkeit der Parteien und Gewerkschaften und ihrer Führungen 1917, in den entscheidenden Monaten der Revolution und das Ausbleiben der erhofften demokratischen Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, erwiesen sich als starker Motor für Versuche der Sozialisierung von unten. Vor allem auch im Bausektor kam es zur Gründung einer größeren Zahl genossenschaftlicher Unternehmungen.

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates sah sich die Arbeiterbewegung plötzlich in die Rolle der innenpolitisch wichtigsten Ordnungsmacht versetzt. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und auch der Konsumgenossenschaften nahmen sprunghaft zu. In den Jahren 1918 bis 1922 erlebten die Konsumgenossenschaften eine regelrechte Beitrittswelle, indem sich ihnen eine Million neue Mitglieder anschloss.

Doch dann kam die Geldentwertung, in der schließlich 1 US-Dollar den Gegenwert von 4,2 Billionen Mark hatte. Die Anfangs-

erfolge der Gewerkschaften bei den Lohnabschlüssen wurden durch diese Inflation immer wieder zunichte gemacht. Parallel zum Rückgang der Massenkaufkraft sanken auch die Umsätze und Gewinne der Konsumgenossenschaften. Erst die Stabilisierung der Währung durch die Rentenmark konnte die Schäden durch Krieg und Inflation beseitigen.

Erst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre konnte die Mitgliederzahl den Vorkriegsstand wieder erreichen und dann bei weiten übertreffen. 1930 stand die Bewegung auf ihrem Höhepunkt.

Die Gesamtmitgliederzahl betrug 3,5 Millionen, einschließlich der in den Haushaltungen damals noch nicht erfassten Personen kommt man auf eine Zahl von mehr als 10 Millionen Menschen, die sich über Konsumgenossenschaften versorgten. In Berlin gehörten z.B. sämtliche Brotfabriken den Konsumgenossenschaften.

Die GEG verfügte über 54 Produktionsbetriebe in vielen Bereichen der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bis hin zur landwirtschaftlichen Produktion mit einem Höchststand von 8.305 Mitarbeitern.

Heinrich Kaufmann, der als erster Sekretär 1903 den ZdK mitgegründet hatte, starb 1928. Er hatte stets darauf geachtet, dass die Rochdaler Prinzipien, u.a. auch der Ausschluss des Verkaufs an Nichtmitglieder, strikt eingehalten wurden.

Von Mitgliedern der immer mächtiger werdenden Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NSDAP) wurden bereits in den Jahren vor 1933 immer häufigere Angriffe auf Personen und Eigentum der Konsumgenossenschaften verübt. So wurden z.B. 1932 die Fensterscheiben des Hamburger „Konsum-, Bau- und Sparvereins Produktion“, PRO genannt, im Wert von 45.000 Reichsmark eingeschlagen.

## 7.4. Drittes Reich

Die Durchsetzung der imperialistischen außenpolitischen Ziele der NSDAP erforderte auch die Brechung der Macht und Unterordnung der politisch geschulten und organisierten Arbeitnehmerschaft. Zahlreiche aktive Mitglieder der Genossenschaften wurden verhaftet, Dutzende Vorstandmitglieder in Konzentrationslager verschleppt, schwer misshandelt und ermordet.<sup>129</sup> Eine Liste der inhaftierten und ermordeten Genossenschaftsmitglieder wurde von Jan-Frederik Korf dokumentiert.<sup>130</sup>

Die Mittelständler forderten die sofortige Auflösung der "marxistischen" Konsumgenossenschaften, was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte deshalb schrittweise auf mehreren Ebenen:

1. Das gleich 1933 erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den in Banken üblichen Zinssatz für Spareinlagen von 3%,
2. es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,
3. bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,
4. Neugründungen wurden verboten,
5. eine Konzessionspflicht wurde eingeführt,
6. Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt,
7. die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände

---

<sup>129</sup> Burghard Bösche, Jan-Frederik Korf: Chronik der deutschen Konsumgenossenschaften – 150 Jahre Konsumgenossenschaften in Deutschland, 100 Jahre Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., [www.zdk-hamburg.de/download/Chronik\\_ZdK\\_Text.pdf](http://www.zdk-hamburg.de/download/Chronik_ZdK_Text.pdf)

<sup>130</sup> Jan-Frederik Korf: Von der Konsumgenossenschaftsbewegung zum Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront – Zwischen Gleichschaltung, Widerstand und Anpassung an die Diktatur. Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2008

diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat mit NSDAP-Mitgliedern war dann nur noch reine Formsache.)

8. in Pressekampagnen wurde Genossenschaften der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftern persönliche Bereicherung vorgeworfen,
9. Einlagen mussten ausbezahlt werden,
10. das 1934 erlassene Kreditwesengesetz, das Genossenschaften Sparkassenfunktionen untersagte, gilt noch heute,
11. das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien,
12. 1942 wurden schließlich die Restbestände in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

Von diesen Maßnahmen gegen die „jüdisch-marxistischen“ und „kollektivistischen“ Konsumgenossenschaften waren das Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben und über 70.000 Arbeitsplätze betroffen.

## 7.5. Konsumgenossenschaften nach 1945

Nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" lag auch die Genossenschaftsbewegung in Trümmern. Das ehemalige Genossenschaftseigentum im Besitz der "Deutschen Arbeitsfront" wurde von den Besatzungsmächten beschlagnahmt und kommissarisch verwaltet. Zwar hatten sich die Militärregierungen der Besatzungszonen für den Aufbau von Genossenschaften ausgesprochen, jedoch wurden solche Aufbauversuche durch die unterschiedliche Politik der einzelnen Zonen behindert.

Die Konsumgenossenschaften hofften noch lange, sich in Ost und West wieder zu einer großen Konsumgenossenschaftsbewegung mit starkem Zentralverband und Großeinkaufsgesellschaft zusammenschließen zu können. Sie mussten jedoch einsehen, dass das auch für sie bei zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen nicht möglich war. Zunächst kam es also darauf an, auf lokaler Ebene wieder in den Besitz des ehemaligen konsumgenossenschaftlichen Vermögens zu kommen. Dies war nicht einfach, da alles bis zur Währungsreform unter der Aufsicht der Militärregierungen stand und Vollmachten erteilt und auch wieder zurückgezogen wurden. Auch die Trennung der Mitglieder und Einrichtungen in Ost und West bereitete große Schwierigkeiten.

### 7.5.1. BRD

Der eigentliche Wiederaufbau eines westlichen Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften erfolgte erst nach der Währungsreform. Dem neu gegründeten Einheitsverband, der sich bewusst an die konsumgenossenschaftliche Tradition der Vorkriegszeit anlehnte, gelang es zunächst, bis Ende 1953 eine Mitgliederzahl von nahezu 2 Millionen zu erreichen.

Allerdings wurde bald von den alten Zielsetzungen der Konsum-

genossenschaften grundlegend abgewichen. Erik Nölting, wie Ludwig Erhard Schüler Franz Oppenheimers, bereits vor 1933 u.a. Abgeordneter im Preußischen Landtag und nach 1945 erster Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, mahnte 1949 die Konsumgenossenschaften in einer, auch im europäischen Ausland vielbeachteten Rede: *„Während der großen Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 saß der Wirtschaftsliberalismus auf der allgemeinen Anklagebank. Heute aber sind viele Hände bemüht, um seinen kahl gewordenen Scheitel einen neuen Heiligenschein zu weben. Im Zeichen des sogenannten **Neoliberalismus** erleben wir eine Renaissance des liberalen Wirtschaftsdenkens. ... Die Genossenschaftler dürfen nie vergessen, dass die Genossenschaft keine Erwerbsgesellschaft ist, und dass der Geist der Profitmacherei Sünde wäre gegen die genossenschaftliche Ausgangsidee!“*<sup>131</sup>

Vergebens: In einer Schrift des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften mit dem Titel „Aufgaben und Anliegen der Konsumgenossenschaften in der Gegenwart“ beschloss man 1952, sich bewusst unter die Gesetze des Marktes und des Wettbewerbs zu stellen und sich dem anbahnenden wesensfremden Mainstream hinzugeben. Nöltings Warnung vor dem Neoliberalismus wurde als nicht mehr zeitgemäß diskreditiert<sup>132</sup>. Damit hatte der Bazillus des Neoliberalismus auch die Konsumgenossenschaften befallen: Das Nichtmitgliedergeschäft wurde eingeführt und Fremdkapital in beliebigem Umfang aufgenommen. Dies dürfte die wesentlichste Ursache des späteren endgültigen Scheiterns des überwiegenden Teils der westdeutschen Konsumgenossenschaften gewesen sein.

Die westdeutschen Konsumgenossenschaften erreichten 1961 ihren Höchststand mit 2,59 Millionen Mitgliedern, 79.000

---

131 Erik Nölting: Wirtschaftsformen gestern, heute und morgen – Nach einem auf dem 3. deutschen Genossenschaftstag in Köln am 07.09.1949 gehaltenen Vortrag. Verlag des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., 1949.

132 Erwin Hasselmann: Geschichte der Deutschen Konsumgenossenschaften, COOP Verlag GmbH, Hamburg, 1971.

Beschäftigten und 9.638 Verkaufsstellen.

Schließlich wurde in den 70er Jahren die co op AG mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet. Nur die co op Schleswig-Holstein wich von diesem Weg ab und hat ihren Status als eG erhalten. Sie hat heute 41.000 Mitglieder und ist in Nord-, Ost- und Süddeutschland mit Super- und Verbrauchermärkten, Warenhäusern sowie Bau- und Gartencentern über 250 mal vertreten.

Als erschwerend erwies sich auch, dass die Rückvergütung über das von den Alliierten aufgehobene, aber 1952 vom Bundestag wiedereingeführte Rabattgesetz von 1933 auf bankübliche Zinsen von 3% begrenzt war, und damit das ökonomische Motiv entfiel, Mitglied einer Genossenschaft zu werden.

Auch das Kreditwesengesetz des Dritten Reiches, das den Genossenschaften Bankgeschäfte untersagt, besteht noch immer.

Außerdem kamen auch tiefgreifende Veränderungen im Lebensstil und Bewusstsein der Arbeiterschaft hinzu. Mit der Teilnahme am stetig wachsenden gesellschaftlichen Wohlstand schienen die Interessen der Arbeiter an einer Verbesserung ihrer Lebensumstände problemlos realisierbar. Dies spiegelte sich in einer allgemeinen Entpolitisierung der Öffentlichkeit wieder, die noch durch die Erfahrung des Nationalsozialismus und durch einen hysterischen Antikommunismus verstärkt wurde.

Schließlich „... erlebte die Politische Ökonomie in der Bundesrepublik einen gravierenden Terrain- und Niveauverlust. Wie nirgends sonst auf der Welt beherrscht seither das Einheitsdenken der neokonservativen und neoliberalen Orthodoxie die Lehrstühle, Medienredaktionen, dominiert die gesellschaftliche Debatte und bestimmt die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen.“<sup>133</sup>

---

133 Michael Krätke, Karl Heinz Roth: Schriften zur Geschichte und Kritik der Politischen Ökonomie – Vorbemerkung der Herausgeber. In: Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. VSA Hamburg 2004.

Der Anteil der Genossenschaftsmitglieder stieg nie wieder über vier Prozent der Bevölkerung und in den fünfziger Jahren wurde nur ein reichlich dreiprozentiger Anteil am Einzelhandelsumsatz erreicht. In der alten Bundesrepublik waren die Konsumgenossenschaften längst von den Lebensmittelketten aufgesogen oder zerschlagen worden. Der letzte Schlag erfolgte 1989, als mit den 143 Gläubiger-Banken ein Vergleich geschlossen wurde und die letzten Reste der COOP als Deutsche SK-Kauf AG an den Metro-Konzern übergingen.

Doch da die Lohnquote in Deutschland seit 1982 kontinuierlich sinkt und das Einkommen der Privathaushalte nicht zuletzt auch durch kräftige Unterstützung von Rot-Grün drastisch geschrumpft ist, gewinnen ökonomische Selbsthilfemodelle wieder an Attraktivität.

## **7.5.2. DDR**

Im sowjetischen Sektor Berlins organisierten sich die Genosschafter sofort nach Kriegsende in den Bezirken. Der Befehl 176 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 18.12.1945 regelte die organisatorischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Seiten des Wiederaufbaus deutscher Konsumgenossenschaften in der Ostzone. In den ersten Verkaufsstellen mangelte es fast an allem - u. a. an Einrichtungsgegenständen, Schnellwagen und Transportmittel fehlten sowieso. Dennoch, Ende 1949 bestand z.B. der Konsum Berlin aus 160.944 Mitgliedern, verfügte über 483 Lebensmittel- und 26 Industriewarenverkaufsstellen.

Staatlicherseits wurde allerdings die Handelsorganisation (HO) gegenüber den Konsumgenossenschaften favorisiert, da im Staatsmonopolkapitalismus autonome Projekte grundsätzlich und öko-

nomische im Besonderen suspekt waren. Die Behinderungen der Konsumgenossenschaften erstreckten sich u.a auf folgende Maßnahmen:

- 1949 wurde der "gesellschaftliche Einzelhandel" erstmals in den Volkswirtschaftsplan einbezogen.
- 1953 mussten die Konsumgenossenschaften per SED-Beschluss den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Land verlegen.
- 1956 wurden sie gesetzlich der Weisungsbefugnis des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt.
- 1960 musste der genossenschaftliche Großhandel zugunsten des staatlichen Großhandels aufgegeben werden,
- 1968 wurden Bäckereien (z.B. Lichtenberg) dem VEB Backwarenkombinaten angegliedert.
- Später musste z.B. der Konsum Berlin wichtige Objekte wie die Markthalle, die Ackerhalle, das Bauarbeiterhotel und die Bauarbeiterversorgung abgegeben.

Der Konsum fand jedoch immer wieder genügend Freiräume, sich zu einem der größten Handelsunternehmen in der DDR zu entwickeln.<sup>134</sup>

Bereits 1960 hatten die Konsumgenossenschaften 3,7 Millionen Mitglieder und der unteilbare Genossenschaftsfonds war damals auf über eine Milliarde Mark angewachsen. Die Konsumgenossenschaften, die sich zu Kreis- und Bezirksverbänden zusammenschlossen und in dem Verband deutscher Konsumgenossenschaften GmbH vereinigt hatten, verfügten 15 Jahre nach Kriegsende über 42 000 Verkaufsstellen, hatten 5.446 Gaststätten und Produktionsbetriebe erworben; 1968 bestritten sie 34,2 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes in der DDR.<sup>135</sup>

---

134 Brett Fairbairn: Wiederaufbau und Untergang der Konsumgenossenschaften in der DDR und in der Bundesrepublik 1945 bis 1990. IWK, 34 (1998), 2, 171

135 Harri Czepuck: Glasperlenspiel - Entschädigungslose Enteignung: Wie die Berliner Konsumgenossenschaft gerettet werden sollte. Junge Welt, 6.3.2004, <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2004/03-06/005.php>

1989 hatten die 198 Konsumgenossenschaften der DDR 4,6 Millionen Mitglieder, jeder 4. DDR-Bürger war also Mitglied. Sie betrieben rund 30.000 Verkaufsstellen, beschäftigten 256.000 Mitarbeiter und bestritten 31% des Einzelhandelsumsatzes.

### **7.5.3. Konsumgenossenschaften nach 1989**

Mit der Öffnung der Mauer und der Einführung der D-Mark übernahmen sehr schnell und effizient (wie das neue Zauberwort hieß) Lebensmittelketten aus dem Westen die Konsumläden im Osten, die besonders in den Neubaugebieten über moderne Ladenflächen – wertvolle Immobilien also – verfügten. Allen vorweg die alten Konkurrenten aus der Zeit vor dem Dritten Reich: Tengelmann, Kaiser's, Edeka und (bis zu seiner Pleite auch) Bolle.

Die von der Treuhand zu Schleuderpreisen veräußerten Läden und Märkte, einschließlich der konsumeigenen Produktionsbetriebe, wurden allerdings, wie leider so vieles, von DDR-Bürgerinnen und Bürgern sowie den Genossenschaftsmitgliedern nicht erfolgreich verteidigt. Die Euphorie der ersten Nachwendezeit ließ solche Gedanken nicht zu. Da in den Untergrunddiskussionen jahrelang der Westen als das Konsumparadies gepriesen wurde, tauschte man bereitwillig die - zugegebenermaßen nicht immer sehr attraktiven - Konsumläden gegen die reichbestückten, wie sich aber bald herausstellen sollte, mehr oder weniger kostspieligen Neulinge auf dem Gebiet des Handels, von Aldi bis Kaiser's aus.<sup>136</sup>

Wie rüde und grotesk aber auch beispielsweise mit dem Konsum Berlin bezüglich seiner Liegenschaften umgegangen wurde, indem Auflagen autoritärer Systeme und von ihnen erzwungene Entscheidungen als Rechtsgrundlage gewertet werden, zeigt ein Urteil des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom

---

136 Harri Czepuck: a.a.O.

30.12 2002 [BARoV]:

*„1935 löste sich die Konsumgenossenschaft Berlin mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verbrauchergenossenschaften auf. 1942 wurde die Genossenschaft im Register gelöscht.*

*Die aus der Konsumgenossenschaft eGmbH - einer im Jahre 1968 im Ostteil Berlins aus acht Bezirksgenossenschaften entstandenen Vereinigung - hervorgegangene Klägerin beanspruchte die Rückübertragung eines Grundstücks, das früher der Konsumgenossenschaft eGmbH gehörte. Die Bezirksgenossenschaften waren im Ostsektor Berlins auf der Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 176 gebildet worden.*

*Die Konsumgenossenschaft beschloss am 24. November 1990 ein neues Statut und nannte sich fortan Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung eG. Im Februar 1991 wurde sie in das Genossenschaftsregister eingetragen.*

*Eine Berechtigung der Klägerin zur Rückübertragung des Grundstücks nach § 2 Abs. 1 Satz 1 VermG scheidet aus, weil sie nicht mit der in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zwangsaufgelösten Konsumgenossenschaft identisch (a) und auch nicht deren Rechtsnachfolgerin kraft Hoheitsakt sei (b).*

*(a) Eine Identität der Klägerin mit der geschädigten Konsumgenossenschaft wäre nur denkbar, wenn die im sowjetischen Sektor von Berlin vorgenommene Gründung der später miteinander verschmolzenen Bezirksgenossenschaften als eine Reaktivierung der registerrechtlich erloschenen Konsumgenossenschaft anzusehen wäre. Eine solche Reaktivierung nach den Grundsätzen, die der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 17. November 1955 - II ZR 172/54 - (BGHZ 19, 51 ff.) entwickelt habe, komme jedoch schon deswegen nicht in Betracht, weil es sich seinerzeit nicht um eine Wiedergründung durch die Genossen handelte. Vielmehr sei*

*die Wiederherstellung des Konsumgenossenschaftswesens durch den SMAD-Befehl Nr. 176 eine staatlich angeordnete Errichtung von Organisationen gewesen, die unter formaler Beibehaltung der genossenschaftlichen Rechtsform vollständig in die hierarchisch und zentralistisch organisierte sozialistische Wirtschaftsordnung eingebunden waren.*

*(b) Aus demselben Grund sei auch die Annahme einer Rechtsnachfolge der Klägerin kraft Hoheitsaktes, wie von ihr vorgetragen, ausgeschlossen. Eine solche Rechtsnachfolge wäre nur vorstellbar, wenn der SMAD-Befehl Nr. 176 die Konsumgenossenschaften oder das Konsumgenossenschaftswesen wirklich „wieder herstellt“, d. h. die Schaffung sich selbst bestimmender Privatrechtssubjekte im Auge gehabt hätte. Das sei jedoch nicht der Fall, weil es darum gegangen sei, die Genossenschaftsidee zu Zwecken der aufzubauenden staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft zu nutzen. Die von den Nationalsozialisten enteigneten Vermögenswerte der Genossenschaften blieben enteignet, obwohl sie den neu errichteten Genossenschaften „kostenlos zu überweisen“ (Nr. 5 des SMAD-Befehls Nr. 176) oder „zurückzugeben“ waren (SMAD-Befehl Nr. 82); denn sie seien auch dort in staatlicher Hand geblieben. Die Ausstattung dieser neuen Organisationen mit dem enteigneten Vermögen der früheren Konsumgenossenschaften sei nichts anderes als eine eigentumsrechtliche Umorganisation im staatlichen Bereich gewesen (BVerwG, a. a. O., 150). Etc. **Die Revision hat keinen Erfolg.**“<sup>137</sup>*

Auch das von Hitler 1933 erlassene Rabattgesetz ist erst mit dem Inkrafttreten des "Gesetzes zur Aufhebung des Rabattgesetzes und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften" am 25. Juli 2001 aufgehoben worden. Erst jetzt können Genossenschaften wieder Rückvergütungen über 3% gewähren.

---

137 Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV): BVerwG, Urteil vom 6. Juni 2002, Az. 7 C 7.02: Rechtsnachfolge; Konsumgenossenschaft; Zwangsauflösung etc.  
<http://www.barov.bund.de/service/rechtsprechungsuebersicht/rue2002/12-2002.pdf>

Das ebenfalls im dem Dritten Reich gegen die Genossenschaften erlassene Kreditwesengesetz, das den Genossenschaften untersagt, Bankgeschäfte zu tätigen, besteht allerdings weiter.

## 8. Aktuelle Situation der Genossenschaften

Genossenschaften haben im In- und Ausland in unterschiedlichsten Ausprägungen eines einheitlichen, aus dem vorletzten Jahrhundert stammenden Grundmusters heute weltweit über 800 Millionen Mitglieder<sup>138</sup>, davon

- in Europa über 140 Mio. Mitglieder in über 300.000 Genossenschaften mit 2,3 Mio. Arbeitsplätzen<sup>139</sup>,
- in den USA über 100 Mio. Mitglieder in etwa 47.000 Genossenschaften<sup>140</sup>,
- in Indien über 230 Mio. Mitglieder in etwa 504.000 Genossenschaften<sup>141</sup>,
- in China 180 Mio. Mitglieder<sup>142</sup> etc.

Sie spielen, nachdem Parteien und Gewerkschaften den Sozialstaat nicht dauerhaft retten konnten, auch in der gegenwärtigen politischen Diskussion wieder eine zunehmend zentralere Rolle.

Auf die vielen nationalen, europäischen und globalen Verbände und Einrichtungen „zur Förderung des Genossenschaftsgedankens“ und dergleichen wird hier nicht zuletzt wegen der Basisorientierung der Solidarischen Ökonomie bewusst verzichtet. Haupt-

---

138 „160 Jahre Genossenschaften“ GVN eröffnet historische Bilderausstellung.  
<http://www.lifep.de/pressemeldungen/genossenschaftsverband-norddeutschland-ev/boxid-7155.html>

139 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, und der Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa. Brüssel, den 23.2.2004. [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0018de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0018de01.pdf)

140 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Konsultationspapier – Genossenschaften im Unternehmen Europa.  
[ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/coop/consultation/doc\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/coop/consultation/doc_de.pdf)

141 Sawai Singh Sisodia: Die Genossenschaftsbewegung in Indien: Probleme und Herausforderungen.  
<http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-01/Deutsch-7.html>

142 International Co-Operative Alliance (ICA): Statistical Information on the Co-operative Movement. <http://www.ica.coop/members/member-stats.html>

sächlich vorzuwerfen ist diesen Verbänden die unzureichende Förderung der internationalen Kooperation der Genossenschaften und ihrer über 800 Millionen Mitglieder. Eine Dokumentation der nationalen Genossenschaftsverbände<sup>143</sup> und der Zahl der Genossenschaftsmitglieder<sup>144</sup> der jeweiligen Länder kann bei der International Co-Operative Alliance (ICA) eingesehen werden.

Auf einer Sommeruniversität von Attac Frankreich in Arles im Jahr 2001 gab es einen runden Tisch "Solidarwirtschaft - Illusion oder Weg in die Zukunft"<sup>145</sup>. Dort wird über die unerwartete Aufmerksamkeit berichtet, die die Schaffung eines Staatssekretärs für Solidarwirtschaft in Frankreich hervorgerufen hat. Die Initiativen einer Solidarwirtschaft zielten darauf ab, dass die BürgerInnen sich aktiv wieder Teile des Austauschs, der Verteilung und der Produktion aneignen, und damit eine "humane" Wirtschaft vorantreiben wollen. Die Gesellschaften innerhalb der freien Marktwirtschaft hätten es trotz eines tendenziell großen Wachstums auf mittlerweile höchster Stufe nicht erreicht, eine Fortschrittsdynamik in Gang zu setzen, von der alle profitieren könnten. Auch die Revolution der Informationstechnologie habe phantastische Versprechungen geweckt: Hoffnungen auf eine Welt, in der die Maschine den Menschen dank des Phänomens der Automation zunehmend von Produktionsaufgaben befreien würde und in der die Natur stärker respektiert werden könnte.

Es wurde bemängelt, dass die technologische Entwicklung an einen Markt gekoppelt ist, auf dem der Staat national und international den Privatinteressen immer weniger Einhalt gebietet und auf dem Angebot und Nachfrage künftig auch jene Bereiche besetzt, die sich traditionell Marktanbindungen entzogen haben.

---

143 International Co-Operative Alliance (ICA): ICA Member Organisations. <http://www.ica.coop/members/index.html>

144 International Co-Operative Alliance (ICA): Statistical Information on the Co-operative Movement. <http://www.ica.coop/members/member-stats.html>

145 Eme Bernard, Laville Jean-Louis, Marechal Jean-Paul: Solidarwirtschaft - Illusion oder weg in die Zukunft? 2001. <http://www.france.attac.org/spip.php?article3190>

Unter der Vielzahl der aufgeführten praktischen Beispiele der Demokratisierung der Wirtschaft wird der Vorzug der Solidarwirtschaft gegeben, die den Aufbau eines Kollektivvermögens betreibt. 30% der europäischen Bevölkerung seien Mitglied in einer Organisation, die zur Solidarwirtschaft zu zählen ist.

Ziel dieser Unternehmungen ist es nicht, möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften, sondern zu den geringsten Kosten und so gut wie möglich ihre Mitglieder und Teilhaber zufrieden zu stellen. So halten die Genossenschaftsbanken mit ihren 36 Millionen Teilhabern und ihren 91 Millionen Kunden 17% des europäischen Binnenmarktes (21% in Deutschland, 37% in Frankreich etc.) und die genossenschaftlichen Versicherungen und Vereine auf Gegenseitigkeit beherrschen fast 30% des westeuropäischen Marktes.

Dass Genossenschaften auch auf europäischer Ebene ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor sind, bestätigt der bereits zitierte Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Februar 2004: *„In der Europäischen Union gibt es mindestens 300.000 Genossenschaften, die 2,3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Genossenschaften gibt es in allen Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union (EU) und allen Kandidatenländern. Sie beeinflussen das tägliche Leben von über 140 Millionen Bürgern, die Mitglieder von Genossenschaften sind.“*<sup>146</sup>

Während in Deutschland die Gebrüder Albrecht (Aldi, Besitz: 35 Mrd. Euro, Umsatz rund 20 Mrd. Euro (2007) die mit Abstand reichsten Personen darstellen und weltweit zu den 10 reichsten Personen avancierten, hatte z.B. in der Schweiz die Konsumgenossenschaft Migros im Jahr 2007 einen vergleichbaren Umsatz von über 20 Mrd. SFR. Von den 2,8 Millionen Schweizer Haushalten sind über 2 Millionen, also über zwei Drittel, Mitglied der

---

146 Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa: [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0018de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0018de01.pdf)

Konsumgenossenschaft Migros. Die Gewinne wurden bei Migros entsprechend den Grundsätzen von Genossenschaften allerdings nicht wie bei Aldi privatisiert, sondern sind den Preisen, den Gehältern, den Lieferanten und Erzeugern sowie der Infrastruktur zugute gekommen.

Jahrgang		1960		1980		2000	
Typus		Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %
Kredit- und Banken	Unternehmen	11.676	43,0	4.267	36,5	2.053	22,9
	Mitglieder*	3.855	39,3	9.105	69,1	14.834	
Ländliche Waren-Verwertungs- u. Dienstleistungen	Unternehmen	12.025	44,3	5.227	44,8	3.961	41,2
	Mitglieder*	2.016	20,5	1.555	11,8	970	
Gewerbliche u. Dienstleistung	Unternehmen	1.447	5,3	804	6,9	1.422	15,1
	Mitglieder*	257	2,6	232	1,8	260	
darunter Produktivgen.	Unternehmen	(?) 50		28			
	Mitglieder						
Verkehrsgenossenschaften	Unternehmen	72	0,3	71	0,6		
	Mitglieder*	18	0,2	14	0,1		
Konsumgenossenschaften	Unternehmen	272	1,0	94	0,8	46	0,5
	Mitglieder*	2.585	26,3	665	5,0	860	
Wohnungsbaugenossenschaften	Unternehmen	1.653	6,1	1.217	10,4	2.002	20,3
	Mitglieder*	1.081	11,0	1.613	12,2	2.953	
Genossen.	Unternehmen	27.145		11.680		7.000	
	Mitglieder*	9.812		13.184		20.000	

(\*)=in 1000  
 Quelle: Deutsche Genossenschaftsbank (1984). Statistischer Teil und Deutsche Zentralbank (2000).

**Abb. 14: Genossenschaftstypen und ihre Bedeutung in Deutschland**

Trotz aller Behinderungen durch das Dritte Reich, die DDR und die BRD<sup>147</sup>, können die Genossenschaften in Deutschland einen kontinuierlichen Mitgliederzustrom (1960: ca. 7 Mio., 1980: ca. 10 Mio. und 2000 ca. 20 Mio. Mitglieder<sup>148</sup>) verzeichnen. Produktivgenossenschaften dagegen sind trotz aller Bemühungen von SPD und Gewerkschaften weder ökonomisch erfolgreich, noch weisen sie erkennbare Mitgliederzahlen auf. Einkaufsgenossenschaften wie z.B. Edeka und Rewe sind ökonomisch erfolgreich,

147 Brett Fairbairn: Wiederaufbau und Untergang der Konsumgenossenschaften in der DDR und in der Bundesrepublik 1945 bis 1990. IWK, 34 (1998), 2, 171

148 Vera Herweg: Können Genossenschaften als Gemeinschaften bezeichnet werden? Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Soziologie, Seminar "Vergemeinschaftung und Gemeinschaftsbildung" Prof. Matthias Grundmann Wintersemester 2001/02.

<http://www.unimuenster.de/Gemeinschaftsforschung/Arbeitsgruppe/AG%20Genossenschaften.pdf>

doch unterscheiden sie sich in ihren Praktiken bezüglich Arbeitnehmer, Verbraucher und Lieferant nicht wesentlich von der profitmaximierenden Konkurrenz.

- **Genossenschaftsbanken** sind in Deutschland mit etwa 15 Millionen Mitgliedern am stärksten vertreten. Ein Dorn im Auge sind sie z.B. Henrik Müller, Redakteur bei "manager magazin" und Autor des Buches "Wirtschaftsirrtümer - Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik" wegen der Probleme der privaten Banken in Deutschland, die unter den über Jahrzehnte extrem niedrigen Zinsen leiden würden. Eine wesentliche Ursache sei, dass das Kreditgeschäft in Deutschland von Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit einem Marktanteil von 75% dominiert werde. *"Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen werden durch den Staat in die Lage versetzt, sich extrem günstig zu refinanzieren - im Zweifel stehen die Steuerzahler für Ausfälle gerade. Die Genossenschaftsbanken verfolgen keinen Gewinnzweck - entsprechend eng können sie ihre Margen kalkulieren."*<sup>149</sup>. Offensichtlich ist es in unserem Wirtschaftssystem ehrenrührig, keinen Profit zu machen. Hervorzuheben ist auch die Markt- und offensichtliche volkswirtschaftliche Relevanz.
- **Wohnungsbaugenossenschaften** haben in Deutschland etwa 3,2 Millionen Mitglieder. In Berlin werden mehr als 180.000 Wohnungen (über 10% des gesamten Wohnungsbestandes) von über 80 Wohnungsbaugenossenschaften verwaltet. Eine - trotz aller zweifelsohne existierender schlechter Beispiele - durchaus positive Entwicklung, da die konventionellen Mieten sich ja zu 70-80% aus Zinsen zusammensetzen, obwohl die meisten der Häuser und Wohnungen im Laufe der Jahrzehnte bereits mehrfach

---

149 Henrik Müller: Baustelle Deutschland: Zu niedrige Zinsen belasten die Wirtschaft, manager-magazin, 11.03.2004, als stark gekürzte Fassung eines Kapitels aus seinem Buch "Wirtschaftsirrtümer – Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik", <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/mittelstand/0,2828,druck-289395,00.html>

abgezahlt sind und nur noch Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Betriebskosten zu finanzieren wären.

- **Konsumgenossenschaften** haben in Deutschland etwa 900.000 Mitglieder. Unter diesen hat die Coop Schleswig-Holstein den größten Umsatz.

Selbst im deutschen Bundesbeamtengesetz (§ 66) und in Landesbeamtengesetzen (z.B. Niedersächsisches Beamtengesetz, § 74) sind die Genossenschaften verankert. Für den deutschen Beamten ist demnach eine ehrenamtliche Tätigkeit in einer Genossenschaft nicht genehmigungspflichtig, da Genossenschaften selbst seitens der Verfassung eine staatsentlastende Funktion zugeschrieben wird.

# **9. Aktuelle Beispiele von Konsumgenossenschaften im In- und Ausland**

In Ermangelung einer systematische Dokumentation der in- und ausländischen Genossenschaften werden nachfolgend nur einige besonders hervorzuhebende Beispiele des Lebensmittelbereichs aufgeführt, bei denen teils auf Selbstdarstellungen, teils auf Zeitungsberichte zurückgegriffen wurde.

## **9.1. Deutschland**

### **9.1.1. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung<sup>150</sup>**

Der Konsum Berlin hat eine mehrjährige Insolvenzphase überstanden, besitzt aber jetzt nur noch Immobilien und übt zur Zeit keine Einzelhandelstätigkeit aus. Er war nach der Wende, wie 1952 auch die westdeutschen Konsumgenossenschaften, von der Verbraucherseite des Marktes immer weiter auf die Anbieterseite des kapitalistischen Marktes übergewechselt, indem er 1990 z.B. den insolventen Westberliner Lebensmittelbetrieb Meierei C. Bolle von der co op AG übernahm. Dessen Kundschaft wohnte im Westen Berlins, während seine Mitglieder im Osten zuhause waren. Es handelte sich bezüglich dieses Geschäftsbereiches also um ein reines Nichtmitgliedergeschäft.

Außerdem errichtete er weitere Lebensmittelmärkte wie z.B. das Einkaufscenter in Berlin-Buch. Finanziert wurden diese - in einer mit Supermärkten überversorgten Stadt waghalsigen - Investitionen mit Geschäftsanteilen von Mitgliedern, die zu 6% verzinst wurden. Viele Mitglieder und ihre Familien hatten sich mit der

---

150 Konsum Berlin: <http://www.konsum-berlin.de/>

Höchstsumme von 25.000 Euro eingekauft<sup>151</sup>. Ihre Geschäftsanteile sind infolge der Insolvenz wertlos geworden. So rächt sich das Verlassen des Identitätsprinzips und eine zu hohe Verzinsung von Geschäftsanteilen im Genossenschaftsbereich.

Nach Aufhebung der Insolvenz am 28.02.2007, der Abwicklung des Insolvenzplanes und der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit Anfang 2007 wird davon ausgegangen, dass Ausschüttungen an die noch knapp über 100 000 Mitglieder, deren Einlagen insgesamt 57 Mio. Euro betragen, ab dem Jahre 2012 möglich sein könnten. In diesem Kontext sind die jährlichen Mieteinnahmen von 6,9 Mio. Euro aus den mit einem Wert von 82 Mio. Euro ausgewiesenen 43 Immobilienobjekten bedeutsam.

Die nachfolgende Selbstdarstellung stammt aus der Zeit vor Einleitung des Insolvenzverfahrens, ist also nur insofern bedeutsam, als sie die Verkennung der eigenen Strategie und Situation drastisch veranschaulicht:

*„Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG steht in der Tradition der genossenschaftlichen Idee, die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden ist. 1899 als Handelsunternehmen gegründet, hat die „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG“ über 100 Jahre schwerste Zeiten überdauert. Zuletzt war die mit der Wiedervereinigung notwendig gewordene Umstellung vom Handelsunternehmen hin zum Vertriebs- und Dienstleistungsunternehmen zu meistern.*

*Das Hauptgeschäftsfeld ist heute der Vertrieb von Produkten und Serviceleistungen durch Vorteilsweitergabe an die Mitglieder. Durch die Bündelung der Nachfrage von 190.000 Mitgliedern sind erhebliche Vorteile in Form von Rückvergütungen, Rabatten usw. für die Mitglieder möglich.*

---

151 Ewald B. Schulte: Schicksalstag für den Konsum Berlin. Berliner Zeitung, 6.10.2003, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/1006/politik/0008/index.html>

*Außerdem betreibt die Konsumgenossenschaft die Reisebüroette K-Tours und ist Inhaber und Betreiber des Hotels Dorint am Müggelsee Berlin und der Ausflugsgaststätte Rübezahl mit Müggelsee-Terrassen.*

*Die Konsumgenossenschaft Berlin verwaltet weiterhin ein umfangreiches Immobilienvermögen, in dessen Kern über 60 Handelsstandorte stehen.*

*Nach einem radikalen Sanierungskurs wandelte sich das Unternehmen ab 1992 unter dem Druck uneffektiver Strukturen, hoher Kosten, komplizierter Eigentumsprobleme und übermächtiger Konkurrenz von einem defizitären Handelsriesen zu einem prosperierenden Immobilienunternehmen.*

*1991 wird ein radikales Sanierungsprogramm durchgeführt. Der Konsum Berlin trennt sich von 1.000 Filialen und allen Gaststätten. Die Zahl der Beschäftigten wird von 14.000 auf 5.000 reduziert. 1992 jedoch trennt sich der Konsum auch noch von den letzten Verkaufsstellen.*

*1994 war das erste Jahr, in dem die Konsumgenossenschaft schwarze Zahlen schrieb. Vorstandschef Ernst Vatter: 'Unsere Unternehmensphilosophie heißt Grund und Boden erwerben, Gebäude sanieren, Mietflächen schaffen, Eigentum und Erträge sichern. Gleichzeitig errichten wir mit dreistelligen Millionenbeträgen neue Wohn- und Geschäftskomplexe zum Verkauf oder zur Vermietung.'*

*In den letzten fünf Jahren entstanden im Unternehmen selbst 50 und im Umfeld etwa 1.000 Arbeitsplätze. Die Bilanzsumme lag 1998 bei 400 Millionen Mark, der Gewinn bei über drei Millionen. Im fünften Jahr in Folge wurden sechs Prozent Dividende an die Konsummitglieder ausgeschüttet. Die Geschäftseinlagen der rund 190 000 Mitglieder stiegen von zehn*

*auf über 50 Millionen Mark.*

*Die Berliner Genossenschaft will auch in Zukunft ihren Expansionskurs fortsetzen. Vorstandsmitglied Hannelore Winter: 'Wir stehen mitten in der Planung für einen neuen modernen Komplex von Einkaufszentrum und Hotel in Berlin-Buch. Er soll bis 2001 entstehen und ist mit einer Investitionssumme von 120 Millionen Mark das bisher umfangreichste Vorhaben in der Konsum-Geschichte.'*"

Die beiden Kardinalfehler, die zum Scheitern führten, waren das Nichtmitgliedergeschäft und die zu hohe Verzinsung der Geschäftsanteile, die das Kapital der Mitglieder im Übermaß anzog und Baumaßnahmen induzierte, die nicht dem eigenen Nutzungsbedarf entsprachen.

### **9.1.2. Konsum Dresden<sup>152</sup>**

Die Homepage stellt vor: *„Die Konsum Dresden eG ist ein traditionsreiches Dresdner Handelsunternehmen (gegründet 1888) und gilt heute mit mehr als 40 Supermärkten, rund 1000 Mitarbeitern und rund 35.000 Genossenschaftsmitgliedern als Marktführer im Lebensmitteleinzelhandel der sächsischen Landeshauptstadt. ...*

*Im Mittelpunkt steht der Kunde. Seine Wünsche zu erkennen und sie durch eine gute Qualität der Produkte sowie zuvorkommenden, ideenreichen Service zu angemessenen Preisen zu erfüllen, ist die Voraussetzung für seinen Einkauf bei uns und seine Treue. Es ist unser Ziel, unserem Kunden immer eine sehr gute Gesamtleistung für sein Geld zu bieten, die er sowohl in unseren Märkten als auch zuhause oder im Büro erleben kann.“*

Vorstandssprecherin Gabriele Grismayer: *"Mit der Schließung von*

---

152 Konsum Dresden: <http://www.konsum-dresden.de/>

*den 450 Filialen waren 4.000 Mitarbeiter betroffen. Das sind einmal menschliche Schicksale gewesen, aber auf der anderen Seite, dadurch, dass sehr, sehr lange Betriebszugehörigkeiten eigentlich 'ne Besonderheit unserer Genossenschaft sind - denn wer einmal im Konsum anfängt, bleibt eigentlich im Konsum - war das auch vom wirtschaftlichen Aspekt her sehr, sehr schwierig zu bewältigen, denn die Abfindungen waren sehr, sehr hoch.*

*Die Konkurrenz der westdeutschen Handelsketten und die besonderen Eigentumsverhältnisse der Konsumgenossenschaften stellten weitere Herausforderungen dar.*

*Mit der Wende kam für viele das wirtschaftliche Aus oder die Neuorientierung als Immobiliengenossenschaft. Die Läden wurden an westliche Filialunternehmen wie Edeka, Rossmann, Tip, Extra, Plus verkauft. In Dresden überlebte die einstige Konsumgenossenschaft Vorwärts, die im Juni 1888 gegründet wurde. Seit 2000 ist die Dresdner Konsum eG. sogar wieder Marktführer in der Region. Und gleichzeitig, während diese Sanierung lief, mussten wir ja sehr, sehr intensiv in die Immobilien, in den Immobilienbestand investieren, um überhaupt eine Chance am Markt zu haben. Denn aus den alten Bundesländern, die Ketten, die stürmten hier die Region, haben neue, moderne Märkte errichtet, hatten viel bessere Voraussetzungen als wir, denn man muss wissen: Bei unseren Märkten gehörte uns zwar überall der Baukörper, aber der Grund und Boden gehörte nicht der Genossenschaft. Und den mussten wir, und da sind wir heut noch nicht zu Ende, Stück für Stück dazukaufen. Auch das ist eine sehr, sehr große finanzielle Belastung gewesen."*

Bis Ende 2001 gab es in Dresden noch die Konsummarken. Zu DDR-Zeiten, aber auch in den Anfangsjahren der Bundesrepublik hatte es Tradition, Konsummarken zu kleben. Am Jahresende sprang so meist der Weihnachtsbraten heraus. Diese traditionelle Form der Rückvergütung hat man eingestellt. Jetzt gibt es eine „Konsum-Mitgliedercard“, mit der die Einkäufe elektronisch

erfasst werden. Die Rückvergütung wird den Mitgliedern in Dresden automatisch ausgezahlt.

### 9.1.3. Konsum Leipzig<sup>153</sup>

Der Konsum Leipzig wurde am 8. Mai 1884 als "Consum-Verein für Plagwitz und Umgegend", einem Stadtteil von Leipzig, gegründet. Im alleinigen Besitz von etwa 45.000 Mitgliedern operiert er in voller Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in den Geschäftsbereichen Handel und Immobilien. Er betreibt 73 Lebensmittelgeschäfte in Leipzig und seinem engeren Umland und beschäftigt etwa 825 Mitarbeiter, darunter etwa 67 Auszubildende. Er betreut mehr als 50.000 Kunden pro Tag und zählt neben Deutsche Bank AG, Quelle AG, Siemens AG etc. zu den 15 größten IHK-zugehörigen Unternehmen im Kammerbezirk Leipzig.

Auch im Konsum Leipzig gibt es keine Marken mehr. Doch anstelle der in Dresden gezahlten Rückvergütung erhalten die Mitglieder hier eine Dividende auf ihren Geschäftsanteil. Wie in Dresden gelang der Konsumgenossenschaft in Leipzig mit großen Einschnitten in den Altbestand die Konsolidierung. Stephan Abend ist seit 1991 im Konsum Leipzig. Damals hatte das Unternehmen 580 Geschäfte: *„Wie alle guten Ideen ist die KONSUM-Idee ganz einfach: Menschen haben gleiche Interessen, schließen sich zu einer Genossenschaft zusammen und verwirklichen das Ganze. Beim KONSUM LEIPZIG sind das über 47.000 Mitglieder (per 31.12.2006), die mitbesitzen, mitgestalten, mitverdienen. Und in seinen Geschäften einkaufen.“*

---

153 Konsum Leipzig: [http://www.konsum-zentrale.de/a\\_kontakt.php](http://www.konsum-zentrale.de/a_kontakt.php)

### 9.1.4. co op Schleswig-Holstein eG<sup>154</sup>

1899 wurde in Kiel der Allgemeine Konsumverein Kiel (AKVK) gegründet, 1904 der Konsumverein Lübeck. Die Nationalsozialisten liquidieren 1935 den AKVK zwangsweise. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 1946 elf Konsumgenossenschaften in Schleswig-Holstein wiedergegründet. Sie hat sich 2006 in coop eG umbenannt.

Weitere Genossenschaften, darunter u.a. die Konsumgenossenschaft Dortmund-Kassel und die Produktion der ehemaligen Konsumgenossenschaft in Hamburg ("PRO") werden 1972 bis 1992 zum Teil übernommen.

Die coop eG ist heute mit den Vertriebslinien Wandmaker, plaza und SKY über 254 Mal in Nord-, Ost- und Süddeutschland präsent. Mit Super- und Verbrauchermärkten, SB-Warenhäusern sowie Bau- und Gartencentern in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Baden-Württemberg und Bayern.

Mit mehr als 41.000 Mitgliedern, 9.600 Beschäftigten, darunter fast 700 Auszubildenden, und 1,34 Milliarden Euro Umsatz ist sie derzeit die größte deutsche Konsumgenossenschaft. Ganz bewusst hat man vor 30 Jahren entschieden, sich nicht der Frankfurter co op AG anzuschließen.

Der heutige Vorstandsvorsitzende Winrich Wolke kommentiert die damaligen Motive: *"Vorstand und Aufsichtsrat haben von Anfang an diesen Weg sehr skeptisch verfolgt und hatten, aus heutiger Sicht berechtigt, Zweifel daran, ob ein Zusammenschluss von überwiegend finanz- und wirtschaftlich schwachen Unternehmen gelingen kann. Ich finde es aus heutiger Sicht bewundernswert, wie diese Gremien dem Druck, der aus Frankfurt kam,*

---

154 <http://www.coop.de/>

*standhalten konnten, und wie mutig sie den Weg aufgezeichnet haben, den die co op Schleswig-Holstein gehen sollte, bis heute im Übrigen mit Erfolg."*

### **9.1.5. VG – Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG<sup>155</sup>**

Die Verbrauchergemeinschaft wurde 1994 in Dresden als Verein gegründet. Nach Ausgliederung des wirtschaftlichen Teils (Mitgliederläden) in eine Genossenschaft im Jahr 2005 beschäftigt sich der Verein ausschließlich mit Öffentlichkeitsarbeit.

Die Genossenschaft betreibt in Dresden drei Mitgliederläden, zwei Naturkost- und einen Naturwarenladen. Der Verkauf erfolgt nur an Mitglieder. Die Finanzierung der Läden (Löhne, Miete u.ä.) erfolgt dabei über monatliche Mitgliederaufwendungen (Beiträge), weniger über Warenaufschläge. Dadurch wird ein weitgehend umsatzunabhängiges Wirtschaften möglich.

Das Anliegen der VG ist es, insbesondere regionale Biobetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte zu unterstützen. Ein großer Teil des Frischesortimentes (Obst, Gemüse, Backwaren, Molkereierzeugnisse, Getränke) stammt aus der Region. Insgesamt wird sie von ca. 30 Betrieben direkt beliefert.

Es gibt in den Läden ein internes Logo zur Bezeichnung von Regionalprodukten. Es dient zur Orientierung in den Läden und zur Stärkung der Grundgedanken der VG: Förderung des regionalen, ökologischen Landbaus, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, sowie der Verbraucheraufklärung.

Überregionale Produkte erhält sie von verschiedenen Naturkost-

---

<sup>155</sup> Die VG – Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG.  
<http://www.vg-dresden.de/vg-genossenschaft/start.htm>

großhändlern bzw. Herstellungs- und Verarbeitungsunternehmen. Alle Produkte im Lebensmittelbereich, die nicht besonders gekennzeichnet sind, stammen aus ökologischer Produktion. Sie legt Wert auf die Förderung von Produkten aus fairem Handel.

Der Verkauf erfolgt entweder nur an Mitglieder oder es besteht ein sogenanntes Zweipreismodell.

### **9.1.6. Weitere Verbrauchergemeinschaften:**

- **Verbrauchergemeinschaft Ringelblume e.V. in Radebeul**
- **"Bio-Ecke" Verbrauchergemeinschaft für ökologisch erzeugte Produkte Meißen e.V. in Meißen**
- **Gemeinschaft der Verbraucherinnen für umweltgerecht erzeugte Produkte e.V. in Dresden**
- **Löwenzahn Verbrauchergemeinschaft Freital in Freital**
- **Verbrauchergemeinschaft "Das Rübchen" e.V. in Pirna**
- **Querbeet e.V. in Kamenz**
- **Ökologischer Arbeitskreis Hoyerswerda e.V. in Hoyerswerda**

## 9.2. Schweiz

### 9.2.1. Migros-Genossenschaften<sup>156</sup>

Am 15.8.1925 gründete Gottlieb Duttweiler die Migros AG. Mit einem Startkapital von 100.000 Franken kaufte Gottlieb Duttweiler fünf Ford-T-Lastwagen und bestückte diese mit sechs Basisartikeln (Kaffee, Reis, Zucker, Teigwaren, Kokosfett und Seife), die er zum Teil bis zu 40 % günstiger als die Konkurrenz anbot. Heute ist die Migros der größte Detailhändler der Schweiz und zählt zu den 500 größten Firmen der Welt.

Ende 1925 wiesen die Bücher einen respektablen Umsatz von 778.500 Franken bei 25 Mitarbeitern aus. Das Angebot, das anfänglich aus lediglich sechs Produkten des täglichen Bedarfs bestand, betrug nun bereits 15 Produkte. Das ursprüngliche Konzept des beschränkten Sortiments war bereits überholt. Das Konzept der Tiefpreise wurde beibehalten. Und der Grundstein für weitere Expansionen war gelegt.

- 1926 wurde der erste Laden in Zürich eröffnet.
- 1933 wurde die erste Migros-Genossenschaft im Tessin gegründet.
- 1941 schenkte Duttweiler seine Aktiengesellschaft seinen Kunden, die Aktiengesellschaft wurde in regionale Genossenschaften umgewandelt, die heute durch den Migros-Genossenschaftsbund (MGB) koordiniert werden.
- 1950 formulierte er seine 15 Thesen zur Weiterführung der Genossenschaften.
- 1998 wurde das Online-Shopping eingeführt.
- Im Laufe der Jahre werden Reiseunternehmen (1935), ein Giro-Dienst (1937), Klubschulen (1944), der erste Schweizer Selbstbedienungsladen (1948), ein Buchclub (1950), die Gelben Taxis (1951), eine Benzin- und Heizölgesellschaft (1954), die Migros-Bank (1957), eine Versicherungsgesellschaft

---

<sup>156</sup> Migros: <http://www.migros.ch/DE/home/Seiten/Home.aspx>

lschaft (1958), das erste Schweizer Freizeit-Center etc. gegründet.

- Filialen in Frankreich (1993), Österreich (1993) und Deutschland (1995) kommen hinzu.

Gottlieb Duttweilers Maxime wurde von ihm 1942 so formuliert: *„Das Kapital unserer Genossenschaften, der Franken- und das geistige Kapital, soll in sozialer Richtung wirken. Es soll stets für die Schwachen - und das ist die grosse Mehrheit - gegen die Starken, die ihre Macht missbrauchen, entstehen: gegen Truste, gegen gewaltttätige Verbände, gegen alle Gewaltanwendung von Kapital und Koalition.“*

In seinen Thesen zieht er mit seiner Frau das Fazit: *„Alle Anstrengungen müssen dahin gehen, das innerste Wesen unserer Bewegung zu vervollkommen und zu erhalten, den „gewöhnlichen Mann“, vor allem die Frau, von unserem Gedankengut zu überzeugen. Der Glaube des Volkes an uns ist der sicherste Weg, um unsere eigenen Mitarbeiter - auch die höchsten - von Wert und Kraft unseres Werkes zu überzeugen. Der ursprüngliche Gedanke war richtig und groß - nicht die Angestellten und Arbeiter als Erben der ehemaligen AG einzusetzen, sondern einen breiten Teil des Volkes selbst.“<sup>157</sup>*

Duttweiler hat also bewusst seine Aktiengesellschaft nicht in eine Genossenschaft der „Produzenten“ (Produktionsgenossenschaft) sondern in eine Genossenschaft der Konsumenten (Konsumgenossenschaft) umgewandelt. Der Erfolg gab ihm Recht:

Trotz der relativ kleinen Schweiz ist Migros die größte Detailhandelsfirma in der Schweiz und eine der größten Europas. Von den 2,8 Millionen Schweizer Haushalten sind über 2 Millionen Mitglied der Konsumgenossenschaft Migros. 2007 erzielte Migros einen Umsatz von mehr als 22 Milliarden Franken. Die zehn

---

157 Adele und Gottlieb Duttweiler: Thesen vom Jahre 1950:

[http://members.tripod.com/~critics\\_solutions/15\\_thesen.htm](http://members.tripod.com/~critics_solutions/15_thesen.htm)

Genossenschaften, verteilt über die Schweizer Kantone, warten mit 589 Verkaufs-Standorten auf. Migros ist mit über 82.000 Mitarbeitern (davon rund 60 % Mitarbeiterinnen) größter privater Arbeitgeber der Schweiz.

Durch die politisch motivierte Lieferverweigerung diverser Hersteller in den Anfangsjahren der Migros, war das Unternehmen gezwungen, ein eigenes Herstellernetz aufzubauen. Weitere Fabriken wurden von der Migros gekauft. Dadurch konnte die Migros günstig eine eigene Produktpalette herstellen. Erst in jüngerer Zeit sind Markenprodukte anderer Hersteller in größerer Auswahl erhältlich. Produkte der Migros-Industrie werden, oft unter anderen Markennamen, auch ins Ausland exportiert.

Die Migros-Kunden wollen nicht nur gute und preiswerte Produkte, sondern auch mit gutem Gewissen einkaufen können, deshalb legt Migros großen Wert auf Sozial- und Umweltstandards. Migros hält deshalb folgende internationalen Sozialstandards auch bezüglich seiner Zulieferbetriebe ein:

- Jede Form von Zwangsarbeit ist verboten, ebenso Gefangenearbeit, welche die grundlegenden Menschenrechte verletzt.
- Missbräuchliche Kinderarbeit darf nicht sein. Jede Form der Ausbeutung von Kindern ist verboten.
- Faire verbindliche Arbeitsverträge sind vorgeschrieben.
- Keine Diskriminierung des Geschlechts oder des Alters, der ethnischen Abstammung, Nationalität, Hautfarbe, sexuellen Orientierung, politischen Meinung, religiösen und sozialen Herkunft.
- Gesundes Arbeitsumfeld: Es sind klare Regelungen und Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit einzuführen und zu beachten.
- Solidarität: In Situationen oder Ländern, in denen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gesetzlich eingeschränkt sind, sollen parallele Verfahren der unabhängigen und freien Organisation und

Verhandlung gefördert werden.

- Die Löhne müssen mindestens die gesetzlichen und branchenüblichen Standards erfüllen oder sie übersteigen.
- Menschenwürdige Arbeitszeiten: Überzeit darf nur auf freiwilliger Basis geleistet werden. Die höchste zulässige Arbeitszeit pro Woche beträgt 48 Stunden, die maximale wöchentliche Überzeit 12 Stunden. Auf sechs aufeinander folgende Arbeitstage muss mindestens ein freier Tag folgen.

Besonderes Kennzeichen von Migros ist auch das Einhalten von ökologischen Standards. Mit 99 Artikel (vom Vollkornzwieback BIO bis zum Bio Zucker aus Zuckerrohr von Max Havelaar) und 1,8 Milliarden Franken Umsatz ist Migros Marktführerin im ökologischen Bereich.

Alkohol und Tabak sucht man bei Migros vergebens. Ebenso werden keine gentechnisch veränderten sowie per Luftfracht transportierte Produkte angeboten. Die Produkte werden zudem Schritt für Schritt mit dem CO<sub>2</sub>-Label, der Kennzeichnung des bei der Produktion freigesetzten CO<sub>2</sub>, versehen.

1996 führte Migros die Billiglinie M-Budget ein. 2006 wurde das Sortiment auf 500 M-Budget-Produkte erweitert. Bei der Verpackung wird auf kreative Extravaganzen verzichtet und eine rein grafische Lösung mit ein paar einfachen Farben sowie dem Migros-Logo gewählt.

Seit 1957 engagiert sich die Migros über das Kulturprozent (ein Prozent des Umsatzes!) freiwillig für Kultur, Gesellschaft, Bildung, Freizeit und Wirtschaft. Das Migros-Kulturprozent unterhält und unterstützt eine Vielzahl von Institutionen und Projekten in den Bereichen Kultur, Gesellschaft, Bildung, Freizeit und Wirtschaft.

Einige Kritiker, wie beispielsweise der Verein Sorgim, behaupten,

dass die Migros den Idealen ihres Gründers nicht mehr entspricht. Bemängelt wird, dass die Genossenschaft nicht demokratisch geführt wird, wie es einst von Duttweiler gewünscht wurde und stattdessen ausschließlich die Geschäftsleitung über alle wichtigen Geschäftsstrategien entscheidet.

Walmart hat es nicht geschafft, neben Migros auf dem Schweizer Markt Fuß zu fassen, jetzt wird von Aldi und Lidl ein neuer Versuch unternommen.

### **9.2.2. COOP<sup>158</sup>**

Als genossenschaftlich organisiertes Unternehmen ist die Coop in erster Linie ihren mehr als zwei Millionen Mitgliederhaushalten verpflichtet. Coop ist die zweitgrößte Detailhandelsgruppe der Schweiz und zählt zu den 30 größten Lebensmittelunternehmen Europas. Kundennah in fünf Verkaufsregionen organisiert unterhält Coop rund 1.600 Verkaufsstellen und beschäftigt über 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Bereich der Öko- und Fairtrade-Produkte ist die Coop ebenfalls führend.

Die Coop hat den Anspruch, der beste und kundennächste Großverteiler der Schweiz zu sein. Deshalb orientiert sich Coop an den langfristigen Konsumtrends Lebensfreude, Frische, Gesundheit, Convenience und Dynamik. Die Schweizer Coop hat ihren Bio-Umsatz zwischen 1997 und 2000 auf 360 Mio. Sfr mehr als verdoppelt - das entspricht 5 Prozent vom Gesamtumsatz.

---

158 COOP: <http://www.coop.ch/>

### 9.3. USA<sup>159</sup>

Die USA sind mit 47.000 Genossenschaften und rund 100 Millionen Mitgliedern eines der genossenschaftsreichsten Länder der Welt. Genossenschaftsbanken (credit unions), Lebensmittelgeschäfte (food coops), Wohnungsbaugenossenschaften (housing cooperatives) und die über 4.000 landwirtschaftlichen Genossenschaften (agricultural cooperatives) zählen zu den mitgliederstärksten Bereichen. Es gibt aber auch Kindergärten, kleine Elektrizitätsunternehmen und Telefongesellschaften in genossenschaftlichem Besitz, um nur einige weitere Zweige zu nennen. Als Angehöriger einer bestimmten Berufsgruppe bzw. Organisation oder als Student wird empfohlen, ein Konto in Credit unions zu eröffnen. Sie sind nicht profitorientiert und müssen keine Steuern zahlen, was sich für ihre Kunden auszahlt: Sie bieten die gleichen Leistungen wie Banken, verlangen aber geringere Gebühren, zahlen in der Regel höhere Zinsen für Guthaben und erheben niedrigere Zinsen für Kredite.

Die meisten housing cooperatives bestehen aus Reihenhäusern oder Wohnungen. Um Wohnraum in einer co-op zu erwerben, kauft man einen Anteil der Genossenschaft. Viele größere Städte haben auch eine food co-op. Die Lebensmittel, die dort angeboten werden, stammen oft aus landwirtschaftlichen Genossenschaften oder von kleinen Farmen der Umgebung, die in der Regel mit biodynamischen Methoden arbeiten. Um einer food co-op beizutreten, bezahlt man einen bestimmten Betrag, mit dem man Miteigentümer der Genossenschaft wird. Man bekommt eine Mitgliedskarte, die man beim Bezahlen scannen lässt, so dass der ausgegebene Betrag per Computer festgehalten wird. Falls am Jahresende ein Gewinn erwirtschaftet wurde, erhalten die Mitglieder des Genossenschaftsladens dann einen Teil des ausgegebenen Geldes wieder.<sup>160</sup>

---

159 Genossenschaften in den USA: <http://www.auswandern.us/genossenschaften.html>

160 A. Horsthemke: Die Genossenschaften in den USA unter besonderer Berücksichtigung der New Generation Cooperatives. [www.uni-hohenheim.de/geno/publikationen/Arbeitspapier15-Horsthemke.pdf](http://www.uni-hohenheim.de/geno/publikationen/Arbeitspapier15-Horsthemke.pdf)

## 9.4. Venezuela

Unter den zahlreichen Kooperativen in Venezuela, bei denen es sich in der Regel um Neugründungen handelt, ist die Kooperative Cecosesola hervorzuheben, die seit etwa 40 Jahren existiert und somit die unterschiedlichsten Regierungsformen und Regierungen überstanden hat.

### **Cecosesola**<sup>161</sup>

Die Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecosesola) mit Sitz in Barquisimeto, der mit etwa 900.000 Einwohnern viertgrößten Stadt Venezuelas, wurde 1967 als Transportunternehmen mit schließlich 127 Bussen gegründet, geriet aber 1979 in den Konkurs. Dies führte zum Umdenken in den Organisationsgrundsätzen.

Das neue Modell ist frei von Hierarchien, es gibt keinen Chef und keine Mehrheitsabstimmungen. Heute arbeiten in 22 Stadtteilbaskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 40.000 aktive Cooperatistas und über 140.000 assoziierte Mitglieder miteinander, ohne dass ein Vorstand sie führt oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation und Konsens.

50.000 Familien, etwa ein Viertel der Einwohner Barquisimetos, lassen sich wöchentlich mit rund 700 t Früchten und Gemüse über 4 Märkte versorgen. Die Produktionsstätten mit etwa 2000 Arbeitsplätzen liegen in einem Umkreis von 160 km um Barquisimeto.

Eigene Laboratorien sorgen für biologische Schädlingsbekämpfung und eine Regenwurmstation für die Verbesserung biologi-

---

161 Peter Bach: Wir diskutieren nicht gegeneinander. <http://www.coforum.de/?6145>

scher Anbauformen.

Ein eigenes Gesundheitszentrum versorgt monatlich 10.000 Menschen medizinisch, das über wöchentliche Beiträge aller 140.000 assoziierten Mitglieder finanziert wird.

Als wichtigstes Prinzip Cecosesolas gilt: Die Menschen in Barquisimeto und den umliegenden Regionen organisieren die elementaren Bedürfnisse ihrer Ernährung und ihrer Gesundheit selbst.

## 9.5. Japan<sup>162</sup>

An der Spitze der Konsumgenossenschaften steht die 1951 gegründete Zentralkonsumgenossenschaft (Japanese Consumers Cooperative Union - JCCU). An dieser hängen verschiedene geschäftsspezifisch differenzierte Verbände von Konsumgenossenschaften:

- 46 regionale Konsumgenossenschaftsverbände (Prefectural Unions of Consumer Cooperatives)
- Nationaler Verband der Universitätsgenossenschaften (National Federation of University Cooperative Associations - INFUCA) mit 210 angebundenen Genossenschaften, über 2.000 Mitarbeitern, 1,3 Mio. Mitgliedern, 208.286 Mio. Yen (1,5 Mrd. Euro) Umsatz.
- Nationaler Verband der Wohnungsbaugenossenschaften (National Federation of Housing Cooperative Societies - Zenjuren) mit 48 Genossenschaften, die in 1.369 Häusern 932.000 Mitgliedern zur Verfügung stehen.
- Nationaler Versicherungsverband für Arbeiter und Konsumgenossenschaftsmitglieder (National Federation of Workers and Consumers Insurance Cooperatives - Zenrosai) mit 59 Genossenschaften, 2.426 Mitarbeitern, 13,2 Mio. Mitgliedern und einem Bestand von 34 Mio. Versicherungspolice.

Die Gesamtgruppe der Konsumgenossenschaften setzt jährlich ca. 3.400 Mrd. Yen (48 Mrd. DM) um, beschäftigt 59.000 Mitarbeiter und weist 19 Millionen Mitglieder aus. Die JCCU mit einem Eigenkapital von 7,9 Mrd. Yen (57 Mio. Euro), einem Umsatz von 285 Mrd. Yen (2,4 Mrd. Euro) und 1.000 Angestellten betreut über die 46 regionalen Konsumgenossenschaftsverbände 646 lokale Konsumgenossenschaften. Die größte dieser lokalen Konsum-

---

162 Alexander Bürkner: Die japanischen Genossenschaften. Internationale Raiffeisen-Union, IRU Courier 1/98.

<http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-98/Deutsch-3.html>

genossenschaftlichen, Coop Kobe (1938 lehrte Franz Oppenheimer an der Universität von Kobe), setzt ca. 384.564 Mio. Yen (2,8 Mrd. Euro) um und betreut 1,3 Mio. Mitglieder. Insgesamt verfügt diese Organisation über etwa 3.000 Läden.

Daneben ist ein Japan-spezifisches, flächendeckendes Home-Delivery-System aufgebaut, über das 46% des Gesamtumsatzes abgewickelt wird. Dessen Basis sind nachbarschaftliche Kleinstgruppen von fünf bis sieben Familien.

Ob eventuell der hohe Anteil von Genossenschaftsmitgliedern an der Gesamtbevölkerung in Japan mit dem sehr niedrigen Gini-Koeffizienten (ein statistisches Maß für Ungleichverteilungen) für die Einkommensverteilung zusammenhängt, sollte genauer untersucht werden.

<b>Land</b>	<b>Gini-Koeffizient</b>
Japan	0,25 <sup>163</sup>
Deutschland	0,32 <sup>164</sup>
USA	0,47 <sup>165</sup>

---

163 United Nations Development Programme (Hrsg.): Human Development Report 2004 – Cultural Liberty in Today's Diverse World. New York : 2004

164 DIW Wochenbericht 10/2008: Schrumpfende Mittelschicht - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Berlin 2008

165 United Nations Development Programme (Hrsg.): a.a.O.

## 10. Schlussbetrachtung

Trotz aller Behinderungen seitens des Kapitalismus und des Sozialismus hat sich die Idee der Reproduktionsgenossenschaft erhalten und kann heute auf höhere und weiter steigende Mitgliederzahlen verweisen als Parteien und Gewerkschaften, deren Mitglieder sich enttäuscht und verärgert zurückziehen.

Besser als es Claudia Maria Miotti für die Schweizer Migros in ihrer Seminararbeit an der Universität Zürich - trotz massivster Kritik an Migros im Einzelnen - formuliert hat<sup>166</sup>, lässt sich die Bedeutung von Reproduktionsgenossenschaften für Individuum und Gesellschaft kaum darstellen:

*„Von der wirtschaftlichen Tätigkeit einer [Konsumgenossenschaft wie] Migros profitieren in erster Linie die Konsumenten, als sie in den Genuss billiger Preise, guter Qualitätsware und Dienstleistungen kommen und - betrachtet man ganz allgemein die wettbewerbsbelebende und preisregulierende Funktion, welche den Konsumgenossenschaften zugeschrieben wird - die Gesellschaft.*

*Von der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit (angesprochen ist hier v.a. die kulturelle Seite) profitiert zunächst der einzelne, sei es als Besucher eines verbilligten Konzerts, als Kursteilnehmer einer Klubschule, als Gesuchsteller für ein kulturelles oder soziales Projekt oder aber als Empfänger vorgesehener sozialer Leistungen (etwa Hilfe für Ausländer, Katastrophenhilfe, Behindertenhilfe etc.). Begreift man Kultur, Kunst, Wirtschaftspolitik und soziale Hilfestellung darüber hinaus als Beitrag an die Lebensqualität der Bevölkerung und deren Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, geht der Nutzen über jenen des einzelnen weit hinaus.*

---

166 Claudia Maria Miotti: Fallstudie am Beispiel des Migros-Genossenschaftsbundes: "Non-Profit" - Wer profitiert wirklich? Seminararbeit im Rahmen des interdisziplinären Seminars "Der Homo oeconomicus und die Freiwilligenarbeit" des Rechtswissenschaftlichen Institutes der Universität Zürich, WS 2002/2003. [rwiweb.uzh.ch/vdc/seminare/WS02/Seminararbeiten/Claudia%20Miotti.pdf](http://rwiweb.uzh.ch/vdc/seminare/WS02/Seminararbeiten/Claudia%20Miotti.pdf)

*Auch vom Engagement in Umweltbelangen, Ethik und der nachhaltigen Entwicklung profitiert letztlich die Gesellschaft, als die eine Konsumgenossenschaft für sie die Verantwortung gegenüber der Umwelt und Menschheit wahrnimmt. Daneben profitieren auch die Mitarbeiter etwa von einer fortschrittlichen Mitarbeiter- und Lohnpolitik und natürlich auch die Mitglieder. Sie profitieren jedoch weitgehendst im selben Umfang wie die Nichtmitglieder von der Gesamtheit der von der Migros erbrachten Leistungen für die Konsumenten, dazu kommen einige besondere Zuwendungen und Privilegien.“*

Es kann wohl nicht von allen Eigentümern von Einzelhandelsketten verlangt werden, dass sie ihren Besitz wie Duttweiler ihrer Kundschaft schenken, aber da sich das System der Reproduktionsgenossenschaften so nachhaltig bewährt hat, sollte es im Interesse von Individuum und Gesellschaft als profitminimierendes Instrumentarium und doch wohl einzige wirksame Strategie gegen die Profitgier der neoliberalen globalen Finanzmärkte auch seitens des Staates ernsthafte politische Unterstützung erfahren.

# 11. Literatur

- Mareke Aden und Roland Nelles: Diskrete Dienste. Der Spiegel 2/2007
- Horst Afheldt: Wirtschaft die arm macht – Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft. Kunstmann, München 2003.
- Sven Afhüppe et al.: Kapitalismus total global (Teil II): Die Zeche zahlt der Wirt. Der Spiegel 18/2005, S. 131, <http://service.spiegel.de/digas/find?DID=40254128>
- Johannes Agnoli über Verfassungspatriotismus und Fundamentalopposition. <http://www.trend.infopartisan.net/trd1000/t321000.htm>
- Elmar Altvater: Steinerne Gäste - Fünftes Weltsozialforum in Porto Alegre. Freitag, 04.02.2005. <http://www.freitag.de/2005/05/05050601.php>
- Anonym: Zinsgeschichte und Zinsprognose aus der Sicht von vor 100 Jahren. Sparkasse 12/88 (S. 575-578)
- Anonym: Genossenschaften in den USA. <http://www.auswandern.us/genossenschaften.html>
- Aristoteles: Politeia, 1. Buch, Kap. 3, 1259a
- Aristoteles: Politeia, 5. Buch.
- Inge Asendorf et al.: Nachhaltigkeit durch Vernetzung – Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften im Bedürfnisfeld Ernährung. Dorfen, Weihenstephan, München 2003. [www.isf-muenchen.de/pdf/evg-endbericht.pdf](http://www.isf-muenchen.de/pdf/evg-endbericht.pdf)
- Roland Baader: Der Papierne Selbstmord. [www.ef-magazin.de/ef80-baader-inflation.pdf](http://www.ef-magazin.de/ef80-baader-inflation.pdf)
- Peter Bach: Wir diskutieren nicht gegeneinander. <http://www.coforum.de/?6145>
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS). <http://www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf>
- Burchard Bösche: Reformüberlegungen zum Genossenschaftsrecht aus der Sicht des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK). <http://www.zdk-hamburg.de/download/Genossenschaftsreform.pdf>
- Burghard Bösche, Jan-Frederik Korf: Chronik der deutschen Konsumgenossenschaften – 150 Jahre Konsumgenossenschaften in Deutschland, 100 Jahre Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., [www.zdk-hamburg.de/download/Chronik\\_ZdK\\_Text.pdf](http://www.zdk-hamburg.de/download/Chronik_ZdK_Text.pdf)
- Jürgen Borchert: Ein Geburtstagsbrief vom alten Onkel an seinen Lieblingsneffen attac-Deutschland zu dessen fünftem Geburtstag. <http://www.attac.de/ratschlag-mannheim/onkel-b.php?print=yes&id=>
- Alexander Bürkner: Die japanischen Genossenschaften. Internationale Raiffeisen-Union, IRU Courier 1/98. <http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-98/Deutsch-3.html>

- Kenneth Ewart Boulding: The economics of the coming spaceship earth. In: Jarrett H (ed) Environmental quality in a growing economy. Harper & Row, New York, 1966, p 3–15
- Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV): BVerwG, Urteil vom 6. Juni 2002, Az. 7 C 7.02: Rechtsnachfolge; Konsumgenossenschaft; Zwangsauflösung etc. <http://www.barov.bund.de/service/rechtsprechungsuebersicht/rue2002/12-2002.pdf>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Armuts- und Reichtumsbericht. [http://www.bmas.de/coremedia/generator/10570/armuts\\_\\_und\\_\\_reichtumsbericht\\_\\_cd.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/10570/armuts__und__reichtumsbericht__cd.html)
- COOP Schweiz: <http://www.coop.de/>
- Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. 5. Auflage, Econ 2001, S. 505/6 Reprint: Wissenschaftsverlag Aachen 2003. <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/>.
- Helmut Creutz: In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin 1995. In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin 1995. [www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf](http://www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf).
- Harri Czepuck: Glasperlenspiel - Entschädigungslose Enteignung: Wie die Berliner Konsumgenossenschaft gerettet werden sollte. Junge Welt, 6.3.2004, <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2004/03-06/005.php>
- Karlheinz Deschner: Der Moloch - eine kritische Geschichte der USA/Zur Amerikanisierung der Welt. 10. überarbeitete Neuauflage, Heyne 2002. <http://www.deschner.info/de/werk/33/kurzbeschreibung.htm>
- DGB-Bundesvorstand – Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik: Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Leichte Besserung für Arbeitnehmer in 1999. Berlin 2000. [www.dgb.de/themen/themen\\_a\\_z/abisz\\_doks/z/einkommens.pdf/view?showdesc=1](http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/z/einkommens.pdf/view?showdesc=1)
- DIW Wochenbericht 10/2008: Schrumpfende Mittelschicht - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Berlin 2008
- Detmar Doering: Liberalismus - Ein Versuch über die Freiheit. Zum Programmwurf „Bürger zur Freiheit“. In: Liberal, Heft 1/1993 S. 90 - 102, hier S. 95.
- Dossier: Söldner und Privatpolizisten - Vom Kongo ... nach Kabul. Le Monde Diplomatique, 12.11.2004, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/11/12.mondeText.artikel,a0062.idx,18>
- Peter F. Drucker: The Unseen Revolution, Harper & Row, New York 1976, deutsch: Die unsichtbare Revolution – Die Mitarbeiter-Gesellschaft und ihre Probleme. Econ 1977, Knaur 1979

- Peter F. Drucker, zitiert nach Henry Mintzberg: Manager statt MBAs. Eine kritische Analyse, <http://www.socialnet.de/rezensionen/2854.php>
- Adele und Gottlieb Duttweiler: Thesen vom Jahre 1950:  
[http://members.tripod.com/~critics\\_solutions/15\\_thesen.htm](http://members.tripod.com/~critics_solutions/15_thesen.htm)
- Susanne Elsen: Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der "Globalisierung". [http://www.leibi.de/takaoe/84\\_20.htm](http://www.leibi.de/takaoe/84_20.htm)
- Eme Bernard, Laville Jean-Louis, Marechal Jean-Paul: Solidarwirtschaft - Illusion oder weg in die Zukunft? 2001.  
<http://www.france.attac.org/spip.php?article3190>
- Emschergenossenschaft: [http://www.eglv.de/index\\_frs.html](http://www.eglv.de/index_frs.html)
- Friedrich Engels: Das Auftreten Mazzinis gegen die Internationale.  
[http://www.mlwerke.de/me/me17/me17\\_390.htm](http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_390.htm)
- Friedrich Engels: Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des „Kapital“, 1894  
[http://www.mlwerke.de/me/me25/me25\\_897.htm](http://www.mlwerke.de/me/me25/me25_897.htm)
- Wolfgang Fabricius: Aus dem Sozialstaat in die Leibeigenschaft. Stehen wir vor einem ökonomischen Tsunami? 29.04.2005, Labournet vom 18.05.2005, <http://www.labournet.de/news/2005/mittwoch1805.html>
- Wolfgang Fabricius: Genossenschaften. 01.02.2006.  
<http://www.gesundheitsladen-berlin.de/Genossenschaften/Genossenschaften.pdf>
- Brett Fairbairn: Wiederaufbau und Untergang der Konsumgenossenschaften in der DDR und in der Bundesrepublik 1945 bis 1990. IWK, 34 (1998), 2, 171
- FAZ: Angst vor der Kernschmelze. FAZ vom 18.04.2008.  
<http://www.faz.net/s/RubBD6B20C3D01A48D58DA92331B0A80BC3/Doc~E2E64F149829545E589B33E97122FF9BB~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- Susan George: Eine kurze Geschichte des Einheitsdenkens. Le Monde Diplomatique, 16.08.1996, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/1996/08/16/a0256.text.name,askXB0QdL.n,1>
- Detlef Grumbach: Radiosendung „Engagierte Gemeinschaften“ im Deutschlandradio Kultur. taz, Berlin 2006.
- GVN: „160 Jahre Genossenschaften“ GVN eröffnet historische Bilderausstellung.  
<http://www.lifep.r.de/presse-meldungen/genossenschaftsverband-norddeutschland-ev/boxid-7155.html>
- Max Hägler: Bilanz des Börsenjahrs 2007 – Schmähprijs für Deutsche Bank.  
<http://www.taz.de/nc/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/schmaehpreis-fuer-deutsche-bank&src=PR>
- Erwin Hasselmann: Geschichte der Deutschen Konsumgenossenschaften, COOP Verlag GmbH, Hamburg, 1971.
- Vera Herweg: Können Genossenschaften als Gemeinschaften bezeichnet werden? Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Soziolo-

- gie, Seminar "Vergemeinschaftung und Gemeinschaftsbildung" Prof. Matthias Grundmann Wintersemester 2001/02.  
<http://www.unimuenster.de/Gemeinschaftsforschung/Arbeitsgruppe/AG%20Genossenschaften.pdf>
- Gustav Horn et al.: IMK-Report 10/2008 - Wer profitierte vom Aufschwung? Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2008
- A. Horsthemke: Die Genossenschaften in den USA unter besonderer Berücksichtigung der New Generation Cooperatives. [www.uni-hohenheim.de/geno/publikationen/Arbeitspapier15-Horsthemke.pdf](http://www.uni-hohenheim.de/geno/publikationen/Arbeitspapier15-Horsthemke.pdf)
- Victor Aimé Huber: Die Selbsthilfe der arbeitenden Klasse durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung, 1848 (anonym)
- Investor's Input – Private Equity von A bis Z. König & Cie, Hamburg 2007.
- Michael C. Jensen und William H. Meckling: Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure. Journal of Financial Economics, October, 1976, <http://papers.ssrn.com/abstract=94043>
- Klaus Kleffmann: Seniorengenossenschaften in Deutschland, in: Das Tauschring-Archiv / Sozialagentur E. Kleffmann (Hrsg.): Das Handbuch der Tauschsysteme. Machst Du mit? Zeit kontra Geld. 2. Auflage. Lotte 2001
- Naomi Klein: Die Schockstrategie – Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus. S. Fischer Frankfurt am Main, 2007.
- Naomi Klein: Finanzmarktkrise löst neoliberalen Klassenkonsens auf. Europa im Blick, 12.02.2008 bzw. The Nation, 31.01.2008
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Konsultationspapier – Genossenschaften im Unternehmen Europa.  
[ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/coop/consultation/doc\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/coop/consultation/doc_de.pdf)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, und der Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa. Brüssel, den 23.2.2004. [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0018de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0018de01.pdf)
- Konsum Berlin: <http://www.konsum-berlin.de/>
- Konsum Dresden: <http://www.konsum-dresden.de/>
- Konsum Leipzig: [http://www.konsum-zentrale.de/a\\_kontakt.php](http://www.konsum-zentrale.de/a_kontakt.php)
- Jan-Frederik Korf: Von der Konsumgenossenschaftsbewegung zum Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront – Zwischen Gleichschaltung, Widerstand und Anpassung an die Diktatur. Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2008.
- Michael Krätke, Karl Heinz Roth: Schriften zur Geschichte und Kritik der Politischen Ökonomie – Vorbemerkung der Herausgeber. In: Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. VSA Hamburg 2004.

- Michael R. Krätke: Jenseits des Kapitalismus – Oder wo die kapitalistische Entwicklung über sich hinauswächst.  
[www.praxisphilosophie.de/kraetke\\_jenkap.pdf](http://www.praxisphilosophie.de/kraetke_jenkap.pdf)
- Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus"  
<http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml>
- Robert Kurz: Von der Diktatur der abstrakten Zeit. In: Kurz/Lohoff/Trenkle: Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1999.
- Gustav Landauer: Drei Flugblätter (1913), 2.. Was ist zunächst zu tun?  
<http://www.anarchismus.at/txt3/landauer6.htm>
- zitiert nach Wolf, Siegbert: Gustav Landauer. Zur Einführung. Hamburg 1988
- Lebenslagen in Deutschland - 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2005:  
[http://www.bmas.de/coremedia/generator/10070/lebenslagen\\_in\\_deutschland\\_der\\_2\\_armuts\\_und\\_reichtumsbericht\\_der\\_bundesregierung.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/10070/lebenslagen_in_deutschland_der_2_armuts_und_reichtumsbericht_der_bundesregierung.html)
- Nicola Liebert: Die guten Kapitalisten – Pensionsfonds nehmen Einfluss auf Konzerne und Politik. Le Monde Diplomatique, September 2007  
<http://www.taz.de/digitaz/2007/09/14.1/mondeText.artikel,a0036.idx,9>
- Frédéric Lordon: Die Zocker setzen auf den Staat. Le Monde diplomatique, März2008. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/03/14.mondeText1.artikel,a0041.idx,10>
- Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie. Laub, Berlin 1925, S. 211
- Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung, Leipzig 1899. Reprint: Dietz Verlag Berlin 1967.  
<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/kap2-2.htm>
- Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater: Die EU eine imperiale Großmacht?  
<http://sandimgetriebe.attac.at/6128.html>
- Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, [http://www.mlwerke.de/me/me16/me16\\_190.htm](http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_190.htm)
- Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei.  
[http://www.mlwerke.de/me/me04/me04\\_459.htm#ZT22](http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#ZT22)
- Arno Mersmann: Wirtschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung als politische Bewegung. In: Klaus Novy, Bodo Hombach, Frank Karthaus, Ulrich Bimberg, Arno Mersmann, Albert Schepers (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985.
- Migros: <http://www.migros.ch/DE/home/Seiten/Home.aspx>
- Claudia Maria Miotti: Fallstudie am Beispiel des Migros-Genossenschafts-

Bundes: "Non-Profit" - Wer profitiert wirklich? Seminararbeit im Rahmen des interdisziplinären Seminars "Der Homo oeconomicus und die Freiwilligenarbeit" des Rechtswissenschaftlichen Institutes der Universität Zürich, WS 2002/2003.

[rwiweb.uzh.ch/vdc/seminare/WS02/Seminararbeiten/Claudia%20Miotti.pdf](http://rwiweb.uzh.ch/vdc/seminare/WS02/Seminararbeiten/Claudia%20Miotti.pdf)

Henrik Müller: Baustelle Deutschland: Zu niedrige Zinsen belasten die Wirtschaft, manager-magazin, 11.03.2004, als stark gekürzte Fassung eines Kapitels aus seinem Buch "Wirtschaftsirrtümer – Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik", <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/mittelstand/0,2828,druck-289395,00.html>

Ralph Nader: Moderner Konsumentenschutz: Trends, Ideen, Postulate. In: Rudolf Brun (Hrg.): Der neue Konsument. fischer alternativ 4017, 1979.

Erik Nölting: Wirtschaftsformen gestern, heute und morgen – Nach einem auf dem 3. deutschen Genossenschaftstag in Köln am 07.09.1949 gehaltenen Vortrag. Verlag des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., 1949.

Klaus Novy, Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft - Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985a.

<http://www.utopie1.de/novy/>

Klaus Novy, Bodo Hombach, Frank Karthaus, Ulrich Bimberg, Arno Mersmann, Alfred Schepers: Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Dietz, Berlin 1985b.

Claus Offe: Die Verteilung von Geld und Zeit. In: Austausch der Tauschring-Initiativen. Berlin 1995. [www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf](http://www.tauschring-archiv.de/TR-Archiv/Bundestreffen/Bundestreffen%201995.pdf)

Franz Oppenheimer: Der Staat – Eine soziologische Studie. Erstauflage 1907, Übersetzungen und Nachdrucke 1914, 1922 und 1926. Kurzfassung 1928, Reprint: Libertad Verlag Berlin 1990. <http://www.franz-oppenheimer.de/staat0.htm>

Franz Oppenheimer: Das Transformationsgesetz. In: Burghard Flieger (Hrsg.) Produktivgenossenschaften – Oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung. AG SPAK Publikationen, Regenbogen-Buchvertrieb, Berlin 1984.

Christoph Pauly: Im Fegefeuer der Finanzmärkte. Der Spiegel 16/2007. <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument-druck.html?id=51211768&top=SPIEGEL>

Dieter Petschow: Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur – eine Verfassungsbeschwerde, Langenhagen, 01.02.2005

Dieter Petschow: Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur – eine Verfassungsbeschwerde. In: Joachim Sikora, Günter Hoffmann (Hrg.): Vision eines „Regionalen Aufbruchs“ Katholisch-Soziales Institut der

- Erzdiözese Köln. 2005
- Eduard Pfeiffer: Über Genossenschaftswesen. Was ist der Arbeiterstand in der heutigen Gesellschaft? Leipzig 1863.
- Pressemitteilung Nr. 028 vom 21.01.2008 LEBEN IN EUROPA 2006 - EU-Indikatoren für Deutschland  
[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/01/PD08\\_028\\_634,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/01/PD08_028_634,templateId=renderPrint.psml)
- Hermann Priebe: Die subventionierte Unvernunft. Siedler-Verlag Berlin 1985.
- Projektgruppe "Buena Vista Neoliberal?": Neoliberale Wahrheitspolitik: Neo- bzw. Rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank- Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation, Rosa Luxemburg Stiftung 1999.  
[www.theopenunderground.de/@pdf/toug/global/wahrpol.pdf](http://www.theopenunderground.de/@pdf/toug/global/wahrpol.pdf)
- Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit. Campus-Verlag 2004
- Jeremy Rifkin: (Interview: Sönke Iwersen): Langfristig wird die Arbeit verschwinden. Süddeutsche Zeitung, 29.04.2005 - aktualisiert: 05.09.2007,  
[http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?\\_skip=0](http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?_skip=0)
- Werner Rügemer: Beispiel Hartau - Eine Wasser-Genossenschaft kämpft um ihr Konzept. In: Wie Privatisierer die kommunalen Kassen plündern. Humanwirtschaft 4/2003 [www.zeitschrift-humanwirtschaft.de/pdf\\_z/ruegemer\\_privatisierer.pdf](http://www.zeitschrift-humanwirtschaft.de/pdf_z/ruegemer_privatisierer.pdf)
- Claus Schäfer: Einkommensverteilung und Alterseinkommen - Seminar Generationengerechte Gesellschaft. ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, 2007 Celle
- Michael Schlecht et al.: Genug gespart! - Öffentliche Leistungen stärken. ver.di Berlin 2008
- Irmtraud Schlosser /Bodo Zeuner: Gewerkschaften, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie. In: Elmar Altvater/Nicola Sekler (Hrsg.): Solidarische Ökonomie – Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. VSA-Verlag Hamburg, 2006.
- Ewald B. Schulte: Schicksalstag für den Konsum Berlin. Berliner Zeitung, 6.10.2003, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/1006/politik/0008/index.html>
- Sigurd Schulze: Endlich ist der „Genosse“ kein Genosse mehr.  
<http://www.bmgev.de/themen/genossenschaften/40genossenschaftsreform-lau1.html>
- Harald Schumann, Christiane Grefe: Der Globale Countdown – Gerechtigkeit oder Selbsterstörung – Die Zukunft der Globalisierung. Kiepenheuer & Witsch, 2008
- Selbstverständnis der Berliner Tauschringe. <http://trb.tauschring-mitte.de//content/view/62/50/>
- Sawai Singh Sisodia: Die Genossenschaftsbewegung in Indien: Probleme und Herausforderungen.

<http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-01/Deutsch-7.html>

Georg Soros: Soros sieht schlimmste Krise seit 60 Jahren. Welt Online, 20.01.2008,  
[http://www.welt.de/wirtschaft/article1591321/Soros\\_sieht\\_schlimmste\\_Krise\\_seit\\_60\\_Jahren.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article1591321/Soros_sieht_schlimmste_Krise_seit_60_Jahren.html)

Sozialbericht NRW 2007 - IV Einkommen, Armut und Reichtum, S. 124,  
[http://www.mags.nrw.de/sozialberichte/sozialberichterstattung\\_nrw/aktuell\\_er\\_sozialbericht/SB2007\\_neu.pdf](http://www.mags.nrw.de/sozialberichte/sozialberichterstattung_nrw/aktuell_er_sozialbericht/SB2007_neu.pdf)

Statistisches Bundesamt: Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA - für Deutschland 2005:  
[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/EU-Silc/Pressebrochure\\_EU\\_Silc.property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/EU-Silc/Pressebrochure_EU_Silc.property=file.pdf)

Statistisches Bundesamt: Deutsche Wirtschaft 2007.  
[www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/DeutschWirtschaft.property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/DeutschWirtschaft.property=file.pdf)

Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 21.01.08: Leben in Europa 2006 - EU-Indikatoren für Deutschland.

Gabor Steingart: Das Ende der Globalisierung? 2. Teil: Die Gefahr eines ökonomischen Tsunamis. Spiegel online, 10.12.2007,  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,522305-2,00.html>

Gabor Steingart: Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft. 22.09.2006,  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,438372,00.html>,

Dieter Suhr: Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Zeitschrift für Rechtspolitik. 9/1983. C.H. Beck, München.

United Nations Development Programme (Hrsg.): Human Development Report 2004 – Cultural Liberty in Today’s Diverse World. New York : 2004

Die VG – Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG.  
<http://www.vg-dresden.de/vg-genossenschaft/start.htm>

Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft – Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. VSA-Verlag Hamburg 2004

Wikipedia: Äquivalenzeinkommen: <http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84quivalenzeinkommen>

Wikipedia: Foodcoop. <http://de.wikipedia.org/wiki/Foodcoop>

Wikipedia: Josephspennig. <http://de.wikipedia.org/wiki/Josephspennig>

Wikipedia: Neoliberalismus: <http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus>

World Development Indicators database, World Bank, 23 April 2007

## **Zum politischen Hintergrund des Autor:**

Bereits in der Schule antifaschistisch aktiv, hat er sich engagiert an den 68er Ereignissen in Berlin beteiligt (u.a. hat er die spätere Untergrundzeitung „Agit 883“, die „Kritische Universität“, die „Babelsberger Straße“, eine sehr öffentlichkeitswirksame Arbeitsgruppe mit Soziologen sowie Schwestern und Pflegern aus vielen Berliner Krankenhäusern und die „Initiativgruppe Medizinischer Arbeiter“ (IMA) mitgegründet). Er sollte der erste Personalratsvorsitzende des neuerrichteten Klinikums Steglitz sein, was er aber aus basisdemokratischen Gründen ablehnte. Auch die Wahl zum Chefarzt an einem Städtischen Krankenhaus Berlins nahm er nicht an.

In den 70er Jahren hat er bei der Gründung des „Gesundheitsladens“ und des „Mehringhofs“ mitgewirkt und sich aktiv am „Gesundheitstag 1980“ (mit 12.000 Teilnehmern) beteiligt. Auch am Konzept zur Rettung des von Insolvenz bedrohten „Gesundheitszentrums Gropiusstadt“ hat er wesentlichen Anteil.

In den 80er Jahren hat er aus dem „Ökodorf“ in der Kurfürstenstraße heraus mit 3 Niedersächsischen Ökobauern die „Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft“ (EVG) mit schließlich 850 Mitgliedern aufgebaut. Seit dieser Zeit befasst er sich mit „ökosozialistischer“ Ökonomie.

In den 90er Jahren hat er in der Berliner Linux User Group (BeLUG) mitgewirkt und die von der BeLUG veranstalteten „Berliner-Linux-Infotage“ mitgestaltet.

Er war Erstunterzeichner von Attac Deutschland, hat Attac Berlin mitgegründet, ist Mitglied der Attac-Bundesarbeitsgruppe „Solidarische Ökonomie“ und hat auf mehreren Sommerakademien von Attac zum Thema „Solidarische Ökonomie“ referiert. Er ist zudem Gründungsmitglied des „Berliner Sozialforums“ und hat auf den Deutschen und Berliner Sozialforen ebenfalls Workshops zu Solidarischer Ökonomie durchgeführt. An der „Offenen Universität Berlins“ (OUBS) bietet er ein Seminar zu Solidarischer Ökonomie an.

Seit 8 Jahren ist er Vorstandsmitglied der von ihm mitgegründeten Provider-Genossenschaft „Die Internet-Spezialisten“, in der Joseph Weizenbaum Aufsichtsrat war.

Die mit diesen alternativen Aktivitäten im Deutschland der letzten 50 Jahre gesammelten Basiserkenntnisse und -erfahrungen sind Grundlage der vorliegenden Ausführungen.